

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2011/2012

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2011 und 2012.....	5
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	6
Kapitel 04 01 Ministerium.....	8
Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04	20
Kapitel 04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften	32
Kapitel 04 05 Justizvollzugsanstalten	66
Kapitel 04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen	104
Abschluss	112
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	113
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 04	115
Stellenplan	137

Vorwort zum Einzelplan 04

Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

A. Aufgaben und Aufbau des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz umfasst insbesondere die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Strafrechtspflege, den Justizvollzug, die Angelegenheiten der Rechtsanwälte und das Notariatswesen. Dem Ministerium gehören derzeit rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Es ist oberste Dienstbehörde für über 14.000 Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtshelfer, Beamte und tarifliche Arbeitnehmer sowie für rd. 5.250 Bedienstete im Strafvollzug. Das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wirkt bei der Gesetzgebung des Bundes und des Freistaates Bayern vor allem auf den Gebieten des Zivil- und Strafrechts sowie des Verfahrensrechts mit. Ferner ist es zu Entscheidungen und zur Mitwirkung in Gnadensachen befugt. Im Jahr 2008 wurde der Ressortzuschnitt des bisherigen Staatsministeriums der Justiz um die Aufgaben der Verbraucherpolitik und der Förderung der Verbraucherberatung erweitert. Das dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz angegliederte Landesjustizprüfungsamt ist verantwortlich für das Prüfungswesen sämtlicher Qualifikationsebenen der Fachlaufbahn Justiz.

Zum Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz gehören am 1. Januar 2011:

- 3 Oberlandesgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 22 Landgerichte mit je 1 Staatsanwaltschaft,
- 73 Amtsgerichte mit 11 Zweigstellen (Stand: 1. Januar 2011),
- 36 Justizvollzugsanstalten mit 6 angeschlossenen Jugendarrestanstalten,
- die Bayerische Justizvollzugsschule in Straubing.

In die Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Bamberg ist die Bayer. Justizschule Pegnitz eingegliedert.

Beim Oberlandesgericht München ist aufgrund des Art. 68 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern der Verfassungsgerichtshof gebildet. Die Einnahmen und Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof sind daher im Einzelplan 04 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Rahmen der Verwaltungsreform 21 wurden bis 31. Dezember 2010 einundzwanzig amtsgerichtliche Zweigstellen mit den Hauptgerichten zusammengelegt.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Gliederung der Ausgaben nach großen Gruppen (ohne Personalausgaben)

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2010 Tsd. €
I. Sächliche Verwaltungsausgaben			
Auslagen in Rechtssachen	360.000,0	360.000,0	337.307,7
Gefangenenpflege	26.435,0	26.435,0	27.000,0
Arbeitsbetriebskosten der Justizvollzugsanstalten	13.882,0	13.882,0	13.882,0
Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	135.743,4	135.482,4	145.422,0
	536.060,4	535.799,4	523.611,7
II. Ausgaben für den Schuldendienst			
Zinsen für hinterlegte Gelder	-	-	530,0
III. Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			
Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.300,0	5.300,0	5.300,0
Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Taschengeld für Gefangene ..	14.140,0	14.140,0	14.140,0
Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit	4.300,0	4.300,0	4.300,0
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	6.712,7	6.904,2	6.176,3
	30.452,7	30.644,2	29.916,3
IV. Baumaßnahmen			
Hochbaumaßnahmen bis einschließlich 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	9.443,6	9.443,6	16.966,5
Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall	36.500,0	68.000,0	34.000,0
	45.943,6	77.443,6	50.966,5
V. Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			
Beschaffung von Fahrzeugen	598,7	648,7	844,4
Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Geräten (einschl. Kosten der Datenverarbeitung)	18.585,0	18.576,0	24.928,7
	19.183,7	19.224,7	25.773,1
VI. Besondere Finanzierungsausgaben			
Justizstatistik	397,7	397,7	367,5
Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren	2.598,3	2.667,5	2.179,3
Sonstige Ausgaben	284,0	284,0	459,8
	2.712,0	2.781,2	3.006,6
VII. Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG)			
In den obigen Ansätzen sind die Ausgaben mit folgenden Beträgen enthalten (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 04 02):	-	-	6.458,5
VIII. Summe der Verpflichtungsermächtigungen	105.078,0	108.912,0	106.562,1

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2011 und 2012

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 31. August 2006 und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 5 nach „Sächliche Verwaltungsausgaben“ (Obergruppen 51 bis 54) und „Ausgaben für den Schuldendienst“ (Obergruppen 56 bis 59) getrennt,
 - 5.4 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.5 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.6 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2011/2012 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 02 Tit. 526 01,
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 29, 526 31 bis 526 33,
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 823 10, 823 11 und
- Kap. 04 05 TG 71.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-5	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	15,0	15,0	A	10,5
					B	28,4
					C	18,4
119 01-7	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,1
					C	9,6
119 11-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	0,3	0,3	A	0,3
					B	4,3
					C	0,1
119 49-1	011	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5	A	0,5
					B	1,6
					C	4,1
124 01-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,9
					C	0,9
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-9	011	Sonstige Erstattungen von Ländern	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			17,3	17,3	A	12,8
					B	35,2
					C	33,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-0	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	178,1	178,1	A	178,0
					B	117,2
					C	128,5
422 01-9	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	7.920,7	8.052,3	A	7.849,3
					B	7.743,4
					C	7.078,1
422 31-3	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	420,9	427,9	A	201,3
					B	411,5
					C	143,8
422 41-1	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	3,2
428 01-3	011	Entgelte der Arbeitnehmer	2.121,8	2.157,2	A	2.065,1
					B	2.023,3
					C	1.840,0

Erläuterungen

Zu 04 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	7,8	7,8

Zu 04 01/422 01 (422 11 und 422 31)

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 01/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Titel 422 41 und 428 41.

Zu 04 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
428 07-7	011	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmerbudget))	---	---	A	---
					B	57,0
					C	17,5
428 11-1	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	52,0	52,0	A	88,0
					B	28,6
					C	60,6
428 21-9	011	Entgelte der Arbeitnehmer	222,7	226,4	A	229,0
					B	218,3
					C	212,6
428 41-5	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	34,7
					C	25,2
453 01-1	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A	25,0
					B	10,2
					C	18,7
459 01-5	011	Prüfungsvergütungen	1.641,0	1.641,0	A	1.760,0
					B	1.377,4
					C	1.237,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-1	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	468,8	468,8	A	450,5
					B	393,4
					C	346,1

Erläuterungen

Zu 04 01/428 11

Veranschlagt sind Mittel für die Einstellung von Aushilfsbeschäftigten zur Abdeckung eines vorübergehenden Bedarfs an Arbeitsleistung
 - als Vertretungskräfte
 - für die Erfassung der Bücher und Zeitschriften - Retrokonversion - im Bibliotheksverbund.

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 36,0 Tsd. € wegen geringerem Bedarf.

Zu 04 01/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 01/428 41

Vgl. Erläuterung zu Titel 422 41.

Zu 04 01/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	15,0	15,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	25,0	25,0

Zu 04 01/459 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Prüfervergütungen	981,0	981,0
2. Entgelte an Aufsichtskräfte	80,0	80,0
3. Sachbedarf	45,0	45,0
4. Mieten für Prüfungsräume	410,0	410,0
5. Reisekosten der Prüfer	125,0	125,0
Zusammen	1.641,0	1.641,0

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 119,0 Tsd. €. Die Teilnehmerzahlen an den Juristischen Staatsprüfungen sinken. Aufgrund der laufenden Generalsanierung des Justizpalastes in München bestehen nach wie vor hohe Aufwendungen für die Anmietung von Prüfungsräumen.

Zu 04 01/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	143,7	143,7
2. Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3. Kommunikation	42,0	42,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	60,6	60,6
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	68,5	68,5
6. Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	468,8	468,8

2011 gegenüber 2010:
 31,7 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 50,0 Tsd. € mehr wegen erhöhtem Geschäftsbedarf, insbesondere für Bücher und Zeitschriften,
 18,3 Tsd. € mehr.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
514 01-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	50,7	50,7	A	57,0
					B	46,0
					C	48,4
514 11-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	2,8	2,8	A	3,2
					B	3,1
					C	2,5
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	40,0	40,0	A	40,0
					B	16,2
					C	41,9
517 05-1	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1,6	1,6	A	1,6
					B	0,6
					C	0,5
518 01-4	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,4
					C	1,3
518 11-2	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	103,0	103,0	A	103,0
					B	80,1
					C	74,5
518 18-5	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	19,0	19,0	A	19,0
					B	16,4
					C	14,7
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1,5	1,5	A	1,7
					B	3,0
					C	0,3
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	244,1	244,1	A	218,4
					B	195,0
					C	209,8
529 01-1	011	Zur Verfügung der Staatsministerin für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	11,5	11,5	A	11,5
					B	37,5
					C	32,6
531 01-7	011	Herausgabe amtlicher Blätter	4,4	4,4	A	5,0
					B	14,3
					C	23,5

Erläuterungen

Zu 04 01/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	34,6	34,6
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	16,1	16,1
Zusammen		<u>50,7</u>	<u>50,7</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		50,7	50,7
Personalausgaben		325,5	328,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)		19,0	19,0
Zusammen		<u>395,2</u>	<u>398,2</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	7	7	7	6	6
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-

2011 gegenüber 2010:
Weniger 6,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/514 11
Für 7 planmäßige Beamte des Offiziantendienstes ist ein Dienstbekleidungszuschuss von jährlich 123 € veranschlagt. Ferner sind u.a. 2,0 Tsd. € Dienstkleidungszuschüsse an die ausschließlich mit der Führung staatseigener Personenkraftwagen beauftragten Kraftwagenführer vorgesehen.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 0,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 01/517 05		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	-	-
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	1,6	1,6
Zusammen		<u>1,6</u>	<u>1,6</u>

Die Mittel für die Hausbewirtschaftung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/517 01, 517 05 veranschlagt.

Zu 04 01/519 01
Die Mittel für die Unterhaltung des Justizpalastes in München sind im Wesentlichen bei 04 04/519 01 veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 0,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/527 01
2011 gegenüber 2010:
24,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
50,0 Tsd. € mehr u.a. wegen erhöhtem Bedarf,
25,7 Tsd. € mehr.

Zu 04 01/529 01
2011 gegenüber 2010:
1,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
1,3 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
- Tsd. €.

Zu 04 01/531 01
2011 gegenüber 2010:
Weniger 0,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
531 11-5	011	Fachveröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	69,3	69,3	A	78,0
					B	36,4
					C	49,6
531 21-3	013	Sonstige Veröffentlichungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 531 11. Die Mittel sind übertragbar.</i>	18,0	18,0	A	20,3
					B	66,9
					C	37,5
546 49-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	40,7	40,7	A	19,9
					B	22,3
					C	21,7
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 01-2	011	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	6,5	6,5	A	5,3
					B	6,1
					C	4,7
<u>685 01-1</u>	011	Zuschuss für das Projekt "Prävention Pädophilie" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	200,0	200,0	A	
685 03-9	059	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	80,0	80,0	A	80,0
					B	44,1
					C	44,9
686 02-9	011	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug) <i>Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 40,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	67,0	67,0	A	34,5
					B	14,8
					C	23,0
686 06-5	059	Zuschuss zu den Kosten des 69. Deutschen Juristentags 2012 in München	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	78,8	78,8	A	54,9
					B	179,6
					C	130,5

Erläuterungen

Zu 04 01/531 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 8,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/531 21

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 1,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2011 gegenüber 2010:

2,2 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

23,0 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf,

20,8 Tsd. € mehr.

Zu 04 01/684 01

Beiträge

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
- Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe e.V.	0,1	0,1
- für die Internationale Rechtsbibliothek e.V. in München	1,0	1,0
- zur Herausgabe der "Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe"	2,1	2,1
- für die Gesellschaft für Rechtsvergleichung in Freiburg i. B.	0,2	0,2
- für den Verein zur Förderung eines Instituts für Anwaltsrecht in München	0,4	0,4
- European Judicial Training Network (EJTN)	2,7	2,7
Zusammen	6,5	6,5

Zu 04 01/685 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 200,0 Tsd. €. Mit den veranschlagten Mittel wird das Projekt "Prävention Pädophilie" finanziert.

Zu 04 01/685 03

Zur Förderung der kriminologischen Forschung und zur Erarbeitung kriminologischer Erkenntnisse wurde von Bund und Ländern eine Kriminologische Zentralstelle als Verein gegründet. Ordentliche Mitglieder des Vereins sind die Bundesrepublik Deutschland und die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Die ordentlichen Mitglieder zahlen einen Zuschuss zu den im Haushalt ausgewiesenen anderweitig nicht gedeckten Kosten (Bund und Länder je zur Hälfte). Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem für den Länderfinanzausgleich geltenden Verteilungsschlüssel berechnet. Im Haushaltsbetrag sind die Kosten für den Betrieb der Länderkommission zur Verhütung von Folter enthalten.

Zu 04 01/686 02

Beteiligung an kriminologischen und anderen Forschungsvorhaben.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 32,5 Tsd. €, u.a. für die wissenschaftliche Begleituntersuchung der psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter.

Zu 04 01/812 01

Veranschlagt sind Ausgabemittel für:

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Gleitregalanlagen für die Registratur	23,6	-
2. Dienstzimmereinrichtungen	49,1	57,8
3. Maschinen und Geräte	6,1	21,0
Zusammen	78,8	78,8

2011 gegenüber 2010:

6,1 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

30,0 Tsd. € mehr für zusätzliche Ausstattungen im 2. OG des Justizpalastes,

23,9 Tsd. € mehr.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	192,0	165,0	A	216,0
					B	163,8
					C	405,4
514 99-1	011	Verbrauchsmittel	21,3	21,3	A	24,0
					B	24,9
					C	19,7
518 99-7	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-6	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	26,6	26,6	A	29,9
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	13,3	13,3	A	15,0
					B	14,0
					C	2,1
526 99-7	011	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> <i>100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	106,7	106,7	A	120,0
					B	709,9
					C	1.003,6
533 99-8	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	6,8	6,8	A	7,7
534 99-7	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	70,0	70,0	A	---

Erläuterungen

Zu 04 01/99

Aufrechterhaltung des automationsunterstützten Verfahrens zur Verwaltung des Schriftgutes, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie Ersatzbeschaffungen für derzeit eingesetzte DV-Systeme. In der Systemverwaltung und der Benutzerbetreuung sind insgesamt vier Bedienstete beschäftigt.

Zu 04 01/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	40,0	35,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten und Wartung	150,0	128,0
4. Bücher und Zeitschriften	1,0	1,0
5. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	192,0	165,0

2011 gegenüber 2010:
Weniger 24,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 27,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Neben den vertraglich festgelegten Aufwendungen fallen insbesondere die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Informationsterminal und den Zugriff auf das Verbraucherinformationssystem VIS Bayern sowie für die Wartung und Pflege der Serveralssysteme an.

Zu 04 01/514 99

2011 gegenüber 2010:
Weniger 2,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsrechtlichen Sperre.

Die Ausgaben sind für die Druckerausstattung in der Behörde vorgesehen.

Zu 04 01/519 99

2011 gegenüber 2010:
Weniger 3,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Die Aufwendungen sind für Leitungsverlegungen und Installationen anlässlich veränderter Anschluss technik vorgesehen.

Zu 04 01/525 99

2011 gegenüber 2010:
Weniger 1,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Die veranschlagten Ausbildungskosten sind für die mit den Systemen betrauten Administratoren sowie für die Benutzerbetreuung vorgesehen.

Zu 04 01/526 99

2011 gegenüber 2010:
Weniger 13,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Die veranschlagten Aufwendungen entfallen auf die Einführung und Anpassungen an das Dokumentenmanagementsystems ELDORA und Windows7 mit Office2010 und an die justizspezifischen Anforderungen der damit verbundenen umfangreichen Anpassungen der hausinternen Programmierungen, Datenbanken und Bausteine an diese Fachverfahren.

Zu 04 01/533 99

2011 gegenüber 2010:
Weniger 0,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Die Ausgaben sind im Zusammenhang mit der Einrichtung und dem Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen zu sehen.

Zu 04 01/534 99

2011 gegenüber 2010:
Mehr 70,0 Tsd. € aufgrund der Einführung des Projekts Elektronische Langzeitarchivierung.

Die Ausgaben sind für das Projekt Elektronische Langzeitarchivierung von Altvorgängen für die Erste und Zweite Juristische Staatsprüfung mit Recherchemöglichkeit auf Systemen vom RZ-Nord bestimmt. Nach Konzeptionserstellung bzw. Konzeptanpassung soll das Projekt auf weitere Abteilungen ausgeweitet werden.

04 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
			6			
815 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	156,0	156,0	A	175,5
					B	155,6
					C	5,1
		Summe der Titelgruppe	592,7	565,7	A	588,1
					B	1.068,3
					C	1.435,9
		Gesamtausgaben	14.684,6	14.835,3	A	14.189,6
					B	14.281,0
					C	13.307,0
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	17,3	17,3	A	12,8
					B	35,2
					C	33,0
		Gesamteinnahmen	17,3	17,3	A	12,8
					B	35,2
					C	33,0
		Personalausgaben	12.582,2	12.759,9	A	12.395,7
					B	12.035,5
					C	10.762,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.514,1	1.487,1	A	1.443,7
					B	1.845,4
					C	2.335,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	353,5	353,5	A	119,8
					B	64,9
					C	72,6
		Sonstige Sachinvestitionen	234,8	234,8	A	230,4
					B	335,2
					C	135,7
		Gesamtausgaben	14.684,6	14.835,3	A	14.189,6
					B	14.281,0
					C	13.307,0
		Zuschuss	14.667,3	14.818,0	A	14.176,8
					B	14.245,8
					C	13.274,0

Erläuterungen

Zu 04 01/815 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 19,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Die Ausgaben entfallen auf die Hardwarepflege und Migration der Altsysteme in den Betrieb des externen Dienstleisters sowie auf die Erweiterungen im Bereich der Peripheriegeräte.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
236 12-0	052	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	1.000,0	1.000,0	A	800,0
					B	1.025,0
					C	998,0
271 01-9	052	Erstattungen von der EU zur Durchführung von Twinning-Projekten <i>Vgl. Vermerk zu 04 04/527 01.</i>	---	---	A	---
281 01-7	052	Erstattung von Prozesskosten	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,8
					C	0,6
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
334 41-6	052	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Infrastrukturmaßnahmen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei TG 71.</i>	---	---	A	4.843,9
					B	2.609,1
Gesamteinnahmen			1.001,0	1.001,0	A	5.644,9
					B	3.634,9
					C	998,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-9	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	600,0	600,0	A	950,0
422 45-5	059	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	1.060,9
					B	1.053,5
					C	1.061,1
428 41-3	052	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer <i>Zur Verstärkung der in den anderen Kapiteln ausgebrachten Leertitel.</i>	160,0	160,0	A	160,0
443 15-6	940	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. 13 03/461 01.</i>	898,8	898,8	A	898,8
					B	867,8
					C	879,1
<u>443 16-5</u>	940	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	52,0	52,0	A	
459 11-1	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	8,0	8,0	A	10,0
					B	6,2
					C	2,1

Erläuterungen

Zu 04 02/236 12

2011 gegenüber 2010:

Mehr 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 02/271 01

Veranschlagt sind Erstattungen der Europäischen Union zur Durchführung von Twinning-Projekten.

Zu 04 02/281 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen der Parteiaufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Zu 04 02/334 41

2011 gegenüber 2010:

Weniger 4.843,9 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

Zu 04 02/422 41

2011 gegenüber 2010:

Weniger 350,0 Tsd. €. Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/422 45

Im Rahmen eines globalen Beitrags des Personalsektors zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts wird die Vergabe von Leistungsbezügen ausgesetzt.

Zu 04 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

Zu 04 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
459 31-7	940	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-9	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 04 <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	3.290,0	4.930,0	A	1.740,0
462 01-8	981	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 01-2	052	Gerichts- und ähnliche Kosten	56,2	56,2	A B C	56,2 41,8 96,2
526 11-0	052	Kosten für Sachverständige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	70,0	70,0	A B C	90,0 81,3 62,1
527 21-7	052	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	120,0	120,0	A B C	120,0 110,7 122,5
529 02-8	052	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	52,6	52,6	A B C	247,9 18,9 22,1
532 01-4	052	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	150,0	150,0	A B C	150,0 311,9 199,6
548 01-6	988	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Ausgaben in Titelgruppen sowie ohne Ausgaben der Gruppe 529 und des Titels 531 2. <i>Ausgaben der Gruppen 515, 531 0. und 531 1. dürfen nur mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen verstärkt werden. Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
549 01-5	052	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgaben nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	---
<u>549 27-5</u>	989	Globale Minderausgabe aufgrund der Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die steuerlichen Sätze <i>Die Ansätze der Gruppen 525 und 527 dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	-195,0	-390,0	A	

 Erläuterungen

Zu 04 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (AE-Ausland) geleistet (Teil 5 der BayVwVBes vom 21.12.2001, Sonderbeilage zum Staatsanzeiger 2002 Nr. 9, in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 04 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben für Tarif- und Besoldungserhöhungen sowie für die Mehrausgaben des Neuen Dienstrechts.

Zu 04 02/526 11

2011 gegenüber 2010:

10,0	Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
10,0	Tsd. €	weniger wegen geringerem Bedarf,
20,0	Tsd. €	weniger.

Zu 04 02/527 21

Mitveranschlagt sind die Reisekostenvergütungen, die durch die Teilnahme insbesondere neu gewählter Personalratsmitglieder an Schulungsveranstaltungen (Art. 44 Abs. 1, Art. 46 Abs. 5 BayPVG) entstehen.

Zu 04 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind;
 - repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, soweit die Mittel bei 04 01/529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen;
 - Veranstaltungen mit überregionalem Charakter;
 - repräsentative Veranstaltungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen;
 - Zuwendungen an Opfer von Straftaten oder an Einrichtungen der Opferhilfe oder des Opferschutzes.
- Die Mittel werden im Allgemeinen von Fall zu Fall zugewiesen.

2011 gegenüber 2010:

27,5	Tsd. €	weniger infolge Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
177,8	Tsd. €	weniger, die Vergabe von Zuwendungen an Opfer von Straftaten wird vorübergehend eingestellt,
10,0	Tsd. €	mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
195,3	Tsd. €	weniger.

Zu 04 02/549 27

Die im Regierungsentwurf des HG 2011/2012 vorgesehene Absenkung der Wegstreckenentschädigung auf die steuerlichen Sätze wurde bei den parlamentarischen Beratungen nicht übernommen. Damit ist die Grundlage für die globale Minderausgabe entfallen; sie ist im Haushaltsvollzug nicht zu erbringen. Der haushaltsmäßige Ausgleich ist bei Kap. 13 03 Tit. 548 01 veranschlagt.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
671 01-5	052	Erstattungen für die Mitverpflegung der Lehrgangsteilnehmer der Bayerischen Justizschule Pegnitz <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	120,0	120,0	A	120,0
					B	92,1
					C	90,5
		Baumaßnahmen				
702 01-8	059	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für bautechnische Untersuchungen in Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen geleistet werden.</i>	160,0	160,0	A	160,0
					B	257,0
					C	397,7
		Besondere Finanzierungsausgaben				
972 02-0	989	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 13 44 veranschlagten Ausgaben für das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-491,9	-491,9	A	-491,9
981 01-0	990	Erstattung an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Justizstatistik	397,7	397,7	A	367,5
					B	367,5
					C	336,0
981 11-8	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	44,2	45,6	A	155,8
					B	148,8
981 12-7	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	2.554,1	2.621,9	A	2.023,5
					B	2.023,9
981 16-3	990	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	7,9	7,9	A	1,7
					B	1,7
					C	6,8
989 01-2	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/671 01

Erstattungen für besondere Aufwendungen des Schülerheims des staatlichen Gymnasiums Pegnitz und der Sana Klinik Pegnitz GmbH aus Anlass der Mitverpflegung der Lehrgangs- und Tagungsteilnehmer der Justizschule Pegnitz.

Zu 04 02/702 01

	Tsd. €
2011	
1. Amtsgericht Hersbruck Kanalsanierung	110,0
2. Amtsgericht Neumarkt i.d.Opf. Kanalsanierung (2. Bauabschnitt)	50,0
Zusammen	160,0
2012	
1. Amtsgericht Neumarkt i.d.Opf. Kanalsanierung (3. Bauabschnitt)	112,0
2. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 Kanalsanierung (1. Bauabschnitt)	48,0
Zusammen	160,0

Zu 04 02/972 02

Die Bayerische Staatsregierung hat am 20./21. November 2009 ein auf fünf Jahre angelegtes Strukturprogramm für die Region Nürnberg-Fürth im Volumen von 115 Mio. € beschlossen. Das Programm wird in Höhe von 35 Mio. € (7 Mio. € pro Jahr) aus allgemeinen Haushaltsmitteln durch Einsparungen in den Einzelplänen 02 bis 10 und 12 bis 15 gegenfinanziert. Der Ansatz enthält die auf den Epl. 04 entfallende Einsparung.

Zu 04 02/981 01

Mit den veranschlagten Beträgen werden die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung entstehenden Aufwendungen für die Bearbeitung der Justizstatistik ersetzt.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 30,2 Tsd. € aufgrund der Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung. Im Betrag sind jährlich 20,0 Tsd. € für die Datenerhebung im Zusammenhang mit der Wohnungsgebieteverordnung enthalten.

Zu 04 02/981 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 111,6 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/981 12

2011 gegenüber 2010:

Mehr 530,6 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 67,8 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

Zu 04 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/989 01.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61.</i>						
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>						
<i>Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-2	058	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	3.456,7	3.515,5	A	3.460,0
					B	3.433,3
					C	3.342,8
432 61-2	058	Ruhegehälter	202.008,5	207.737,7	A	198.440,4
					B	195.242,7
					C	182.764,8
432 62-1	058	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung	53.054,0	54.912,3	A	54.965,7
					B	50.392,2
					C	49.978,4
434 61-0	058	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	1.446,2	1.489,2	A	5.681,1
					B	3.977,1
					C	4.077,6
438 61-6	058	Übergangsversorgung für die Arbeitnehmer im Justizvollzugsdienst	50,0	50,0	A	72,5
					B	20,2
					C	19,8
441 61-1	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	36.571,7	37.851,8	A	36.691,3
					B	33.813,2
					C	34.185,3
441 62-0	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	1.988,8	2.058,4	A	1.734,0
					B	1.838,8
					C	1.791,2
441 63-9	058	Pflegeleistungen an Beamte und Richter Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-8	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	57,5	59,5	A	125,6
					B	53,1
					C	117,6
446 61-6	058	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	51.203,2	52.995,6	A	48.436,7
					B	47.341,2
					C	44.866,9
446 62-5	058	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	19,5	19,5	A	19,5
					B	-0,3
					C	11,7
919 61-4	950	Zuführungen an den Versorgungsfonds	---	---	A	750,0
					B	13.659,2
					C	3.692,5
Summe der Titelgruppe			349.856,1	360.689,5	A	350.376,8
					B	349.770,6
					C	324.848,7
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)						
<i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 66-3	059	Zeitlich befristet Beschäftigte und Aushilfskräfte	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 02/424 61

Veranschlagt sind die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayVersRücklG.

Zu 04 02/434 61

Veranschlagt sind die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayVersRücklG. Die Zuführungen aus der Absenkung des Versorgungsniveaus gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayVersRücklG werden zur Sicherung der ausgeglichenen Haushalts durch das Haushaltsgesetz ausgesetzt.

Zu 04 02/438 61

2011 gegenüber 2010:
Weniger 22,5 Tsd. € infolge Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 02/919 61

Die Zuführungen zum Versorgungsfonds werden zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts durch das Haushaltsgesetz ausgesetzt.

Zu 04 02/66

Im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften waren Aufwendungen für Schulungen, Beratungsleistungen, den Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software und für Lizenzen notwendig. Die Kosten- und Leistungsrechnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften wird im Epl. 04 nicht weiter fortgeführt.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
525 66-5	059	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
547 66-9	059	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
71 Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZulnvG) mit Schwerpunkt Infrastruktur (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG)					B	-
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>					C	-
<i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>						
<i>Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>						
701 71-4	059	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	5.202,0
					B	2.950,3
811 71-1	052	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der bayerischen Justizvollzugsanstalten	---	---	A	256,5
					B	249,2
812 71-0	052	Aufbau einer audiovisuellen Informationsplattform für die bayerische Justiz	---	---	A	200,0
					B	20,1
815 71-7	052	Modernisierung der IT-Infrastruktur der Gerichte und Staatsanwaltschaften	---	---	A	800,0
					B	259,1
Summe der Titelgruppe			-	-	A	6.458,5
Gesamtausgaben			357.910,7	370.258,3	B	3.478,8
Gesamtausgaben					C	-
Gesamtausgaben					A	364.655,7
Gesamtausgaben					B	361.542,0
Gesamtausgaben					C	331.033,9

Erläuterungen

Zu 04 02/71

2011 gegenüber 2010:

Weniger 6.458,5 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

Zu 04 02/701 71

2011 gegenüber 2010:

Weniger 5.202,0 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

Zu 04 02/811 71

2011 gegenüber 2010:

Weniger 256,5 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

Zu 04 02/812 71

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

Zu 04 02/815 71

2011 gegenüber 2010:

Weniger 800,0 Tsd. €. Die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz sind abgeschlossen.

04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.001,0	1.001,0	A	801,0
					B	1.025,8
					C	998,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	4.843,9
					B	2.609,1
					C	-
		Gesamteinnahmen	1.001,0	1.001,0	A	5.644,9
					B	3.634,9
					C	998,6
		Personalausgaben	354.864,9	367.338,3	A	354.446,5
					B	338.039,0
					C	323.098,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	253,8	58,8	A	664,1
					B	2.821,8
					C	2.226,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	120,0	120,0	A	120,0
					B	92,1
					C	90,5
		Baumaßnahmen	160,0	160,0	A	5.362,0
					B	3.207,3
					C	397,7
		Sonstige Sachinvestitionen	-	-	A	1.256,5
					B	1.180,7
					C	1.185,8
		Besondere Finanzierungsausgaben	2.512,0	2.581,2	A	2.806,6
					B	16.201,1
					C	4.035,3
		Gesamtausgaben	357.910,7	370.258,3	A	364.655,7
					B	361.542,0
					C	331.033,9
		Zuschuss	356.909,7	369.257,3	A	359.010,8
					B	357.907,1
					C	330.035,3

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-9	052	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	565.000,0	565.000,0	A	588.100,0
					B	553.127,7
					C	574.888,1
111 02-8	052	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs und der öffentlichen Register	11.300,0	11.300,0	A	10.700,0
					B	11.222,4
					C	9.689,9
111 03-7	052	Einnahmen der Vollstreckungsbeamten an Gebühren und Auslagen <i>Die Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 04 Tit. 459 21.</i>	43.000,0	43.000,0	A	46.200,0
					B	42.334,8
					C	39.041,7
112 01-8	052	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	319.000,0	123.000,0	A	128.000,0
					B	272.445,3
					C	513.208,2
119 11-9	052	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	20,0	20,0	A	30,0
					B	18,5
					C	30,5
119 12-8	052	Einnahmen aus dem Verfall von Sicherheitsleistungen	20,0	20,0	A	100,0
					B	11,9
					C	39,0
119 21-7	052	Einnahmen aus zugunsten der Staatskasse eingezogenen Vermögenswerten	5.000,0	5.000,0	A	5.200,0
					B	4.781,1
					C	3.271,9
119 49-5	052	Vermischte Einnahmen	700,0	700,0	A	600,0
					B	987,3
					C	897,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 04

Der Geschäftsbereich der Gerichte umfasst die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechend den Vorschriften des Gerichtsverfassungsrechts, der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie weiterer Einzelbestimmungen. Daneben werden als Sonderaufgaben u.a. die Gerichtsbarkeit nach der Bundesnotarordnung, der Bundesrechtsanwaltsordnung und dem Steuerberatungsgesetz sowie nach den bayerischen Bestimmungen über die Berufsgerichtsbarkeit der Heilberufe und der Architekten ausgeübt.

Mitveranschlagt sind die Aufwendungen für das Personal der Serviceeinheiten sowie die Einnahmen und sächlichen Ausgaben der Landgerichtsärzte (vgl. Vorbemerkung zu Kap. 12 40).

Die Gerichtsbezirke und die Gerichtssitze sind durch das Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Freistaat Bayern - GerOrgG - (BayRS 300-2-2-J) festgelegt.

Die Staatsanwaltschaften haben im Wesentlichen die Aufgabe, bei Verdacht strafbarer Handlungen die öffentliche Klage vorzubereiten, zu erheben und zu vertreten. Ihnen obliegen ferner die Strafvollstreckung und die Mitwirkung in Gnadenangelegenheiten.

Der beim Oberlandesgericht München gebildete Verfassungsgerichtshof hat die Entscheidungsbefugnisse über die in Art. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof - VfGHG - (BayRS 1103-1-S) bezeichneten Angelegenheiten.

Zu 04 04/111 01

Die veranschlagten Beträge basieren auf der voraussichtlichen Einnahmeentwicklung. Die Neuordnung der Handelsregistergebühren und die daraus resultierenden möglichen Rückerstattungsansprüche wurden berücksichtigt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 23.100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Dateien aus dem maschinell geführten Grundbuch und dem maschinell geführten Handelsregister.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/111 03

Die nach dem Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher auch i.V.m. § 11 Abs. 2 Justizbeitreibungsordnung einzunehmenden Gebühren und Auslagen werden seit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 hier veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 3.200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/112 01

Mehr bzw. weniger unter Berücksichtigung der bekannten Veränderungen bei der Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 10,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 12

2011 gegenüber 2010:

Weniger 80,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 21

Die früher bei 04 04/119 49 mitveranschlagten Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogenen oder verfallenen Vermögenswerten werden seit dem Nachtragshaushalt 2000 hier veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/119 49

2011 gegenüber 2010:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
124 01-4	052	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	500,0	500,0	A	550,0
					B	488,6
					C	508,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-4	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
					C	34,8
232 01-3	052	Sonstige Erstattungen von Ländern	10,0	10,0	A	35,0
					B	8,2
					C	574,8
232 02-2	052	Erstattungen von Ländern für länderübergreifende EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 632 99.</i>	---	---	A	---
					B	120,6
235 01-0	052	Sonstige Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	34,4
					C	17,8
235 02-9	052	Zuweisungen der Hauptfürsorgestellen <i>Vgl. Vermerk bei 428 11.</i>	---	---	A	---
					B	7,3
					C	12,6
235 12-7	052	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk bei 428 12.</i>	---	---	A	---
					B	0,2
					C	0,3
261 01-7	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	30,0	30,0	A	70,0
					B	26,1
					C	38,9
271 01-5	052	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 01.</i>	---	---	A	---
					C	45,0
281 01-3	052	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
					B	4,6
					C	1,3
		Gesamteinnahmen	944.580,0	748.580,0	A	779.585,0
					B	885.619,0
					C	1.142.300,7
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
412 01-5	052	Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, der anwaltlichen Mitglieder des Anwaltsgerichtshofs und der nichtrichterlichen Beisitzer der Gerichte	3.200,0	3.200,0	A	3.200,0
					B	3.079,2
					C	3.007,8
422 01-3	052	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	403.127,2	409.401,4	A	406.162,1
					B	389.657,9
					C	362.985,1
422 21-9	052	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	2.871,9	2.919,6	A	2.420,2
					B	2.807,6
					C	2.415,2
422 26-4	052	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare	38.800,0	38.800,0	A	38.800,0
					B	33.616,4
					C	33.466,5

Erläuterungen

Zu 04 04/124 01**Haushaltsvermerk:**

Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO der Stadt Nürnberg Räumlichkeiten im Ostflügel des Justizgebäudes Nürnberg, Fürther Straße 110 bis 112, für den Betrieb des "Memoriums Nürnberger Prozesse" verbilligt zur Nutzung überlassen werden können.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 50,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/231 01

Erstattungen des Bundes nach dem Arbeitsplatzschutzgesetz und nach der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen.

Zu 04 04/232 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 25,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/235 01

Insbesondere Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte.

Zu 04 04/235 02

Insbesondere Zuschüsse für Vorlesekräfte für Blinde.

Zu 04 04/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 138 Abs. 2 i. V. mit § 50 StVollzG zu zahlenden Unterbringungskosten, auch soweit ihre Erhebung im Wege der Überleitung von laufenden Geldleistungen (z. B. von Renten) nach § 50 SGB I erfolgt sowie Erstattungen von sonstigen Verwaltungskosten (z.B. für die Teilnahme nichtstaatlicher Stellen an der Kantinenverpflegung).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Einnahmeentwicklung.

Zu 04 04/412 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) das Gesetz über die Entschädigung der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs (BayRS 1103-2-S) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) § 103 Abs. 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl I S. 565) in der jeweils geltenden Fassung,
- c) das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl I S. 718) in der jeweils geltenden Fassung.

Mit Mitteln dieses Titels sind auch die aus Anlass von Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richter zu gewährenden Entschädigungen zu zahlen (§ 15 Abs. 3 Nr. 1 JVEG).

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

Zu 04 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 04/422 26

Die Mittel sind veranschlagt nach der Zahl der vorhandenen Rechtsreferendare und den voraussichtlichen Veränderungen in den Jahren 2010 und 2011 unter Berücksichtigung der seit 01.01.2000 geltenden geringeren Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendare in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
422 31-7	052	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.309,3	1.331,1	A	1.530,9
					B	1.280,0
					C	1.499,6
422 41-5	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	131,6
					C	82,8
427 01-8	052	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit <i>Titel kann im Rahmen des Pilotprojektes "Zustellung durch Justizbedienstete" mit Mitteln aus Kap. 04 04 Tit. 511 02 (Entgelte für Postdienstleistungen) verstärkt werden.</i>	389,0	389,0	A	389,0
					B	280,9
					C	338,2
427 41-0	052	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 05/427 41.</i>	---	---	A	---
428 01-7	052	Entgelte der Arbeitnehmer	122.614,7	124.658,3	A	127.004,8
					B	116.376,8
					C	113.995,3
428 07-1	052	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmerbudget))	---	---	A	---
					B	3.837,3
					C	3.088,5
428 11-5	052	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 235 01 und 235 02.</i>	3.315,5	3.364,9	A	2.999,7
					B	2.907,4
					C	2.882,3
428 12-4	052	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-3	052	Entgelte der Arbeitnehmer	4.878,0	4.959,3	A	5.070,1
					B	4.782,5
					C	4.907,7
428 41-9	052	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	63,2
					C	57,6
453 01-5	052	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	850,0	850,0	A	850,0
					B	668,4
					C	642,2
459 21-5	052	Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Kap. 04 04 Tit. 111 03.</i>	36.000,0	36.000,0	A	34.000,0
					B	36.277,3
					C	32.029,2

Erläuterungen

Zu 04 04/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 04 04/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 04/427 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Entgelte für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	93,5	93,5
- Sonstige (z.B. für nebenamtlichen Unterricht, Aushilftätigkeiten)	295,5	295,5
Zusammen	389,0	389,0

Zu 04 04/428 01 (428 11 und 428 15)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 11

Veranschlagt sind u.a. Mittel für 66,5 Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen nach § 30 TVL.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 315,8 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 49,4 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 04/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	505,0	505,0
2. Umzugskostenvergütungen	345,0	345,0
Zusammen	850,0	850,0

Zu 04 04/459 21

Veranschlagt sind:

1. Die den Gerichtsvollziehern und Vollziehungsbeamten der Justiz zustehenden Vergütungen aufgrund der Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst vom 8. Juli 1976 (BGBl I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung; die Vergütung beträgt für Gerichtsvollzieher 15 v.H., für Vollziehungsbeamte der Justiz 50 v.H. der für die Erledigung der Aufträge vereinnahmten Gebühren.
2. a) Die den Gerichtsvollziehern gemäß der Verordnung über die Aufwandsentschädigung für Bürokosten der Gerichtsvollzieher (BKEntschV-GV) vom 29. November 2007 (GVBl S. 827) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlenden Entschädigungen ; diese Entschädigung wird als Aufwandsentschädigung gezahlt.
b) Die den Gerichtsvollziehern nach § 11 Nrn. 2 und 3 der Gerichtsvollzieherordnung vom 7. März 1980 (JMBl S. 43) in der jeweils geltenden Fassung als Entschädigung für den Aufwand bei der Erledigung der Aufträge überlassenen oder ersetzten Auslagen gemäß Nrn. 701 bis 713 des Kostenverzeichnisses zum GvKostG.
3. Die den Vollziehungsbeamten der Justiz nach Nr. 5.1.3 der Dienstordnung für die Vollziehungsbeamten der Justiz vom 16. Juli 1997 (JMBl S. 118) in der jeweils geltenden Fassung zustehende Entschädigung für den Aufwand und zum Ersatz barer Auslagen (Nr. 5.3 und 5.4.2 a.a.O.).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 2.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-5	052	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.967,0	12.967,0	A	13.450,0
					B	11.993,1
					C	12.493,7
511 02-4	052	Entgelte für Postdienstleistungen <i>Vgl. Vermerk bei 427 01.</i>	19.250,0	19.250,0	A	22.250,0
					B	18.867,2
					C	20.540,7
514 01-2	052	Haltung von Dienstfahrzeugen	248,6	248,6	A	248,6
					B	161,6
					C	181,7
514 02-1	052	Beschaffung von Munition	8,1	8,1	A	9,1
					B	6,3
					C	3,9
514 11-0	052	Dienst- und Schutzkleidung	275,4	275,4	A	275,4
					B	277,6
					C	267,2
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	10.473,8	10.473,8	A	10.473,8
					B	9.663,2
					C	9.375,1

Erläuterungen

Zu 04 04/511 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	5.393,4	5.393,4
2.	Bücher und Zeitschriften	2.865,0	2.865,0
3.	Kommunikation	2.045,5	2.045,5
4.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.528,0	2.528,0
5.	Sonstiges	135,1	135,1
Zusammen		12.967,0	12.967,0

2011 gegenüber 2010:
 1.083,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 600,0 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
 483,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/511 02

Getrennte Veranschlagung der im Kap. 04 04 besonders hohen Ausgaben für Postdienstleistungen.

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 3.000,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	162,4	167,9
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	86,2	80,7
Zusammen		248,6	248,6

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	248,6	248,6
Personalausgaben	68,0	68,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete (siehe Tit. 518 18)	113,0	113,0
Zusammen	429,6	430,1

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	73	73	63	63	57
Lastkraftwagen, Transporter	10	10	10	10	-

2011 gegenüber 2010:
 27,6 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 8,1 Tsd. € mehr wegen steigenden Kraftstoffpreisen,
 19,5 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Bedarf (Ausweitung des Modellprojekts "Leasingfahrzeuge" um
 10 Fahrzeuge),
 - Tsd. €.

Zu 04 04/514 02

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 1,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/514 11		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Erstausstattungen und Dienstkleidungszuschüsse	257,3	257,3
2.	Beschaffung und Unterhaltung von staatseigenen Roben und Schutzkleidungsstücken	15,0	15,0
3.	Roben für die Richter des Bayerischen Verfassungs- gerichtshofes	3,1	3,1
Zusammen		275,4	275,4

Zu 04 04/517 01

Veranschlagt sind:
 Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
517 05-5	052	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	9.675,8	9.675,8	A	9.675,8
					B	9.462,1
					C	8.669,1
517 31-3	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	181,2	181,2	A	---
					B	168,4
					C	14,7
517 35-9	052	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	417,8	419,8	A	---
					B	433,1
					C	74,6
518 01-8	052	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	5.500,0	5.500,0	A	5.802,2
					B	5.107,0
					C	5.009,6
518 11-6	052	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	700,0	700,0	A	598,7
					B	704,6
					C	742,2
518 18-9	052	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	113,0	113,0	A	113,0
					B	118,0
					C	73,8
518 31-2	052	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-7	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.378,4	7.378,4	A	10.375,7
					B	16.249,5
					C	14.159,6
525 01-9	052	Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	2.350,0	2.350,0	A	2.300,0
					B	2.151,8
					C	1.795,4
525 02-8	052	Aus- und Fortbildung von Betreuern	102,3	102,3	A	115,1
					B	87,3

Erläuterungen

Zu 04 04/517 05		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	6.375,8	6.375,8
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	3.300,0	3.300,0
Zusammen		9.675,8	9.675,8

Zu 04 04/517 31

2011 gegenüber 2010:
Mehr 181,2 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/517 35

2011 gegenüber 2010:
Mehr 417,8 Tsd. € infolge Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/518 01

2011 gegenüber 2010:
Weniger 302,2 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/518 11

2011 gegenüber 2010:
Mehr 101,3 Tsd. € wegen zusätzlichem Bedarf.

Zu 04 04/519 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	6.978,4	6.978,4
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	400,0	400,0
Zusammen		7.378,4	7.378,4

2011 gegenüber 2010:
 1.152,7 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 1.844,6 Tsd. € weniger infolge des Sparpakets zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts,
 2.997,3 Tsd. € weniger.

Zu 04 04/525 01

Zu 04 04/525 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Fortbildung der Richter und Staatsanwälte (einschließlich der Reisekosten der Teilnehmer an den Fortbildungsveranstaltungen der Deutschen Richterkademie in Trier und Wustrau)	463,9	463,9
2.	Fortbildung der Rechtspfleger	136,7	136,7
3.	Fortbildung der in der Bewährungshilfe, in der Führungsaufsicht und in der Gerichtshilfe tätigen Personen	87,1	87,1
4.	Fortbildung der Gerichtsvollzieher, der Beamten des mittleren Justizdienstes, der Beamten des Justizwachmeisterdienstes und der Justizangestellten	205,1	205,1
5.	Ausbildung der Referendare und Anwärter	483,7	483,7
6.	Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung für sämtliche Bedienstete	768,5	768,5
7.	Qualifizierungsoffensive	205,0	205,0
8.	Sonstiges (vgl. Haushaltsvermerk)	-	-
Zusammen		2.350,0	2.350,0

2011 gegenüber 2010:
 127,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 177,8 Tsd. € mehr wegen zusätzlichem Schulungs- und Fortbildungsbedarf,
 50,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 04/525 02

Ersatz von Aufwendungen für Aus- und Fortbildung von Betreuern. Die erforderlichen Ausgabemittel waren bis einschließlich des Haushaltsjahres 2004 bei Titel 681 03 veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 12,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 21-4	052	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 29 und 526 31 bis 526 33: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	55.000,0	55.000,0	A	50.587,7
					B	52.852,3
					C	55.702,4
526 22-3	052	Entschädigungen der gerichtlich bestellten Verteidiger und der in Strafsachen beigeordneten Rechtsanwälte <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	22.000,0	22.000,0	A	21.000,0
					B	21.083,5
					C	22.119,0
526 23-2	052	Entschädigungen für Zeugen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	14.000,0	14.000,0	A	12.300,0
					B	13.624,4
					C	13.780,6
526 24-1	052	Entschädigungen für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	137.300,0	137.300,0	A	131.310,0
					B	131.566,5
					C	129.969,6
526 25-0	052	Kosten der einstweiligen Unterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	400,0	400,0	A	380,0
					B	336,6
					C	129,9
526 26-9	052	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	6.500,0	6.500,0	A	7.530,0
					B	6.302,6
					C	13.237,4
526 27-8	052	Kosten der Rechtsberatung für Bürger mit geringem Einkommen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	11.500,0	11.500,0	A	11.400,0
					B	10.795,8
					C	10.804,4
526 28-7	011	Vergütungen und Aufwandsentschädigungen an Vormünder und Betreuer mittelloser Mündel und Betreuer <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	99.000,0	99.000,0	A	88.400,0
					B	85.016,4
					C	80.713,4

Erläuterungen

Zu 04 04/526 21 bis 526 27

Bei den Ausgaben handelt es sich um Leistungen, die auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen und von gerichtlichen Entscheidungen abhängig sind. Mitveranschlagt sind Dolmetscher- und Übersetzungskosten im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland.

Den Ansätzen liegen die Istbeträge 2009 bzw. die voraussichtliche Ausgabenentwicklung zu Grunde.

Zu 04 04/526 21 (und 526 22)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 21:

Mitveranschlagt sind Mittel für die nach § 45 Abs. 2 RVG aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütungen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 4.412,3 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Titel 526 22:

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 23 (und 526 24)

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 23:

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.700,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 24:

2011 gegenüber 2010:

Mehr 5.990,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 25

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind § 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 JGG, Nr. 9011 Kostenverzeichnis zum Gerichtskostengesetz.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 20,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 26

Rechtsgrundlagen für diese Ausgaben sind insbesondere Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz und §§ 136 ff. Kostenordnung. Im Ansatz sind neben den Kosten für die Online-Auskünfte aus den Registern der Einwohnermeldebehörden (AKDB-Online) auch Reisekosten, die u.a. nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes (Nr. 9006 KVGrKG) zu den Gerichtskosten zählen, enthalten.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 530,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 27

Rechtsgrundlage für diese Ausgaben ist das Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl I S. 689) in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. § 44 und Nr. 2501 ff des Vergütungsverzeichnisses zum RVG.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/526 28

Vergütungen, Ersatz von Aufwendungen und Aufwandsentschädigungen, die Vormünder und Betreuer aus der Staatskasse erhalten (§§ 1835, 1835a, 1836a, 1908i BGB).

Veranschlagt sind insbesondere auch

- Aufwandspauschalen,
- Aufwendungen für Versicherungen.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel waren bis einschließlich 2004 bei Tit. 681 02 veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10.600 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 29-6	052	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01. Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	500,0	500,0	A	
526 31-2	052	Entschädigungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	200,0	200,0	A	1.300,0
					B	123,0
					C	205,1
526 32-1	052	Entschädigungen für Treuhänder, Insolvenzverwalter und Mitglieder von Gläubigerausschüssen bei Verfahrenskostenhilfe in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	12.100,0	12.100,0	A	11.100,0
					B	12.032,4
					C	12.172,9
526 33-0	052	Sonstige Auslagen in Insolvenzverfahren <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	1.500,0	1.500,0	A	2.000,0
					B	1.455,2
					C	1.203,3
527 01-7	052	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 02/271 01.</i>	2.300,0	2.300,0	A	2.369,6
					B	2.276,8
					C	2.144,3
529 03-3	052	Zur Verfügung der Präsidenten der Oberlandesgerichte für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	2,4	2,4	A	2,7
					B	2,4
					C	3,4
529 04-2	052	Zur Verfügung des Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	1,8	1,8	A	2,0
					B	2,0
					C	2,2
529 05-1	052	Zur Verfügung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg bzw. dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	***	***	A	8,0
532 11-8	052	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	250,0	250,0	A	459,0
					B	212,7
					C	212,2
533 01-9	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	10,0	10,0	A	20,4
					B	3,3
					C	12,4

Erläuterungen

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können künftig bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei zeichnet sich ab, dass die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff nehmen werden. Bayern wird sich an diesem Projekt beteiligen, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar ist als ein bayerischer Alleingang.

Die Finanzierung erfolgt über den neuen Ausgabebetitel, bzw. über den Deckungsvermerk auch aus Tit. 632 01, soweit die Realisierung gemeinsam mit anderen Ländern erfolgt. Die Ausgaben werden bei Tit. 526 26 eingespart.

Zu 04 04/526 31 bis 526 33

Rechtsgrundlagen sind die Insolvenzordnung in der jeweils geltenden Fassung und (bezüglich der Vergütungen der Rechtsanwälte bei Verfahrenskostenhilfe) das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung.

Titel 526 31:

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.100,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 32:

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Titel 526 33:

2011 gegenüber 2010:

Weniger 500,0 Tsd. € infolge Anpassung an die zu erwartende Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/527 01

2011 gegenüber 2010:

263,3	Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
-------	--------	--

193,7	Tsd. €	mehr wegen steigendem Bedarf,
-------	--------	-------------------------------

69,6	Tsd. €	weniger.
------	--------	----------

Zu 04 04/529 03

Verfügungsmittel für die Präsidenten der Oberlandesgerichte München, Nürnberg und Bamberg.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 0,3 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/529 04

Verfügungsmittel für den Präsidenten des Bayer. Verfassungsgerichtshofs.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 0,2 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/529 05

Die Veranstaltungen sind abgeschlossen.

Zu 04 04/532 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 209,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/533 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 10,4 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
533 02-8	052	Besondere Kosten der Bewährungsaufsicht, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	580,7	580,7	A B C	430,7 437,8 440,1
533 03-7	052	Kosten von kriminalpädagogischen Schülerprojekten	60,0	60,0	A B C	60,0 56,7 33,6
545 01-5	052	Technische Sicherung von Wohnungen	177,8	177,8	A	200,0
546 49-8	052	Vermischte Verwaltungsausgaben	235,0	235,0	A B C	260,5 262,8 296,4
547 01-3	052	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die korrespondierenden Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 271 01.</i>	---	---	A C	--- 46,6
Ausgaben für den Schuldendienst						
575 01-8	920	Zinsen für hinterlegte Gelder	---	***	A B C	530,0 432,1 414,9

Erläuterungen

Zu 04 04/533 02

Die Bewährungshilfe hat ihre Rechtsgrundlage in § 56 d StGB und in den §§ 21 bis 30, 88, 89 des Jugendgerichtsgesetzes. Die Tätigkeit der Bewährungshelfer ist landesrechtlich geregelt.

Die Führungsaufsicht hat ihre Rechtsgrundlage in § 68 StGB, § 7 JGG.

Die Gerichtshilfe unterstützt die Staatsanwaltschaft bei Ermittlungen, die für die Bestimmung der Rechtsfolgen der Tat bedeutsam sind. Die Gerichtshilfe kann ferner zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Strafvollstreckung herangezogen werden (§ 160 Abs. 3, § 463 d StPO, Art. 294 EGStGB).

Mitveranschlagt sind Mittel bis zu 22,5 Tsd. € zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit der ehrenamtlichen Straffälligenhilfe.

Veranschlagt sind:

- Reisekosten der hauptamtlichen Kräfte
- Kosten der ehrenamtlichen Bewährungshilfe
- sonstige Ausgaben.

Aus dem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten Billigkeitsleistungen an ehrenamtliche Bewährungshelfer in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadensersatz bei Staatsbediensteten gewährt werden.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen zusätzlichem Bedarf, u.a. bei den Führungsaufsichtsstellen.

Zu 04 04/533 03

In einem bundesweit neuartigen Modellprojekt wurden in Aschaffenburg, Ingolstadt, Augsburg, Ansbach und Memmingen in Anlehnung an US-amerikanische Teencourts Schülergremien eingerichtet, die mit jugendlichen Straftätern über deren Tat sprechen und anschließend eine erzieherische Maßnahme vorschlagen. Erfüllt der Beschuldigte die ihm auferlegte Maßnahme, wird dies von der Staatsanwaltschaft bei ihrer abschließenden Entscheidung zu seinen Gunsten berücksichtigt. Die Übermittlung eines Falles von der Staatsanwaltschaft an das Schülergremium setzt voraus, dass es sich nicht um einen Fall schwerer Kriminalität handelt und der Täter geständig ist. Das Modell soll auf weitere Standorte ausgedehnt werden. Die Mittel werden für die Schulung der mitwirkenden Schüler und für die Vorbereitung, Begleitung und Überwachung des Projekts benötigt.

Zu 04 04/545 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 22,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Kosten augenärztlicher Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können Billigkeitsleistungen bis zu 10,0 Tsd. € sowie Auslagen aus Anlass des Besuchs ausländischer Juristen und Besuchergruppen zur Information über Rechtseinrichtungen in Bayern gedeckt werden.

2011 gegenüber 2010:

28,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzliche Sperre,
3,4 Tsd. €	mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
25,5 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/575 01

Rechtsgrundlage ist die Hinterlegungsordnung vom 10. März 1937 in der jeweils geltenden Fassung.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 530,0 Tsd. €. Mit Inkrafttreten des Hinterlegungsgesetzes wird die Verzinsungspflicht entfallen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-9	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar.</i>	895,0	895,0	A	877,2
					B	682,9
					C	887,4
681 01-9	052	Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen	5.300,0	5.300,0	A	5.300,0
					B	4.733,4
					C	5.211,2
684 01-6	052	Unterstützung von Initiativen nach § 46a Nr. 2 StGB	---	---	A	120,0
					B	120,0
					C	74,1

Erläuterungen

Zu 04 04/632 01

- a) Der Personal- und Sachaufwand für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg wird von den Landesjustizverwaltungen nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen getragen.
- b) Die Kosten der Deutschen Richterakademie -Tagungsstätte Trier - tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder (ohne Beitrittsländer) werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- c) Die Kosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Wustrau - tragen Bund und Länder ebenfalls je zur Hälfte. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet.
- d) Für die Pflege und Weiterentwicklung des EDV-Mahnverfahrens durch die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg sind die anteiligen Kosten zu erstatten. des weiteren bestehen für Pflege und Weiterentwicklung der Online-Antragsverfahren Online-Mahntrag und ProfiMahn Verpflichtungen gegenüber dem Land Bremen. Im Betrag sind auch die an das Land Berlin zu erstattenden Kostenanteile für die Entwicklung einer Automatisierungslösung und deren Betrieb im Rahmen des Europäischen Mahnverfahrens enthalten.
- e) Das Länderportal für Internetveröffentlichungen wird vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben. Veranschlagt ist der jährliche Anteil des Landes Bayern am InsO-Veröffentlichungs-Portal, am Registerportal und am Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach EGVP.
- f) Kosten für die Nutzung der vom Land Nordrhein-Westfalen betriebenen Justiz-Auktionsplattform.

	2011	2012
Veranschlagt sind:	Tsd. €	Tsd. €
zu a)	145,3	145,3
zu b)	156,8	158,8
zu c)	135,5	128,9
zu d)	300,0	300,0
zu e)	143,4	147,0
zu f)	14,0	15,0
Zusammen	895,0	895,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 17,8 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/681 01

Rechtsgrundlagen dieser Ausgaben sind:

- a) Das Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl I S. 157) in der jeweils geltenden Fassung,
- b) §§ 467, 467 a ff. StPO.

Zu 04 04/684 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 120,0 Tsd. €. Die Bezuschussung von Initiativen nach § 46 a Nr. 2 StGB wird eingestellt.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A Soll 2010 B Ist 2009 C Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
686 03-2	059	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 5.610,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.871,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 5.610,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 ff. jährlich 561,0 Tsd. €</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 4.871,0 Tsd. € werden frühestens fällig in den Haushaltsjahren</i> <i>2013 ff. jährlich 487,1 Tsd. €</i>	1.256,2	1.447,7	A 900,0 B 340,0 C 142,6

Erläuterungen

Zu 04 04/686 03

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht wurden ambulanter Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Strafgefangene in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München und Nürnberg im Rahmen einer institutionellen Förderung sowie die psychotherapeutische Fachambulanz in Würzburg (Projektförderung) finanziert.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 356,2 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 191,5 Tsd. € wegen Aufstockung des Personals.

Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Magdalenenstraße 7, 80638 München**Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	Istergebnis 2009 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	433,9	433,9	297,1	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	126,7	126,7	120,4	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	560,6	560,6	417,5	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	560,6	560,6	417,5	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	560,6	560,6	417,5	

Personalsoll: 6 Arbeitnehmer

Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg**Übersicht über den Wirtschaftsplan (institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	Istergebnis 2009 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	313,9	402,9	210,0	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	81,7	84,1	79,3	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	395,6	487,0	289,3	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	395,6	487,0	289,3	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	395,6	487,0	289,3	

Personalsoll: 5 Arbeitnehmer

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-5	052	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.883,6	2.883,6	A	3.604,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	3.245,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>			C	2.975,6
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
710 00-5	052	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	17.300,0	20.500,0	A	15.700,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	14.439,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>			C	18.445,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-2	052	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	30,0
					B	20,4
					C	32,2

Erläuterungen

Zu 04 04/701 01

2011	Tsd. €
1. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Mittelflügel	516,6
2. Landgericht Memmingen Umsetzung des Sicherheitskonzepts	180,0
3. Justizgebäude in München, Herzog-Spital-Straße 17 Sanierungsmaßnahmen zur Sicherung der Statik	300,0
4. Amtsgericht Rosenheim, Bismarckstraße 1 Barrierefreie Erschließung	197,0
5. Amtsgericht Viechtach Brandschutzmaßnahmen	280,0
6. Landgericht Ansbach, Promenade 4 und 8 Instandsetzung der Arbeitsplatzbeleuchtung in beiden Gebäuden	355,0
7. Amtsgericht Erlangen, Mozartstraße 23 und Sieboldstraße 2 Funktionale Verbindung über alle Geschosse und Sanierung der WC- Anlagen im Altbau	435,0
8. Landgericht Aschaffenburg, Erthalstraße 3 Brandschutzmaßnahmen und Erneuerung der Aufzugsanlage	330,0
9. Amtsgericht Bad Neustadt a.d. Saale Behindertengerechte Erschließung	200,0
10. Bayerische Justizschule Pegnitz Brandschutzmaßnahmen in den Bauteilen III - VIII des ehemaligen Schülerheims des Gymnasiums Pegnitz	90,0
Zusammen	2.883,6

2012

1. Amtsgericht Aichach Umsetzung des Sicherheitskonzepts	225,0
2. Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen Verlegung der Wachtmeisterei und behindertengerechte Erschließung	350,0
3. Landgericht Kempten Fassaden- und Dachsanierung Westflügel (1. Bauabschnitt)	640,0
4. Landgericht Traunstein, Bauteil A Erneuerung der WC-Anlagen	280,0
5. Landgericht Ansbach, Promenade 4 und 8 Einbau einer Hausalarmierungsanlage in beiden Gebäuden (1. Bauabschnitt)	98,0
6. Landgericht Regensburg, Kumpfmühler Straße 4 a und Augustenstraße 3 Brandschutzmaßnahmen und Anbringung Sonnenschutz	365,0
7. Amtsgericht Straubing Umbau Pforte und Wachtmeisterei (1. Bauabschnitt)	300,0
8. Amtsgericht Haßfurt Brandschutzmaßnahmen, behindertengerechte Erschließung	505,6
9. Amtsgericht Kulmbach Erneuerung der WC-Anlagen	120,0
Zusammen	2.883,6

Zu 04 04/811 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 30,0 Tsd. €. Im Haushalt 2011/2012 werden keine Neu- und Ersatzbeschaffungen durchgeführt.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
812 01-1	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.048,3	2.048,3	A	2.304,3
					B	1.364,5
					C	2.897,7
812 04-8	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Neu-Ulm	120,0	120,0	A	119,2
					B	92,2
812 09-3	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Rosenheim	80,0	40,0	A	260,8
					B	51,0
812 14-6	052	Teilneuausstattung Justizbehörden Nürnberg	300,0	300,0	A	150,0
					B	130,7
					C	27,9

Erläuterungen

Zu 04 04/812 01

Veranschlagt sind Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie für Ausstattungsmaßnahmen geringeren Umfanges.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geräte für Textautomation/Mikrocomputer	40,4	40,4
2. Telekommunikationsgeräte (ohne Telefax)	40,4	40,4
3. Kopierautomaten	161,8	161,8
4. EDV-gerechtes Mobiliar	204,3	204,3
5. Zeiterfassungsgeräte	365,8	365,8
6. Diktier- und Wiedergabegeräte	194,1	194,1
7. Maschinen und Geräte für den Bürobetrieb	242,6	242,6
8. Maschinen und Geräte für die Hausbewirtschaftung	161,7	161,7
9. Registratureinrichtungen	163,9	163,9
10. Kleinere Teilneuausstattungen	473,3	473,3
Zusammen	2.048,3	2.048,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 256,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 04/812 04

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	500,5
Bis einschließlich 2010 bewilligt	243,4
Haushaltsbetrag 2011	120,0
Haushaltsbetrag 2012	120,0
Vorbehalten bleiben	17,1

Im Zusammenhang mit der bei 04 04/727 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm" werden für das Amtsgericht Neu-Ulm und die Zweigstelle Neu-Ulm der Staatsanwaltschaft Memmingen Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2011 gegenüber 2010:

13,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
14,0 Tsd. €	mehr. Die Durchführung der Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt,
0,8 Tsd. €	mehr.

Zu 04 04/812 09

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	455,2
Bis einschließlich 2010 bewilligt	316,6
Haushaltsbetrag 2011	80,0
Haushaltsbetrag 2012	40,0
Vorbehalten bleiben	18,6

Für das Amtsgericht Rosenheim sind im Zusammenhang mit der bei 04 04/714 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme "Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim" Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2011 gegenüber 2010:

29,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
151,8 Tsd. €	weniger. Die Durchführung der Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt,
180,8 Tsd. €	weniger.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 40,0 Tsd. €. Die Durchführung der Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt.

Zu 04 04/812 14

	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	5.695,2
Bis einschließlich 2010 bewilligt	5.095,2
Haushaltsbetrag 2011	300,0
Haushaltsbetrag 2012	300,0
Vorbehalten bleiben	15,0

2011 gegenüber 2010:

16,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
166,7 Tsd. €	mehr wegen der Fortführung der im Zusammenhang mit der Hochbaumaßnahme Justizgebäude Nürnberg, Bau- und Installationsmaßnahmen (Kap. 04 04 Tit. 730 35) erforderlichen Teilneu- und Ergänzungsausstattung. Die Durchführung der Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt,
150,0 Tsd. €	mehr.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 15-5	052	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	500,0	300,0	A	180,0
					B	128,3
					C	176,4
812 19-1	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Amberg	90,0	---	A	90,0
					C	91,9
812 20-8	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Straubing	---	---	A	---
					B	187,9
812 23-5	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Amtsgericht Bad Kissingen	---	---	A	---
					B	162,1
<u>812 24-4</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Aschaffenburg	90,0	---	A	
812 25-3	052	Teilneuausstattung Justizbehörden München	300,0	300,0	A	200,0
					B	237,0
					C	463,5
812 27-1	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Bayreuth	100,0	90,0	A	105,0
					B	30,4
812 28-0	052	Teilneuausstattung des Justizgebäudes Ottostraße 5, Würzburg	---	---	A	2.000,0
					B	24,9

Erläuterungen

Zu 04 04/812 15

2011		Tsd. €
1.	Ersatzbeschaffungen und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei den Gerichten und Justizbehörden	380,0
2.	Erweiterungen von Telekommunikationsanlagen bei Amtsgerichten in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von amtsgerichtlichen Zweigstellen mit den Hauptgerichten	120,0
Zusammen		500,0

2011 gegenüber 2010:

20,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
340,0 Tsd. €	mehr für zusätzliche Ausstattungsmaßnahmen,
320,0 Tsd. €	mehr.

2012

		Tsd. €
1.	Ersatzbeschaffungen und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei den Gerichten und Justizbehörden	220,0
2.	Erweiterung von Telekommunikationsanlagen bei Amtsgerichten in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von amtsgerichtlichen Zweigstellen mit den Hauptgerichten	80,0
Zusammen		300,0

2012 gegenüber 2011:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen geringerem Bedarf.

Zu 04 04/812 19

		Tsd. €
Kosten der Maßnahme		500,4
Bis einschließlich 2010 bewilligt		385,0
Haushaltsbetrag 2011		90,0
Haushaltsbetrag 2012		-
Vorbehalten bleiben		25,4

2011 gegenüber 2010:

10,0 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
10,0 Tsd. €	mehr. Die Ausstattungsmaßnahme orientiert sich am Baufortschritt der bei Kap. 04 04 Tit. 747 01 veranschlagten Hochbaumaßnahme,
-	Tsd. €.

Zu 04 04/812 24

2011 gegenüber 2010:

Mehr 90,0 Tsd. € für Ersatz- und Teilneuausstattungen.

Zu 04 04/812 25

		Tsd. €
Kosten der Maßnahme		10.341,4
Bis einschließlich 2010 bewilligt		9.393,2
Haushaltsbetrag 2011		300,0
Haushaltsbetrag 2012		300,0
Vorbehalten bleiben		348,2

Die Mittel sind vor allem für Dienstzimmer- und Sitzungssaalausstattungen in den Münchner Justizgebäuden vorgesehen. Die Gesamtsumme erhöht sich wegen der Einbeziehung weiterer notwendiger Maßnahmen auf 10.341,4 Tsd. €.

2011 gegenüber 2010:

22,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
122,2 Tsd. €	mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
100,0 Tsd. €	mehr.

Zu 04 04/812 27

2011 gegenüber 2010:

11,7 Tsd. €	weniger infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
6,7 Tsd. €	mehr wegen zusätzlichem Bedarf,
5,0 Tsd. €	weniger.

Zu 04 04/812 28

Die Maßnahme ist abgeschlossen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<u>812 29-9</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizbehörden Hof	---	200,0	A	
812 30-6	052	Ausstattung der Gerichte und Justizbehörden mit Videovernehmungs- und -konferenzenanlagen	30,0	30,0	A	50,0
					B	104,7
812 31-5	052	Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit technischen Sicherheitseinrichtungen	288,0	618,0	A	200,0
					B	40,4
<u>812 33-3</u>	052	Teilneu- und Ergänzungsausstattung Justizschule Pegnitz	100,0	---	A	

Erläuterungen

Zu 04 04/812 29

Im Zusammenhang der bei 04 04/735 02 veranschlagten Hochbaumaßnahme sind im Haushaltsjahr 2012 Teilneu- und Ergänzungsausstattungen erforderlich.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 200,0 Tsd. € infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 04 04/812 30

Die Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Videovernehmungs- und -konferenzsystemen ist erforderlich, weil die Gerichte und Staatsanwaltschaften verstärkt von den vom Gesetzgeber eingeräumten Möglichkeiten, Zeugen oder Sachverständige zu vernehmen, oder Verhandlungen mit Hilfe von Videokonferenzanlagen durchzuführen (u.a. §§ 58, 186 e, 247 a StPO), Gebrauch machen. Außerdem häufen sich Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland zur Vernehmung von Zeugen mittels Videokonferenzen.

2011 gegenüber 2010:

5,6 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
14,4 Tsd. €	weniger wegen geringerem Bedarf,
<u>20,0 Tsd. €</u>	weniger.

Zu 04 04/812 31

Auf die wachsende Bedrohung durch Terroristen, die Zunahme der organisierten Kriminalität und die steigende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft muss auch bei den Gerichtsgebäuden durch eine Verbesserung der Sicherheit reagiert werden. Mit den veranschlagten Ausgabemitteln können zusätzliche technische Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Zugangs- und Fassadenüberwachungen, Gepäckdurchleuchtungsanlagen, Notrufeinrichtungen) beschafft werden.

2011 gegenüber 2010:

22,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
110,2 Tsd. €	mehr zur Verbesserung der technischen Sicherheit in Justizgebäuden,
<u>88,0 Tsd. €</u>	mehr.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 330,0 Tsd. € für die Durchführung zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen.

Zu 04 04/812 33

2011 gegenüber 2010:

Mehr 100,0 Tsd. € wegen Teilneu- und Ergänzungsausstattungen im Bereich der Justizschule Pegnitz.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A Soll 2010 B Ist 2009 C Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Titelgruppen					
99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG mit Ausnahme von 981 99 gegenseitig deckungsfähig.</i>					
511 99-8	052	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 615,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 648,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.236,3	3.236,3	A 6.348,9 B 7.490,3 C 8.415,4

Erläuterungen

Zu 04 04/99

In folgenden Bereichen der bayerischen Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Aufgaben mit Hilfe der EDV erledigt oder werden DV-Verfahren entwickelt:

- Beitreibung von Geldstrafen und -bußen (EDV-Geldstrafenvollstreckung),
- Verfahren der Insolvenzgerichte (forumSTAR-Insolvenz, INKA),
- Verfahren der Strafgerichte (forumSTAR-Straf, STRAFTEXT),
- Strafsachen bei den Staatsanwaltschaften (web.sta, Textverarbeitungslösung forumSTAR-Text),
- Vollstreckung der Erzwangungshafenanträge der Zentralen Bußgeldstelle,
- Zentrale Vollzugsdatei,
- Grundbuchführung (SolumSTAR, AGLB),
- Neuentwicklung eines datenbankgestützten EDV-Grundbuches,
- Integriertes Haushaltsverfahren (IHV),
- Personal- und Stellenverwaltung in der staatlichen Verwaltung (VIVA),
- Kassenbuchführung und Kosteneinzahlung bei der Landesjustizkasse Bamberg (IHV und EDV-Kosteneinzahlung),
- Kostenberechnung (SOLKOST, NACHKOST, forumSTAR),
- Justizverwaltung (VEWA, DIAPERS, Verwaltungsmanagementprogramm SeminarIS, DMS-Projekt ELDORA),
- Einholung von Auskünften aus den juristischen Informationssystemen Datenbank BAYERN-RECHT (JURIS) und beck-online,
- Verfahren bei den Zivil-, Familien-, Vollstreckungsgerichten sowie in FGG-Angelegenheiten (forumSTAR, VORMTEXT, NACHTEXT, SIJUS- Vollstreckung, VOLLTEXT),
- Führung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters (RegisSTAR), elektronischer Rechtsverkehr bei den Registergerichten,
- Mahnverfahren (AUGEMA),
- Rechtsreferendarverwaltung,
- Bewährungshilfe (RESODAT/Sopart),
- Behördennetz.

Die Arbeiten erledigen grundsätzlich Bedienstete der Justizverwaltung, soweit nicht andere Stellen in Anspruch genommen werden.

Bei dem Oberlandesgericht München hat die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz justizinterne Aufgaben wahrzunehmen, die mit der Ausstattung sämtlicher Justizbehörden mit modernen Client-/Server-Systemen sowie der Entwicklung, Einführung, Betreuung und Pflege der neuen PC-Fachanwendungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften zusammenhängen. Daneben obliegt ihr auch die Pflege und Wartung der so genannten Altverfahren.

Die Gemeinsame IT-Stelle der bayerischen Justiz ist insgesamt mit 240 Bediensteten besetzt.

Für die Betreuung der vernetzten PC und PC-Fachanwendungen ist ferner als zentrale Anlaufstelle der Anwender die IT-Beratungsstelle der bayerischen Justiz in Amberg zuständig.

Rein technische Betriebs- und Betreuungsaufgaben (insbesondere Hardware, System- und Standardsoftware sowie Netz) sowie die im Wege der Ersatzbeschaffung auszurollenden PC und IT-Infrastruktur sind - unter Wahrung der Kernkompetenz der Justiz - auf externe Firmen verlagert.

Die Rechenzentrumsdienstleistungen werden

- vom Landesamt für Steuern - Rechenzentrum Nord für den Bereich des Fachverfahrensbetriebs und
- vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung - Rechenzentrum Süd für den Bereich der Webdienste, Virtuelle Poststelle und Rechtsreferendarausbildungssystem (RAS) vorgenommen.

Die bei den Verrechnungstitel Kap. 04 02 Tit. 981 11 (2011: 44,2 Tsd. €, 2012: 45,6 Tsd. €) und Kap. 04 02 Tit. 981 12 (2011: 2.554,1 Tsd. €, 2012: 2.621,9 Tsd. €) anzusetzenden Sachmittel sind mit den beiden Rechenzentren verhandelt worden und bei den Haushaltsansätzen in der Titelgruppe 99 bereits in Abzug gebracht worden.

Zu 04 04/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	209,5	205,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	1.486,4	1.486,4
3. Mieten und Wartung	1.508,2	1.512,7
4. Bücher und Zeitschriften	32,2	32,2
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	3.236,3	3.236,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 3.112,6 Tsd. €, u.a. aufgrund reduzierter Preise für die Behördennetzanbindungen und der Verrechnung mit den Rechenzentren bei den Verrechnungstiteln Kap. 04 02 Titel 981 11 und Kap. 04 02 Titel 981 12. Im Betrag ist die Umsetzung von Ausgabemitteln i.H.v. 35,0 Tsd. € im Zusammenhang mit der Einführung des Verfahrens VIVA-PSV nach Kap. 06 15 Tit. 511 99 enthalten.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
514 99-5	052	Verbrauchsmittel	122,5	122,5	A	128,4
					B	21,8
					C	40,3
518 99-1	052	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2.012,0	2.012,0	A	1.844,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 1.900,0			B	1.848,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 1.900,0			C	1.393,1
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
519 99-0	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
					B	121,5
525 99-2	052	Aus- und Fortbildung	40,5	40,5	A	187,9
					C	13,1
526 99-1	052	Ausgaben für Sachverständige	14.927,4	14.927,4	A	11.399,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 900,0			B	11.330,7
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 11.900,0			C	12.348,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
533 99-2	052	Nebenkosten der Datenverarbeitung	178,0	178,0	A	198,5
					B	2,8
					C	6,1
534 99-1	052	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	3.141,4	3.141,4	A	3.911,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 523,0			B	4.138,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	4.182,9
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 903,0				
		<i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 903,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i>				
		<i>2013 Tsd. €</i> 453,0				
		<i>2014 Tsd. €</i> 150,0				
		<i>2015 Tsd. €</i> 150,0				
		<i>2016 Tsd. €</i> 150,0				
632 99-2	052	Erstattungen zur Finanzierung von länderübergreifenden EDV-Projekte (u.a. bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch)	---	---	A	---
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 232 02.</i>				
815 99-1	052	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	8.495,6	8.495,6	A	10.403,8
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 7.900,0			B	5.425,5
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	6.385,6
981 99-9	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	32.153,7	32.153,7	A	34.423,4
					B	30.379,8
					C	32.785,1
		Gesamtausgaben	1.114.449,5	1.126.361,0	A	1.106.379,2
					B	1.071.989,6
					C	1.064.335,5

Erläuterungen

Zu 04 04/514 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 5,9 Tsd. € wegen der weitgehend abgeschlossenen Erstausrüstung. Die laufenden Verbrauchskosten sind bei Kap. 04 04 Tit. 511 01 veranschlagt.

Zu 04 04/518 99

Für die Nutzung des Rechenzentrums der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) für das automatisierte gerichtliche Mahnverfahren und seine Online-Anwendungen TAR/WEB und Optimahn ist Miete zu entrichten.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 167,5 Tsd. € aufgrund der Erweiterung des Verfahrens und der prognostizierten Ausgabeentwicklung.

Zu 04 04/525 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 147,4 Tsd. € aufgrund der abgeschlossenen Ausstattung der Arbeitsplätze und der hierdurch weniger werdenden Anwendungsschulungen im Bereich der Basisprogramme. Die erforderlichen Ausgabemittel für Schulungen im Bereich der Fachverfahren sind bei Kap. 04 04 Tit. 525 01 veranschlagt.

Zu 04 04/526 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 3.527,6 Tsd. € für Kosten für die externen Leistungen (Outsourcing) beim IT-Betrieb, PC- und Server-Ersatzbeschaffungen und User-Help-Desk sowie für notwendige Sachverständigenleistungen.

Betriebsdienstleistungen werden über Kap. 04 04 Tit. 511 99 abgerechnet.

Zu 04 04/533 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 20,5 Tsd. € aufgrund geringeren Bedarfs an Transporten und Fachliteratur.

Zu 04 04/534 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Datenerfassung u. Programmierung durch Dritte	428,3	428,3
2. Softwareentwicklung durch Dritte	2.713,1	2.713,1
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	3.141,4	3.141,4

2011 gegenüber 2010:

Weniger 770,2 Tsd. € aufgrund der weitestgehend abgeschlossenen Programmierarbeiten in den Fachverfahren forumSTAR, RegisSTAR, SolumSTAR und web.sta sowie des niedrigeren Erfassungsaufwands im Fachverfahren AUGEMA.

Zu 04 04/632 99

Die Landesjustizverwaltungen haben sich im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung darauf verständigt, Fachverfahren gemeinsam zu entwickeln, zu beschaffen und einzusetzen. Dies betrifft derzeit die Fachverfahren forumSTAR, SolumSTAR, web.sta, RegisSTAR und bundeseinheitliches Datenbankgrundbuch.

Zu 04 04/815 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Zentraleinheiten	3.188,4	3.188,4
2. Peripheriegeräte	3.349,8	3.349,8
3. Datenträger	7,7	7,7
4. Erwerb von Software	1.949,7	1.949,7
5. VGeräte und Einrichtungsgegenstände für Zwecke des Datenschutzes und der Datensicherheit	-	-
Zusammen	8.495,6	8.495,6

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.908,2 Tsd. € aufgrund der Haushaltsverhandlungen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
			Tsd. €			
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	944.540,0	748.540,0	A	779.480,0
					B	885.417,6
					C	1.141.575,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	40,0	40,0	A	105,0
					B	201,4
					C	725,6
		Gesamteinnahmen	944.580,0	748.580,0	A	779.585,0
					B	885.619,0
					C	1.142.300,7
		Personalausgaben	617.355,6	625.873,6	A	622.426,8
					B	601.148,7
					C	583.015,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	456.917,2	456.919,2	A	440.827,6
					B	438.848,3
					C	443.029,9
		Ausgaben für den Schuldendienst	-	-	A	530,0
					B	432,1
					C	414,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.451,2	7.642,7	A	7.197,2
					B	5.876,3
					C	6.315,4
		Baumaßnahmen	20.183,6	23.383,6	A	19.304,5
					B	17.684,2
					C	21.421,4
		Sonstige Sachinvestitionen	12.541,9	12.541,9	A	16.093,1
					B	8.000,1
					C	10.138,8
		Gesamtausgaben	1.114.449,5	1.126.361,0	A	1.106.379,2
					B	1.071.989,6
					C	1.064.335,5
		Zuschuss	169.869,5	377.781,0	A	326.794,2
					B	186.370,7
					C	-
		Überschuss	-	-	A	-
					B	-
					C	77.965,2

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
			Tsd. €			
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	056	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	7,5	7,5	A	8,0
					B	7,4
					C	8,1
112 01-5	056	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	0,5	0,5	A	1,0
					C	0,5
119 11-6	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	80,0	80,0	A	30,0
					B	108,8
					C	100,2
119 49-2	056	Vermischte Einnahmen	700,0	700,0	A	630,0
					B	832,1
					C	627,3
124 01-1	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2.495,0	2.495,0	A	2.495,0
					B	2.550,4
					C	2.537,7
125 01-0	056	Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten <i>Mehreinnahmen bis zur Höhe von 1.000,0 Tsd. € erhöhen die Ausgabebefugnis bei Kap. 04 05 Tit. 514 72 zu 100 %, darüber hinaus gehende Mehreinnahmen bis zur Höhe von insgesamt 10 % des Haushaltsansatzes erhöhen diese Ausgabebefugnis zu 50 %.</i> <i>Leistungen der Arbeitsbetriebe und der Arbeitseinsatz von Gefangenen dürfen für die in der Bekanntmachung vom 23. Sept. 1997 (JMBl S. 132) genannten Bezugsberechtigten nach näherer Maßgabe dieser Bekanntmachung verbilligt erbracht werden.</i>	42.600,0	42.600,0	A	43.800,0
					B	42.843,8
					C	47.689,5
125 02-9	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Vgl. Vermerk zu 514 21.</i>	530,0	530,0	A	520,0
					B	535,7
					C	536,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	120,0	120,0	A	300,0
					B	123,5
					C	150,4
232 01-0	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern	50,0	50,0	A	100,0
					B	10,9
					C	98,5
235 12-4	056	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Vgl. Vermerk zu 428 12.</i>	---	---	A	---
236 01-6	056	Erstattung von Verletztengeld sowie der nach § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile an die Bundesagentur für Arbeit durch die Bayerische Landesunfallkasse	65,0	65,0	A	55,0
					B	66,1
					C	67,3
261 01-4	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	65,0	65,0	A	40,0
					B	68,1
					C	64,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 05

In den Justizvollzugsanstalten werden die von Gerichten im Bundesgebiet verhängten Freiheitsstrafen vollstreckt sowie die Untersuchungshaft vollzogen. Rechtsgrundlagen: Bayerisches Strafvollzugsgesetz vom 10. Dezember 2007 (GVBl S. 866), Untersuchungshaftvollzugsordnung in der Fassung vom 15. Dezember 1976 (JMBl 1977 S. 49), in den jeweils geltenden Fassungen.

Zu 04 05/111 01 bis 125 01

Den veranschlagten Beträgen liegt die Einnahmeentwicklung der Vorjahre zugrunde.

Zu 04 05/111 01

Eintrittsgebühren für die Besichtigung des Kaisersaales in der Justizvollzugsanstalt Ebrach.

Zu 04 05/119 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/119 49

2011 gegenüber 2010:

Mehr 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschl. der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	1.975,0	1.975,0
Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	380,0	380,0
Einnahmen für die Nutzung verwaltungseigener Geräte	50,0	50,0
Sonstige Einnahmen	90,0	90,0
Zusammen	2.495,0	2.495,0

Zu 04 05/125 01

Vgl. Titelgruppe 72 (Ausgaben).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Auftragsentwicklung.

Zu 04 05/125 02

Vgl. Titel 514 21.

Zu 04 05/231 01

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen nach der Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen (JMBek vom 26. Januar 1978, JMBl S. 20, in der jeweils geltenden Fassung).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 180,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/232 01

Beträge, die von anderen Landesjustizverwaltungen für die Unterbringung und ärztliche Behandlung von Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten erstattet werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 04 05/236 01

Die Bayerische Landesunfallkasse erstattet neben dem Verletztengeld die in ihrem Auftrag von der Justizvollzugsanstalt München gemäß § 26 Abs. 2 SGB III abgeführten Beitragsanteile.

Zu 04 05/261 01

Veranschlagt sind insbesondere die an den Freistaat Bayern aufgrund von § 50 Sozialgesetzbuch I zu entrichtenden Beträge.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 25,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
271 01-2	056	Zuweisungen der EU und des Bundes im Rahmen von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt <i>Vgl. Vermerk zu 04 05/533 71.</i>	255,0	---	A	300,0
		Gesamteinnahmen	46.968,0	46.713,0	A	48.279,0
					B	47.146,7
					C	51.880,5
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-0	056	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	160.766,7	163.286,1	A	158.842,9
					B	148.202,3
					C	138.495,1
422 21-6	056	Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger	3.786,2	3.849,1	A	2.310,5
					B	3.701,5
					C	2.933,1
422 31-4	056	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	77,1	78,4	A	31,6
					B	75,4
					C	11,8
422 41-2	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
					B	433,3
					C	400,2
427 01-5	056	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	235,0	235,0	A	220,0
					B	235,0
					C	232,9
427 41-7	056	Praktikantenvergütungen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 04/427 41.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	19,6
					C	20,3
428 01-4	056	Entgelte der Arbeitnehmer	35.431,7	36.022,2	A	33.736,9
					B	15.726,8
					C	14.753,1
428 07-8	056	Entgelte der Arbeitnehmer (Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte oder Richter mit Arbeitnehmern (Arbeitnehmerbudget))	---	---	A	---
					B	19.011,2
					C	17.860,4
428 11-2	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	1.388,8	1.439,0	A	1.360,5
					B	1.482,7
					C	1.218,5
428 12-1	056	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 235 12.</i>	---	---	A	---
428 21-0	056	Entgelte der Arbeitnehmer	2.061,6	2.137,8	A	2.021,2
					B	1.871,8
					C	1.816,2
428 41-6	056	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
					B	177,0
					C	69,3
453 01-2	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	400,0	400,0	A	400,0
					B	423,7
					C	439,7

Erläuterungen

Zu 04 05/271 01

Veranschlagt sind Zuweisungen der Europäischen Union und des Bundes zur Durchführung von Maßnahmen zur Vermittlung von Gefangenen in den Arbeitsmarkt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 45,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Erschwerniszulagen	1.800,0	1.800,0

Zu 04 05/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 04 05/422 41 (und 428 41)

Vgl. Kap. 04 02 Tit. 422 41 und 428 41.

Zu 04 05/427 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Vergütungen für		
- Studenten in den praktischen Studiensemestern	110,2	110,2
- Sonstige (z.B. für nebenamtl. Unterricht, Aushilfen)	124,8	124,8
Zusammen	235,0	235,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 15,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

Zu 04 05/427 41

Veranschlagt ist das Entgelt für 2 Berufspraktikanten.

Zu 04 05/428 01 (und 428 11, 428 15)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 11

Veranschlagt sind Mittel für vorübergehend beschäftigte Arbeitnehmer.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 28,3 Tsd. € aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 50,2 Tsd. € für die Beschäftigung von Arbeitnehmern in den sozialtherapeutischen Abteilungen.

Zu 04 05/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 04 05/428 21 (und 428 05)

Entgelte einschließlich Zulagen und Jahressonderzahlung sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,4 Tsd. € aufgrund Anpassung an die Ausgabeentwicklung.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 76,2 Tsd. € wegen weiteren Ausgabensteigerungen.

Zu 04 05/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	270,0	270,0
2. Umzugskostenvergütungen	130,0	130,0
Zusammen	400,0	400,0

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-2	056	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.400,0	1.400,0	A	1.600,0
					B	1.300,6
					C	1.282,6
511 22-7	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	450,0	A	380,0
					B	448,5
					C	414,0
<u>511 24-5</u>	056	Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde sowie Aufwandsentschädigung für Hundehalter	50,0	50,0	A	
514 01-9	056	Haltung von Dienstfahrzeugen	360,0	360,0	A	400,0
					B	334,0
					C	405,5
514 02-8	056	Beschaffung von Munition	65,0	65,0	A	57,0
					B	60,0
					C	57,9
514 11-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	1.472,2	1.472,2	A	1.500,0
					B	1.109,2
					C	1.235,9
514 21-5	056	Verpflegung des Personals der Justizvollzugsanstalten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 76,92 v.H. der Mehreinnahme bei 125 02.</i>	400,0	400,0	A	400,0
					B	398,1
					C	385,1

Erläuterungen

Zu 04 05/511 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	424,3	424,3
2.	Bücher und Zeitschriften	100,3	100,3
3.	Kommunikation	284,9	284,9
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	212,9	212,9
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	322,3	322,3
6.	Sonstiges	55,3	55,3
Zusammen		1.400,0	1.400,0

2011 gegenüber 2010:
 88,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 111,1 Tsd. € weniger wegen Anpassung an die Ausgabenentwicklung,
 200,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/511 22

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Videoüberwachungsanlagen, Funksprechgeräten, Waffen und Schutzmasken.

2011 gegenüber 2010:
 16,7 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 86,7 Tsd. € mehr wegen gestiegenem Bedarf,
 70,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 05/511 24

Die Kosten für die Aus- und Fortbildung der passiv verweisenden Rauschgiftspürhunde und die Aufwandsentschädigung für die Hundehalter werden hier erstmals gesondert ausgewiesen.

Zu 04 05/514 01

Zu 04 05/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	180,0	180,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	180,0	180,0
Zusammen		360,0	360,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung			
Kosten wie vor	360,0	360,0	
Personalausgaben	-	-	
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	350,0	400,0	
Ausgaben für Leasing/Miete	20,0	20,0	
Zusammen	730,0	780,0	

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010		
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet	
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	52	53	52	50	6	-
Lastkraftwagen, Transporter	27	27	26	25	-	-

2011 gegenüber 2010:
 44,4 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 4,4 Tsd. € mehr wegen ansteigender Betriebs- und Wartungskosten,
 40,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/514 02

2011 gegenüber 2010:
 6,3 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
 14,3 Tsd. € mehr wegen Preissteigerungen,
 8,0 Tsd. € mehr.

Zu 04 05/514 11

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Erstaussstattungen von Bediensteten mit Dienstkleidung sowie Beschaffung, Instandsetzung und Ergänzung staatseigener Ausrüstungsgegenstände und zur Leistung des Dienstkleidungszuschusses benötigt.

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 27,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
517 01-6	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	6.600,0	6.600,0	A	6.600,0
					B	6.428,0
					C	6.205,9
517 05-2	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	14.800,0	14.800,0	A	14.800,0
					B	14.907,9
					C	14.220,9
517 31-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	056	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-5	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	10,0	10,0	A	8,0
					B	8,5
					C	8,2
518 11-3	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sowie für Software	22,0	22,0	A	22,0
					B	20,4
					C	18,6
518 18-6	011	Ausgaben für Leasing von Dienstfahrzeugen	23,0	23,0	A	17,5
					B	13,8
					C	11,2
518 31-9	056	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.466,5	6.466,5	A	9.093,5
					B	8.808,2
					C	8.334,2
520 01-1	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 823 10.</i>	1.923,0	1.882,0	A	2.014,4
					B	556,5

Erläuterungen

Zu 04 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 04 05/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	9.700,0	9.700,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	5.100,0	5.100,0
Zusammen	14.800,0	14.800,0

Zu 04 05/518 18

Die Kosten für Leasing von Dienstfahrzeugen sind seit dem Doppelhaushalt 2005/2006 hier veranschlagt.

Zu 04 05/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	6.466,5	6.466,5
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	6.466,5	6.466,5

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die unabwendbaren Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am umfangreichen, durch Neubauten erweiterten, teilweise aber auch sehr alten Gebäudebestand sowie für dringende Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen benötigt. Die zahlreichen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der Justizvollzugsanstalten (ehemalige Klosterbauten in Ebrach, Kaisheim, Niederschönenfeld, Ordensschloss St. Georgen-Bayreuth etc.) würden einen zusätzlichen Mitteleinsatz erfordern.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2.627,0 Tsd. € wegen Einsparungsmaßnahmen.

Zu 04 05/520 01

Die veranschlagten Ausgabemittel werden für die Zahlung des Zinsanteils und der Betriebskosten des PPP-Projekts Neubau der Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München benötigt. Die Raten für die investiven Kosten sind bei Tit. 823 10 veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 91,4 Tsd. € wegen geringerer Betriebskosten (vgl. Erläuterungen zu Tit. 823 10).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 41,0 Tsd. € wegen des Rückgangs des jährlichen Zinsanteils.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
525 01-6	056	Aus- und Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer <i>Zu 525 01 und 525 02: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	370,0	370,0	A	330,0
					B	348,9
					C	307,7
525 02-5	056	Ausbildung an Waffen und in waffenloser Kampfführung <i>Vgl. Vermerk zu 525 01.</i>	35,0	35,0	A	25,0
					B	31,0
					C	28,9
527 01-4	056	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	220,0	220,0	A	220,2
					B	202,6
					C	172,8

Erläuterungen

Zu 04 05/525 01	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Lehrgänge über Sicherheitsfragen in den Justizvollzugsanstalten	20,0	20,0
2. Lehrgänge für die Anwendung unmittelbaren Zwanges	7,0	7,0
3. Lehrgänge über Reizstoff- und Schusswaffengebrauch	8,0	8,0
4. Lehrgänge für Führungskräfte	9,0	9,0
5. Einführungslehrgänge für Angehörige der besonderen Fachrichtungen	10,0	10,0
6. Fachtagungen für Anstaltsleiter, Juristen, Ärzte, Geistliche, Lehrer, Psychologen und Sozialarbeiter	30,0	30,0
7. Grund- und Aufbaulehrgänge für den allgemeinen Vollzugsdienst	22,0	22,0
8. Seminare über Probleme mit Drogenabhängigen im Strafvollzug	8,0	8,0
9. Seminare über Aidsprobleme	5,0	5,0
10. Lehrgänge für Mitarbeiter im Wohngruppenvollzug	9,0	9,0
11. Seminare für weibliche Vollzugsbedienstete	9,0	9,0
12. Fortbildungslehrgänge für Wirtschaftsverwaltungsbeamte	8,0	8,0
13. Technische und betriebswirtschaftliche Lehrgänge	18,0	18,0
14. Speziallehrgänge für Leiter der Arbeitsverwaltungen und Beamte des Werkdienstes	12,0	12,0
15. Seminare für Funktionsbeamte	10,0	10,0
16. Seminare für Beamte in der Sozialtherapie und im Jugendstrafvollzug (einschließlich Zusatzausbildung gem. § 91 Abs. 4 JGG)	43,0	43,0
17. Seminare über Fragen der Zusammenarbeit und der problemorientierten Gesprächsführung	8,0	8,0
18. Lehrgänge für Ausbildungsleiter und Dienstleiter	8,0	8,0
19. Lehrgänge für Mitarbeiter in Bausachen	3,0	3,0
20. Seminare über Berufsbildungsmaßnahmen für Gefangene	14,0	14,0
21. Lehrgänge für Sicherheitsmeister, Röntgen- und Laborhelfer, Desinfektoren, Kesselwärter, Schweißer, Holzarbeiter	15,0	15,0
22. Lehrgänge für Sanitäts- und Küchenbeamte	10,0	10,0
23. Lehrgänge über Behandlungsvollzug	7,0	7,0
24. Seminare über Belastungen und Konflikte infolge von Überbelegung	7,0	7,0
25. Ausbildung für "Reasoning & Rehabilitation" Trainer	15,0	15,0
26. Seminare über Umweltschutz	9,0	9,0
27. Rüstzeiten (ev.) und rel. Besinnungstage (kath.)	3,0	3,0
28. Lehr- und Lernmittel	10,0	10,0
29. Sonstiges (z.B. Umlage Verwaltungsschule)	8,0	8,0
30. Anstaltsinterne Einzelmaßnahmen- und Anordnungen	25,0	25,0
Zusammen	370,0	370,0

2011 gegenüber 2010:

14,4 Tsd. €

54,4 Tsd. €

40,0 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
mehr wegen des gestiegenen Fortbildungsbedarfs infolge des Ausbaus der Sozialtherapie und des Inkrafttretens des Bayerischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes und neuer Therapiekonzepte für die Behandlung von Sicherungsverwahrten,
mehr.

Zu 04 05/525 02

2011 gegenüber 2010:

2,8 Tsd. €

12,8 Tsd. €

10,0 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
mehr wegen erhöhtem Schulungsbedarf,
mehr.

Zu 04 05/527 01

2011 gegenüber 2010:

24,5 Tsd. €

24,3 Tsd. €

0,2 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
mehr wegen Preissteigerungen,
weniger.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
533 01-6	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	55,0	55,0	A	76,5
					B	50,9
					C	55,8
546 49-5	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	240,0	240,0	A	200,0
					B	226,9
					C	253,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
681 01-6	056	Entschädigungen an Gefangene und deren Angehörige infolge eines während der Haft erlittenen Unfalls	---	---	A	---
681 02-5	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge <i>Beteiligungen der Gefangenen sind durch Absetzen von der Ausgabe bei 681 02 zu vereinnahmen. Die Erläuterung ist verbindlich.</i>	440,0	440,0	A	424,5
					B	370,3
					C	339,2
686 02-0	056	Forschungsaufgaben im Bereich des Strafvollzugs <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/533 01

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für Einzeltransporte von Gefangenen zur Aufnahme in öffentliche Krankenhäuser, in das Tbc-Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth, in die psychiatrischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten Würzburg und Straubing und in die Krankenabteilung der Justizvollzugsanstalt München.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 21,5 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Davon können bis zu 2,5 Tsd. € für Billigkeitsleistungen verwendet werden.

2011 gegenüber 2010:

22,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
62,2 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>40,0 Tsd. €</u>	mehr.

Zu 04 05/681 01

Entschädigungen für Unfälle, die keine Arbeitsunfälle im Sinne des SGB VII sind.

Zu 04 05/681 02

Die Mittel dienen zur Unterstützung der Gefangenen, insbesondere bei ihrer Entlassung.

Von den Mitteln können jährlich bis zu 206,5 Tsd. € über Einrichtungen der Straftlassenenhilfe ausgereicht werden.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 15,5 Tsd. € im Hinblick auf Art. 10 Abs. 3 BayUHafVollzG (Entlassungsbeihilfe für Untersuchungsgefangene).

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-2	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 5.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 5.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.120,0	5.120,0	A	6.400,0
					B	5.414,6
					C	4.191,8

Erläuterungen**Zu 04 05/701 01**

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Augsburg; Brandschutzmaßnahmen.	100,0	150,0
2. Justizvollzugsanstalt Bad Reichenhall; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Erneuerung der Heizungsanlage. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	80,0	80,0
3. Justizvollzugsanstalt Bamberg; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen.	-	160,0
4. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Erneuerung der Dampfkesselanlage im Versorgungszentrum (Anstalt I). Die Maßnahme dient der Energieeinsparung.	860,0	60,0
5. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Brandschutzmaßnahmen.	-	195,0
6. Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	100,0	100,0
7. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung technischer Anlagen. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	150,0	150,0
8. Justizvollzugsanstalt Bernau; Sanierung des Unterkunftsgebäudes (Haus 9). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	100,0	50,0
9. Justizvollzugsanstalt Bernau; Erneuerung der Aufzugsanlagen.	200,0	370,0
10. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	200,0
11. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Instandsetzung der Dächer. Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	250,0	250,0
12. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Erneuerung der Kommunikationsanlage. (Unterkunftsgebäude I und Konventbau).	190,0	-
13. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Sanierungsmaßnahmen (B-Flügel Unterkunftsgebäude)	130,0	-
14. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Sanierung des historischen Kaibachkanals.	190,0	-

Erläuterungen

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
15. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der Ersatzstromversorgung.	-	450,0
16. Justizvollzugsanstalt Kronach; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen.	170,0	-
17. Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech; Instandsetzungsmaßnahmen (Außenstelle Rothenfeld). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	280,0	-
18. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Instandsetzungsmaßnahmen (Unterkunftsgebäude H). Die Maßnahme dient teilweise der Energieeinsparung.	160,0	-
19. Justizvollzugsanstalt München; Brandschutzmaßnahmen (Nordbau).	100,0	250,0
20. Justizvollzugsanstalt München; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	400,0	400,0
21. Justizvollzugsanstalt Neuburg a.d.Donau; Sanierungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	-	300,0
22. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung des Küchenbodens.	-	600,0
23. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung der Kleinkälteanlage (Versorgungszentrum).	100,0	-
24. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen (Neuhof).	100,0	-
25. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Erneuerung der Kommunikationsanlage (Altbau).	-	190,0
26. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung von Flachdächern.	130,0	90,0
27. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Instandsetzung von Aufzugsanlagen.	330,0	-
28. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	450,0	475,0
29. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Brandschutzmaßnahmen.	100,0	100,0
30. Justizvollzugsanstalt Passau; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	-	200,0
31. Justizvollzugsanstalt Straubing; Errichtung einer Personen-Notsignal-Anlage.	150,0	-
32. Justizvollzugsanstalt Straubing; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Stahlseilverspannungen).	100,0	-
33. Justizvollzugsanstalt Traunstein; Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit.	200,0	300,0
Zusammen	5.120,0	5.120,0

2011 gegenüber 2010:
Weniger 1.280 Tsd. €, wegen Einsparungsmaßnahmen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
710 00-2	056	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 60.300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 47.400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	19.200,0	47.500,0	A	18.300,0
					B	16.067,7
					C	20.718,2
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-9	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	350,0	400,0	A	247,0
					B	179,2
					C	149,3
812 01-8	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	250,0	300,0	A	362,7
					B	212,1
					C	313,1
812 02-7	056	Erstausstattung der Kranken-, der Mutter-Kind-Abteilung, der Abteilung für den offenen Vollzug und des neuen Seminargebäudes mit Wohnheim der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	---	A	---
					C	16,0

Erläuterungen

Zu 04 05/811 01**2011**

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

Pkw, 75 kW

25,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Gefangenentransportbus, 100 kW, Baujahr 1998

Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1998

Pkw, 72 kW, Baujahr 2002

Gefangenentransporter, 80 kW, Baujahr 1999

Transporter, 80 kW, Baujahr 2002

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Gefangenentransportbus, 100 kW

170,0

Gefangenentransporter, 82 kW

48,0

Pkw, 75 kW,

25,0

Gefangenentransporter, 100 kW

48,0

Transporter, 80 kW

34,0

Zusammen 350,0**2012****1. Erstbeschaffung**

Gefangenentransporter, 80 kW

42,0

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Transporter, 78 kW, Baujahr 2001

Gefangenentransportbus, 100 kW, Baujahr 1993

Transporter, 80 kW, Baujahr 1999

Transporter, 74 kW, Baujahr 2005

Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2003

Pkw-Kombi, 78 kW, Baujahr 2001

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Transporter, 78 kW

44,0

Gefangenentransportbus, 100 kW

170,0

Transporter, 80 kW

30,0

Transporter, 74 kW

26,0

Pkw-Kombi, 78 kW

42,0

Pkw-Kombi, 78 kW

46,0

Zusammen 400,0

2011 gegenüber 2010:

27,4 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

130,4 Tsd. €

mehr wegen hohem Ersatzbedarf,

103,0 Tsd. €

mehr.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen anhaltend hohem Ersatzbedarf.

Zu 04 05/812 01**2011****2012**

Tsd. €

Tsd. €

Zeiterfassungssysteme

10,0

10,0

Büroausstattungen

110,0

160,0

Geräte für Personalküchen

40,0

50,0

Kleinere Ausstattungsmaßnahmen im Verwaltungsbereich

90,0

80,0

Zusammen 250,0 300,0

2011 gegenüber 2010:

40,3 Tsd. €

weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

22,4 Tsd. €

weniger wegen Einsparmaßnahmen,

112,7 Tsd. €

weniger.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 50,0 Tsd. € zum Austausch veralteter Ausstattungen.

Zu 04 05/812 02

Die Maßnahme wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 350,1 Tsd. € abgeschlossen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 03-6	056	Neuausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Aichach	---	---	A	---
812 04-5	056	Erstausstattung der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München	---	---	A B C	100,0 693,8 1.241,7
<u>812 05-4</u>	056	Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software für die Einrichtung eines EDV-gestützten Gebäudemanagements	95,8	150,8	A	
812 07-2	056	Teilneuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg	100,0	100,0	A	100,0
812 09-0	056	Neuausstattung des Erweiterungsbaus der Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg	***	***	A C	--- 64,9
812 11-6	056	Teilneu- und Ergänzungsausstattung der Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	120,0	---	A	80,0
812 13-4	056	Ersatzbeschaffung einer Waschstraße und einer Wäschemangel für die Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth	---	---	A B	230,0 259,7
812 15-2	056	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	25,0	60,0	A B C	10,0 11,2 8,9
812 18-9	056	Erstausstattung der neuen Justizvollzugsanstalt Landshut	200,0	---	A B C	300,0 890,0 2.950,7

Erläuterungen

Zu 04 05/812 03	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	750,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	750,0
Die neu zu errichtende Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Aichach muss ausgestattet werden (vgl. 04 05/726 21).	
Zu 04 05/812 04	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.600,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	3.600,0
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	-
Der Neubau der privatfinanzierten Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung und Jugendarrestanstalt der Justizvollzugsanstalt München muss erstmals ausgestattet werden (vgl. 04 05/823 10).	
Die Maßnahme wird voraussichtlich mit Gesamtkosten in Höhe von 2.015,5 Tsd. € abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 05	
Maßnahmen zur Optimierung des Gebäudemangements in allen bayerischen Justizvollzugseinrichtungen.	
Zu 04 05/812 07	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	500,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	100,0
Haushaltsbetrag 2011	100,0
Haushaltsbetrag 2012	100,0
Vorbehalten bleiben	200,0
Die Ausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Amberg muss erneuert werden.	
Zu 04 05/812 09	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 11	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	360,0
Haushaltsbetrag 2011	120,0
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	120,0
Die umgebaute und teilerneuerte Ambulanz mit Zahnstation der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 13	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	1.886,9
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	1.113,1
Die verbrauchte maschinelle Ausstattung der Großwäscherei der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth muss dringend erneuert und ergänzt werden.	
Zu 04 05/812 15	
Kleinere Maßnahmen, insbesondere Erweiterung unzureichender oder Kauf gemieteter Fernsprechanlagen.	
2011 gegenüber 2010:	
1,1 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
16,1 Tsd. €	mehr wegen des Austausches der Telefonanlage in der JVA Würzburg,
15,0 Tsd. €	mehr.
2012 gegenüber 2011:	
Mehr 35,0 Tsd. € wegen Ersatzbeschaffungen in den JVAen Ebrach und Kempten.	
Zu 04 05/812 18	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	8.300,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	8.100,0
Haushaltsbetrag 2011	200,0
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	-
Die Ausstattung des Neubaus der Justizvollzugsanstalt Landshut (vgl. 04 05/721 10) muss abgeschlossen werden.	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 20-5	056	Neuausstattung der sanierten Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	---	---	A	---
812 21-4	056	Teilneuausstattung der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung und des Ost- und Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München	100,0	200,0	A B C	80,0 63,0 295,0
812 22-3	056	Erneuerung der Ausstattung des Versorgungszentrums und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg	80,0	80,0	A B C	220,0 200,1 220,3
812 24-1	056	Neuausstattung der generalsanierten Justizvollzugsanstalt Regensburg	---	---	A	150,0
<u>812 25-0</u>	056	Neuausstattung der sanierten Justizvollzugsanstalt Memmingen	50,0	50,0	A	
812 27-8	056	Teilneuausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	---	---	A	---
<u>812 28-7</u>	056	Erneuerung der Haftraumausstattung und des Wäschereimaschinenparks der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	130,0	A	
812 33-0	056	Ausstattung der neu zu errichtenden Sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewaltstraftäter, der neu zu errichtenden Abteilungen des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten sowie damit verbundener Maßnahmen	350,0	50,0	A B	300,0 536,8

Erläuterungen

Zu 04 05/812 20	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	100,0
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	500,0
Die sanierte Frauenanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 21	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	2.500,0
Haushaltsbetrag 2011	100,0
Haushaltsbetrag 2012	200,0
Vorbehalten bleiben	200,0
Die überalterten Ausstattungen der Bäckerei, der Wäscherei, der Großküche, der Krankenabteilung, der Besuchsabteilung sowie der Hafträume des Südbaus und des Bauteils N der Justizvollzugsanstalt München müssen erneuert werden.	
Zu 04 05/812 22	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	2.760,0
Haushaltsbetrag 2011	80,0
Haushaltsbetrag 2012	80,0
Vorbehalten bleiben	580,0
Die Ausstattung der Versorgungsbetriebe und der Untersuchungshaftanstalt der Justizvollzugsanstalt Nürnberg (vgl. 04 05/730 11) muss sukzessive erneuert werden.	
Zu 04 05/812 24	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.000,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	150,0
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	2.850,0
Die generalsanierte Justizvollzugsanstalt Regensburg (vgl. 04 05/746 01) muss neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 25	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	300,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2011	50,0
Haushaltsbetrag 2012	50,0
Vorbehalten bleiben	200,0
Die sanierte Justizvollzugsanstalt Memmingen (vgl. 04 05/727 01) muss teilweise neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 27	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	600,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	400,0
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	200,0
Die verbrauchte Ausstattung der Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss teilweise erneuert werden.	
Zu 04 05/812 28	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	400,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	130,0
Vorbehalten bleiben	270,0
Die verschlissene Haftraumausstattung und der überalterte und reparaturanfällige Maschinenpark der Anstaltswäscherei der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld müssen erneuert werden	
Zu 04 05/812 33	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	3.500,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	1.000,0
Haushaltsbetrag 2011	350,0
Haushaltsbetrag 2012	50,0
Vorbehalten bleiben	2.100,0
Durch den Ausbau des offenen Vollzugs in Jugendstrafanstalten und der Einrichtungen für sozialtherapeutische Maßnahmen soll das Behandlungsangebot in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 34-9	056	Erst- und Neuausstattung der neuen Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech	---	---	A B	120,0 33,3
812 37-6	056	Erst- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe in der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld	---	---	A C	--- 63,1
812 39-4	056	Teil- und Neuausstattung der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Nürnberg und der Außenstelle Lichtenau	***	***	A	---
812 41-0	056	Erstausrüstung der Abteilung für Sozialtherapie und Teilneuausstattung der Gefangenenküche und des Anstaltskrankenhauses der Justizvollzugsanstalt Straubing	***	***	A C	--- 12,5
<u>812 42-9</u>	056	Teilneuausstattung der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	
<u>812 43-8</u>	056	Optimierung des Betriebsablaufs durch Zusammenlegung der Schreinerei und der EDV-Möbelfertigung in der Justizvollzugsanstalt Straubing	---	---	A	
812 48-3	056	Ausstattungsmaßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in bayerischen Justizvollzugsanstalten	1.500,0	1.700,0	A B C	2.121,1 1.802,6 1.910,1
823 10-4	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München im Wege einer Public-Private-Partnership <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 520 01.</i>	917,0	958,0	A B	874,8 2.039,9
823 11-3	056	Pilotprojekt - Realisierung des Neubaus einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP)	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/812 34	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	1.600,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	1.230,0
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	370,0
Die Werkhalle in der Außenstelle Rothenfeld der Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech muss der technischen Entwicklung entsprechend fortlaufend neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 37	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	2.000,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	1.584,8
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	415,2
Durch die Umwidmung der Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld in eine Anstalt für junge, männliche Erwachsene muss die Ausstattung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe teilweise ergänzt und fortlaufend erneuert werden.	
Zu 04 05/812 39	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 41	
Die Maßnahme ist abgeschlossen.	
Zu 04 05/812 42	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	800,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	800,0
Der Druckereibetrieb der Justizvollzugsanstalt Straubing muss zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit teilweise neu ausgestattet werden.	
Zu 04 05/812 43	Tsd. €
Kosten der Maßnahme	750,0
Bis einschließlich 2010 bewilligt	-
Haushaltsbetrag 2011	-
Haushaltsbetrag 2012	-
Vorbehalten bleiben	750,0
Durch die Zusammenlegung der Betriebe Schreinerei und EDV-Möbelfertigung der Justizvollzugsanstalt Straubing muss der Maschinenpark ergänzt und teilweise erneuert werden.	
Zu 04 05/812 48	
Durch den Einbau von elektrotechnischen und optischen Überwachungsanlagen und die Ausstattung von Anstalten mit weiteren sicherheitstechnischen Geräten, insbesondere von Personen-Notsignal-Anlagen soll die Sicherheit in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter verbessert werden.	
2011 gegenüber 2010:	
235,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
385,4 Tsd. €	weniger wegen Sparmaßnahmen,
621,1 Tsd. €	weniger.
2012 gegenüber 2011:	
Mehr 200,0 Tsd. € insbesondere für die Beschaffung von Personen-Notsignal-Anlagen.	
Zu 04 05/823 10	
Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt für die Justizvollzugsanstalt München wird als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership (PPP) realisiert. Die hier veranschlagten Raten umfassen nur die investiven Kosten (Tilgungsanteil). Die Raten für den Zinsanteil und die Betriebskosten sind bei Tit. 520 01 veranschlagt.	
2011 gegenüber 2010:	
Mehr 42,2 Tsd. € wegen des Anstiegs der jährlichen Tilgungsrate (vgl. Erläuterung zu Tit. 520 01).	
2012 gegenüber 2011:	
Mehr 41,0 Tsd. € wegen des Anstiegs des Tilgungsanteils.	
Zu 04 05/823 11	
Das Bauvorhaben wird als staatliche Hochbaumaßnahme innerhalb der Anlage S durchgeführt (vgl. Tit. 728 10).	

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
823 12-2	056	Investive Ausgaben im Rahmen des Energiespar-Contractings	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Gefangenepflege						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
412 71-7	056	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	55,0	55,0	A	45,9
					B	52,3
					C	52,8
427 71-0	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	850,0	850,0	A	760,0
					B	846,9
					C	861,9
511 71-7	056	Bücher und Zeitschriften, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2.900,0	2.900,0	A	2.900,0
					B	3.315,7
					C	3.159,6
514 71-4	056	Lebensmittel, andere Verbrauchsmittel und Kleingeräte einschl. der für ärztliche und zahnärztliche Versorgung	15.500,0	15.500,0	A	15.870,0
					B	15.335,6
					C	15.323,5
526 71-0	056	Kosten für Sachverständige und Beiratsmitglieder	450,0	450,0	A	455,0
					B	394,5
					C	419,1
533 71-1	056	Allgemeine und berufliche Bildungsmaßnahmen für Gefangene außerhalb der Arbeitsverwaltung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 04 05/271 01.</i>	260,0	260,0	A	255,0
					B	259,0
					C	270,6
538 71-6	056	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen	6.640,0	6.640,0	A	6.800,0
					B	6.272,1
					C	6.527,7
546 71-6	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	510,0	510,0	A	570,0
					B	488,0
					C	474,6
547 71-5	056	Rundfunk- und Fernsehgebühren	175,0	175,0	A	150,0
					B	143,7
					C	142,9

Erläuterungen

Zu 04 05/823 12

Aufwendungen für bauliche Veränderungen an der Gebäudehülle und hohe Investitionen in die Anlagentechnik beim Energiespar-Contracting.

Zu 04 05/412 71

Erstattung der notwendigen Auslagen für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 04 05/427 71

Vergütungen nicht hauptamtlich beschäftigter Ärzte, Geistlicher, Lehrkräfte, Organisten und sonstiger Fachkräfte.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 90,0 Tsd. € wegen steigender Vergütungen.

Zu 04 05/511 71

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Bücher und Zeitschriften	50,0	50,0
2. Bettzeug, Wäsche und Bekleidung für durchschnittlich 12.300 Gefangene	1.600,0	1.600,0
3. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.200,0	1.200,0
4. Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	2.900,0	2.900,0

2011 gegenüber 2010:

100,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

100,0 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

- Tsd. €.

Zu 04 05/514 71

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Aufwendungen für durchschnittlich 12.300 Gefangene	15.000,0	15.000,0
Sonstige Kleinausgaben	500,0	500,0
Zusammen	15.500,0	15.500,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 370,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/526 71

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Veranschlagt sind:		
Entschädigungen für Beiratsmitglieder	15,0	15,0
Ausgaben für fachpsychologische Gutachten	400,0	400,0
Andere Sachverständigengutachten (z.B. Dolmetscher, Übersetzer)	35,0	35,0
Zusammen	450,0	450,0

Zu 04 05/538 71

Aufwendungen für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung und für die Unterbringung der Gefangenen in Krankenanstalten sowie für die Behandlung therapiefähiger Sexualstraftäter durch externe Therapeuten.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 160,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 04 05/546 71

Sonstiger Sachaufwand für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen.

2011 gegenüber 2010:

20,0 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

40,0 Tsd. € weniger wegen Anpassung an den Bedarf,

60,0 Tsd. € weniger.

Zu 04 05/547 71

Veranschlagt sind die durch die Justizvollzugsanstalten zu entrichtenden Rundfunk- und Fernsehgebühren sowie die urheberrechtlichen Vergütungen für den Empfang privater Fernseh- und Hörfunksendungen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 25,0 Tsd. € zur Abgeltung von Urheberrechten.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
671 71-3	056	Erstattungen an Sonstige im Inland <i>Der Ansatz kann aus Stellingehältern des höheren Dienstes verstärkt werden.</i>	550,0	550,0	A	550,0
					B	1.056,1
					C	887,7
812 71-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	800,0	800,0	A	900,0
					B	938,3
					C	744,0
		Summe der Titelgruppe	28.690,0	28.690,0	A	29.255,9
					B	29.102,1
					C	28.864,3
		72 Arbeitsbetriebskosten				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 681 72, 682 72 und 701 72. Titel 427 72 einseitig deckungsfähig mit 681 72 und 682 72.</i>				
427 72-9	056	Aufwendungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeit	225,0	225,0	A	225,0
					B	250,8
					C	241,4
511 72-6	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.518,0	1.518,0	A	1.518,0
					B	1.335,6
					C	1.479,0
514 72-3	056	Werkstoffe, Haltung der Fahrzeuge <i>Vgl. Vermerk zu 125 01.</i>	11.094,0	11.094,0	A	11.094,0
					B	10.917,5
					C	11.098,7
518 72-9	056	Ausgaben für Leasing von Fahrzeugen der Arbeitsverwaltung	15,4	15,4	A	15,4
					B	16,0
526 72-9	056	Forschungsaufträge zur Neuorganisation des Arbeitswesens	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 04 05/671 71

Erstattung von Vergütungen für Diakone und Pastoralassistenten an kirchliche Institutionen für Kräfte, die für den seelsorgerlichen Dienst in den Justizvollzugsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

Zu 04 05/812 71

Mit den Mitteln werden Geräte und Maschinen für die Versorgung, die medizinische Betreuung sowie für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen beschafft.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte und Anlagen für		
- die medizinische Betreuung der Gefangenen	280,0	280,0
- die Anstaltswäschereien	160,0	160,0
- die Anstaltsküchen	280,0	280,0
- sonstige Geräte und Maschinen mit Kosten über 5,0 Tsd. € im Einzelfall	80,0	80,0
Zusammen	<u>800,0</u>	<u>800,0</u>

2011 gegenüber 2010:

Weniger 100,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/72

Die Ausgaben wirken sich unmittelbar auf die Einnahmen bei Titel 125 01 aus. Sie stehen ferner im Zusammenhang mit der Preisentwicklung.

Im Übrigen wird auf die Art. 39 ff, 146 ff. BayStVollzG Bezug genommen:

- Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung dienen insbesondere der Wiedereingliederung nach der Entlassung
- Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen
- Gefangene sollen Gelegenheit zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung haben.

Zu 04 05/511 72

2011 gegenüber 2010:

82,9 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

82,9 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

- Tsd. €.

Zu 04 05/514 72

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	292,0	292,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	205,0	205,0
Zusammen	<u>497,0</u>	<u>497,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	497,0	497,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	248,7	248,7
Ausgaben für Leasing/Miete	15,4	15,4
Zusammen	<u>761,1</u>	<u>761,1</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	28	28	28	28	-
Nutzfahrzeuge	95	95	95	95	1

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Werkstoffe für alle Arbeitsbetriebe	10.597,0	10.597,0

2011 gegenüber 2010:

58,8 Tsd. € weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,

58,8 Tsd. € mehr wegen Anpassung an den Bedarf,

- Tsd. €.

Zu 04 05/518 72

Leasingkosten für einen Ackerschlepper.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
527 72-8	056	Reisekostenvergütungen und Entschädigungen bei Außenarbeiten	47,1	47,1	A	47,1
					B	41,1
					C	51,3
533 72-0	056	Berufsbildung der Gefangenen im Rahmen der Arbeitsverwaltung	400,0	400,0	A	400,0
					B	401,1
					C	444,4
547 72-4	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	807,5	807,5	A	807,5
					B	759,6
					C	797,5
671 72-2	056	Erstattungen an Unternehmer	---	---	A	---
681 72-0	056	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe, Ausgleichsentschädigung und Taschengeld für Gefangene <i>Vgl. Vermerk zu 682 72.</i>	14.140,0	14.140,0	A	14.140,0
					B	13.479,8
					C	14.408,1
682 72-9	056	Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit <i>Gemäß § 195, § 198 Abs. 3 StVollzG und § 347 Nr. 3 SGB III einbehaltene Beträge können von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	4.300,0	4.300,0	A	4.300,0
					B	3.830,4
					C	4.690,9

Erläuterungen

Zu 04 05/527 72

2011 gegenüber 2010:

5,2 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
5,2 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
- Tsd. €	

Zu 04 05/547 72

Veranschlagt sind insbesondere Erstattungen von Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Müllabfuhr u.a., sowie Geschäftsbedarf, Steuern und Abgaben, Frachtkosten, Mieten und Pachten.

Aus diesen Mitteln können auch Anteile an landwirtschaftlichen Genossenschaften und anderen Vereinigungen erworben werden. Außerdem können daraus anteilige Kosten für Milchsammelstellen bestritten werden.

2011 gegenüber 2010:

90,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
90,5 Tsd. €	mehr wegen Anpassung an den Bedarf,
- Tsd. €	

Zu 04 05/681 72

Ausgaben für

- Arbeitsentgelt (Art. 46, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Ausbildungsbeihilfe (Art. 47, 149 Abs. 2 BayStVollzG) und
- Ausgleichsentschädigung (Art. 46 Abs. 11, 149 Abs. 1 BayStVollzG),
- Taschengeld (Art. 54, 149 Abs. 3 BayStVollzG),
- Taschengeld für Untersuchungsgefangenen (BayUhaftVollzG).

Aus diesen Mitteln kann auch Verletztengeld im Sinne des § 47 Abs. 6 SGB VII im Auftrag der Bayerischen Landesunfallkasse gewährt werden.

Siehe Erläuterungen zu TG 72.

Zu 04 05/682 72

Beiträge für die Gefangenen zur Bundesagentur für Arbeit (§ 26 Abs. 1 Nr.4, Abs. 2 Nr.1 SGB III) sowie Beitragsanteile der Bayerischen Landesunfallkasse. Die Ansätze entsprechen dem voraussichtlichen Bedarf.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A Soll 2010 B Ist 2009 C Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
701 72-6	056	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.280,0	1.280,0	A 1.600,0 B 1.751,3 C 1.903,6

Erläuterungen

Zu 04 05/701 72

Zur Abgrenzung der Baumaßnahmen der Arbeitsverwaltung von den übrigen Maßnahmen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Justizvollzugsanstalt Bernau; Sanierung und Erneuerung von Dächern (Arbeitsbetriebs- und Lagergebäude).	100,0	100,0
2. Justizvollzugsanstalt Bernau; Errichtung einer Biogasanlage.	450,0	450,0
3. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Neu- und Umbaumaßnahmen im Landwirtschaftsbetrieb.	150,0	120,0
4. Justizvollzugsanstalt Ebrach; Umbau- und Sanierungsmaßnahmen (Bäckereibetrieb).	-	200,0
5. Justizvollzugsanstalt Eichstätt; Erweiterung des Arbeitsbetriebsgebäudes.	90,0	-
6. Justizvollzugsanstalt Kaisheim; Erneuerung der raumluftechnischen Anlagen (Weberei- und Druckereibetrieb).	-	300,0
7. Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau; Umbaumaßnahmen im Landwirtschaftsbetrieb.	40,0	-
8. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Zürn II) und einer Lagerhalle.	320,0	-
9. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Sanierung der Kanalisation im Arbeitsbetriebsbereich und Einzug einer Starkstromleitung.	50,0	-
10. Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld; Errichtung eines Außenlagers und eines Ordnungszauns im Werkhof.	20,0	-
11. Justizvollzugsanstalt Nürnberg; Erneuerung der Brandmeldeanlage (Arbeitsbetriebsgebäude).	60,0	-
12. Justizvollzugsanstalt Schweinfurt; Einbau eines Lastenaufzugs.	-	110,0
Zusammen	1.280,0	1.280,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 320,0 Tsd. € wegen Einsparungsmaßnahmen.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
811 72-3	056	Erwerb von Kraftfahrzeugen	248,7	248,7	A 310,9 B 335,6 C 259,5

Erläuterungen

Zu 04 05/811 72

2011

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Pflegeschlepper, 90 kW, Baujahr 1978
 Doka-Transporter, 57 kW, Baujahr 1997
 Schlepper, 42 kW, Baujahr 1977
 Ackerschlepper, 112 kW, Baujahr 2000
 Transporter, 80 kW, Baujahr 1995/1998
 Unimog, 60 kW, Baujahr 1970
 Schlepper, 75 kW, Baujahr 1970
 Schlepper, 85 kW, Baujahr 1985
 Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Pflegeschlepper, 48 kW	75,0
Doka-Transporter, 75 kW	35,0
Schlepper, 80 kW	60,0
Ackerschlepper, 110 kW	40,0
Transporter 100 kW	39,0
Unimog, 60 kW	32,0
Schlepper, 75 kW	80,0
Schlepper gebraucht, 90 kW	75,0

Zusammen 248,7

2012

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

Schlepper, 112 kW, Baujahr 1996
 Transporter, 90 kW, Baujahr 1998
 Lkw, 112 kW, Baujahr 2000
 Pkw-Kombi, 80 kW, Baujahr 2004
 Pkw-Kombi, 62 kW, Baujahr 1998
 Geräteträger, 39 kW, Baujahr 1992
 Kommunaltraktor, 25 kW, Baujahr 1996
 Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

Schlepper, 112 kW	130,0
Transporter, 90 kW	40,0
Lkw, 110 kW	53,0
Pkw-Kombi, 80 kW	32,0
Pkw-Kombi, 75 kW	35,0
Geräteträger, 75 kW	68,0
Kommunaltraktor, 32 kW	50,0

Zusammen 248,7

2011 gegenüber 2010:

34,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
27,7 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
<u>62,2 Tsd. €</u>	weniger.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
812 72-2	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	812,4	812,4	A	1.175,5
					B	1.025,3
					C	1.056,5
821 72-1	056	Erstattungen an Unternehmer für Investitionen	9,0	9,0	A	---
					B	20,0
					C	34,0
		Summe der Titelgruppe	34.897,1	34.897,1	A	35.633,4
					B	34.164,0
					C	36.464,9
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-5	056	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.100,0	1.100,0	A	956,1
					B	907,3
					C	905,9

Erläuterungen

Zu 04 05/812 72

Beschaffungen für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten, auch im Interesse der Berufsbildung der Gefangenen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Geräte, Maschinen, Ausstattungen und Anlagen für		
- Bäckereien	200,0	160,0
- Baubetriebe	40,0	60,0
- Druckereien und Buchbindereien	200,0	225,0
- Gärtnereien	235,0	40,0
- Kfz-Werkstätten	150,0	180,0
- Landwirtschaftsbetriebe	130,0	138,0
- Schlossereien	335,0	340,0
- Schneidereien	30,0	45,0
- Schreinereien	300,0	250,0
- Wäschereien	205,0	370,0
- Webereien	30,0	80,0
- Arbeitsräume	65,0	60,0
- Allgemeine Ausstattungen	90,0	90,0
Zusammen	812,4	812,4

2011 gegenüber 2010:

127,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
235,6 Tsd. €	weniger Anpassung an den Bedarf,
363,1 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/821 72

Erstattungen an Unternehmer, insbesondere im Falle der Übernahme betrieblicher Anlagen, die von Unternehmen auf eigene Kosten im Anstaltsbereich errichtet wurden.

Zu 04 05/99

1. In allen 36 Justizvollzugsanstalten werden vernetzte Personalcomputer für folgende Aufgaben eingesetzt:
 - Informationssystem über Gefangenenendaten mit Auswertefunktion
Verfahren zur Verwaltung und Bearbeitung von Gefangenenendaten mit integrierten, aufgabenbezogenen Unterstützungsfunktionen für die Bediensteten (z.B. Kammer, Torwache)
 - Gefangenengelderbuchführung
 - Berechnung des Arbeitsentgelts, der Ausbildungsbeihilfe und des Verletztengeldes der Gefangenen
 - Führung der Beschäftigungsübersicht
 - Auftragsbearbeitung und Fakturierung in der Arbeitsverwaltung
 - Zeiterfassung für Bedienstete und Bereitstellung der Daten zur Berechnung der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
 - Büroautomation am Arbeitsplatz des Sachbearbeiters mit Zugriff auf das Bayerische Behördennetz.

Die Justizvollzugsanstalten verfügen über eine Vollausrüstung mit IT-Technologie d.h. alle geeigneten Bedienstetenarbeitsplätze und die Arbeitsbetriebe sind in das örtliche DV-Netz eingebunden.

Zum Zwecke des Datenaustausches mit anderen Behörden (z.B. Polizei, Staatsanwaltschaften) sowie für Leitungs- und Steuerungsaufgaben der Aufsichtsbehörde ist eine zentrale Haftdatei mit Gefangenenendaten aus allen bayerischen Justizvollzugsanstalten eingerichtet.

Bei der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing werden vernetzte Personalcomputer zur Automatisierung der Verwaltungsaufgaben und zur Unterstützung bei der Lehrtätigkeit eingesetzt.

2. Es ist beabsichtigt, die Funktionalitäten für die Arbeitsbetriebe zu erweitern (insb. Warenwirtschaft) und die Anstalten flächendeckend mit einem Programm zur Unterstützung bei der Erstellung und Pflege des Dienstplans auszustatten.

Zu 04 05/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	560,0	550,0
2. Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	450,0	455,0
3. Mieten und Wartung	70,0	75,0
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	1.100,0	1.100,0

2011 gegenüber 2010:

21,7 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
165,6 Tsd. €	mehr wegen des gestiegenen Bedarfs an Ausstattungen,
143,9 Tsd. €	mehr.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 99-2	056	Verbrauchsmittel	71,1	71,1	A B C	80,0 65,5 81,2
518 99-8	056	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-7	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Leitungsverlegungen, Uminstallationen usw.	50,0	50,0	A	44,5
525 99-9	056	Aus- und Fortbildung	77,0	77,0	A B C	80,0 15,3 16,2
526 99-8	056	Ausgaben für Sachverständige, EDV-Programmierer, EDV-Gutachter	123,3	123,3	A B C	130,0 31,2 36,1
533 99-9	056	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A	---
534 99-8	056	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	71,1	71,1	A	80,0
535 99-7	056	Miete für Software	---	---	A	---
815 99-8	056	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	221,3	221,3	A B C	311,1 448,7 416,3
981 99-6	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen anderer Staatsbehörden oder öffentlich-rechtlicher Einrichtungen	200,0	200,0	A	200,0
Summe der Titelgruppe			1.913,8	1.913,8	A B C	1.881,7 1.468,0 1.455,7
Gesamtausgaben			333.527,5	365.128,0	A B C	333.878,8 321.467,8 316.498,5

Erläuterungen

Zu 04 05/514 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 8,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/519 99

2011 gegenüber 2010:

4,9 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
10,4 Tsd. €	mehr wegen des gestiegenen Bedarfs,
5,5 Tsd. €	mehr.

Zu 04 05/525 99

Schulungsaufwand für das Personal der IT-Leitstelle aufgrund neuer Technologien sowie für die EDV-Sachbearbeiter in den Justizvollzugsanstalten beim Einsatz neuer EDV-Verfahren.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 3,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/526 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 6,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/534 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 8,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 05/815 99

Laufende Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für veraltete Ausstattungen.

2011 gegenüber 2010:

34,5 Tsd. €	weniger infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre,
55,3 Tsd. €	weniger wegen Anpassung an den Bedarf,
89,8 Tsd. €	weniger.

Zu 04 05/981 99

Ausgaben für den Rechenzentrumsbetrieb im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Datenverarbeitung in der bayerischen Staatsverwaltung.

04 05 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	46.413,0	46.413,0	A	47.484,0
					B	46.878,2
					C	51.499,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	555,0	300,0	A	795,0
					B	268,5
					C	380,8
		Gesamteinnahmen	46.968,0	46.713,0	A	48.279,0
					B	47.146,7
					C	51.880,5
		Personalausgaben	205.297,1	208.597,6	A	199.974,5
					B	193.855,0
					C	184.571,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	76.771,2	76.730,2	A	79.996,7
					B	75.953,0
					C	74.626,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	19.430,0	19.430,0	A	19.414,5
					B	18.736,6
					C	20.325,9
		Baumaßnahmen	25.600,0	53.900,0	A	26.300,0
					B	23.233,6
					C	26.813,7
		Sonstige Sachinvestitionen	6.229,2	6.270,2	A	7.993,1
					B	9.689,6
					C	10.161,1
		Besondere Finanzierungsausgaben	200,0	200,0	A	200,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	333.527,5	365.128,0	A	333.878,8
					B	321.467,8
					C	316.498,5
		Zuschuss	286.559,5	318.415,0	A	285.599,8
					B	274.321,1
					C	264.618,0

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-8	254	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
					B	1,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-7	175	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			-	-	A	-
					B	1,6
					C	-
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 21-7	175	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21 und 683 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 231 01. Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 265,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 265,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	294,3	294,3	A	331,1
					B	75,2
					C	79,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
683 01-0	175	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Aus dem Ansatz können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 sowie der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39 verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu 526 21. Die Mittel sind übertragbar. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 155,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 155,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	165,3	165,3	A	165,3
					C	36,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 04 07

Kosten für die Initiativen im Verbraucherschutz; insbesondere Information, Bildung, Beratung und verbraucherbezogene Forschung.

Zu 04 07/119 49

Insbesondere zur Vereinnahmung von Rückflüssen aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

Zu 04 07/231 01

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.
Die vereinnahmten Beträge werden bei Tit. 526 21 verausgabt.

Zu 04 07/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu Tit. 683 01). Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit Tit. 683 01 für den bedarfsgerechten Einsatz der veranschlagten Mittel.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 36,8 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/683 01

Veranschlagt sind Mittel zur Beteiligung an wissenschaftlichen Veranstaltungen, Forschungsvorhaben, Kongressen sowie sonstigen Veranstaltungen.

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		6
686 01-7	649	Förderung der Verbraucheraufklärung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TG 52, 53 und 55. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.075,3	2.075,3	A	2.075,3
					B	2.783,7
					C	2.254,8
		Sonstige Sachinvestitionen				
815 01-1	680	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software für das Verbraucherinformationssystem <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TG 52, 53 und 55 (vgl. auch Tit. 686 01).</i>	177,8	177,8	A	200,0

Erläuterungen

Zu 04 07/686 01

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen zur Information der Verbraucher über Marktvorgänge und marktgerechtes Verhalten. Sie können insbesondere als Zuschüsse an Verbraucherorganisationen einschl. Wohnberatungsstellen gewährt werden, ohne deren Mitwirkung Verbraucheraufklärung nicht betrieben werden kann. Die Verbraucherorganisationen nehmen hierbei die Belange der Verbraucher hauptsächlich wahr durch Vertretung der Verbraucherinteressen, durch objektive Beratung, Aufklärung, Information und Schulung der Verbraucher als Marktpartner der gewerblichen Wirtschaft hinsichtlich rationeller Einkommensverwendung, richtigen Haushaltens und markt- und umweltgerechten Verhaltens sowie durch Beteiligung an Schlichtungsstellen. Außerdem ist eine Schulung und Weiterbildung der Beratungskräfte der Verbraucherorganisationen erforderlich.

VerbraucherService Bayern im KDFB e.V., Dachauer Str. 5, 80335 München**Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	Istergebnis 2009 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	585,0	596,7	506,0	491,2
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	195,0	196,0	184,6	186,1
3. Zuweisungen und Zuschüsse	0,5	0,5	0,5	0,5
4. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	780,5	793,2	691,1	677,8
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	306,6	312,6	301,5	266,3
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	5,6	5,6	5,6	5,9
3. Zuwendungen des Landes	468,3	475,0	384,0	370,0
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	780,5	793,2	691,1	642,2

Personalsoll: 15,14 Arbeitnehmer**Verbraucherzentrale Bayern e.V. Mozartstr. 9, 80336 München****Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan (Institutionelle Förderung)**

	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	Istergebnis 2009 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	1.750,0	1.760,0	1.550,0	1.530,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	613,4	616,4	650,0	630,0
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	0,6	0,6	0,5	0,5
4. Ausgaben für Investitionen	20,0	20,0	20,0	29,0
5. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	2.384,0	2.397,0	2.220,5	2.189,5
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	435,0	439,0	340,0	328,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	28,0	28,0	25,0	25,0
3. Zuwendungen des Landes	1.921,0	1.930,0	1.855,5	1.836,5
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	-
Zusammen	2.384,0	2.397,0	2.220,5	2.189,5

Personalsoll: 33,5 Arbeitnehmer**Zu 04 07/815 01**

2011 gegenüber 2010:

Weniger 22,2 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
Titelgruppen						
52 Allgemeine Verbraucherschutzmaßnahmen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
<i>TG 52, 53 und 55 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Vgl. Vermerk zu 686 01.</i>						
531 52-2	680	Fachveröffentlichungen	79,5	79,5	A	89,4
					C	0,0
536 52-7	680	Kosten des Verbraucherbeirats	18,8	18,8	A	21,1
540 52-1	680	Veranstaltungskosten	104,2	104,2	A	117,2
					B	12,3
					C	2,7
Summe der Titelgruppe			202,5	202,5	A	227,7
					B	12,3
					C	2,7
53 Verbraucherschutzinitiativen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
<i>Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52.</i>						
<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 04 01 TG 99.</i>						
526 53-8	172	Bürgergutachten	---	---	A	---
536 53-6	680	Verbraucherschutzpreis	38,2	38,2	A	43,0
540 53-0	680	Veranstaltungskosten	---	---	A	---
547 53-3	680	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
684 53-6	649	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	177,6	177,6	A	177,6
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	446,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>			C	413,4
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
685 53-5	649	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen	379,8	379,8	A	249,8
					B	11,6
686 53-4	649	Zuschüsse an Sonstige	300,0	300,0	A	396,8
					B	288,3
					C	136,4
Summe der Titelgruppe			895,6	895,6	A	867,2
					B	745,9
					C	549,8
55 Digitale Bürger- und Mitarbeiterinformationssysteme						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
<i>Vgl. Vermerk zu 686 01 und TG 52.</i>						
526 55-6	680	Kosten für Sachverständige	24,7	24,7	A	27,8
					B	11,9

Erläuterungen

Zu 04 07/52

Veranschlagt ist der Bedarf für

- Fachveröffentlichungen,
- den Verbraucherbeirat,
- Informationsveranstaltungen (z.B. Aktionstage).

Zu 04 07/531 52

2011 gegenüber 2010:

Weniger 9,9 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/536 52

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2,3 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/540 52

2011 gegenüber 2010:

Weniger 13,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/53

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Entwicklung und Umsetzung neuer Verbraucherschutzinitiativen, u.a. in Zusammenarbeit mit den Verbraucherverbänden. Dazu zählen insbesondere:

- Auslobung eines Verbraucherschutzpreises
- Förderung von innovativen Vorhaben der Verbraucherberatung
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- Reaktion auf aktuelle Themen.

Aus der TG 53 werden zudem Zuschüsse für Pilotprojekte zum Verbraucherschutz finanziert.

Zu 04 07/536 53

2011 gegenüber 2010:

Weniger 4,8 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 04 07/685 53

2011 gegenüber 2010:

Mehr 130,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 07/686 53

2011 gegenüber 2010:

Weniger 96,8 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Ausgabeentwicklung.

Zu 04 07/55

Veranschlagt sind die Aufwendungen zur Weiterentwicklung und Pflege der Bürgerinformationssysteme.

Geplant sind insbesondere:

- Fortführung und Weiterentwicklung des Verbraucherinformationssystems (VIS)
- Fortführung und Weiterentwicklung der Internetangebote.

Zu 04 07/526 55

2011 gegenüber 2010:

Weniger 3,1 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

04 07 Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
547 55-1	680	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	44,4	44,4	A	50,0
					B	27,6
		Summe der Titelgruppe	69,1	69,1	A	77,8
					B	39,5
					C	-
		Gesamtausgaben	3.879,9	3.879,9	A	3.944,4
					B	3.656,6
					C	2.923,6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	-	-	A	-
					B	1,6
					C	-
		Gesamteinnahmen	-	-	A	-
					B	1,6
					C	-
		Sächliche Verwaltungsausgaben	604,1	604,1	A	679,6
					B	127,0
					C	82,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.098,0	3.098,0	A	3.064,8
					B	3.529,6
					C	2.841,2
		Sonstige Sachinvestitionen	177,8	177,8	A	200,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	3.879,9	3.879,9	A	3.944,4
					B	3.656,6
					C	2.923,6
		Zuschuss	3.879,9	3.879,9	A	3.944,4
					B	3.655,0
					C	2.923,6

Erläuterungen

Zu 04 07/547 55

2011 gegenüber 2010:

Weniger 5,6 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
			Tsd. €			
Abschluss Epl. 04						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	990.970,3	794.970,3	A	826.976,8
					B	932.332,5
					C	1.193.107,8
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.596,0	1.341,0	A	1.701,0
					B	1.495,7
					C	2.105,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	4.843,9
					B	2.609,1
					C	-
		Gesamteinnahmen	992.566,3	796.311,3	A	833.521,7
					B	936.437,3
					C	1.195.212,7
		Personalausgaben	1.190.099,8	1.214.569,4	A	1.189.243,5
					B	1.145.078,1
					C	1.101.447,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	536.060,4	535.799,4	A	523.611,7
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	10.303,0		B	519.595,5
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	21.616,0		C	522.301,1
		Ausgaben für den Schuldendienst	-	-	A	530,0
					B	432,1
					C	414,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30.452,7	30.644,2	A	29.916,3
					B	28.299,5
					C	29.645,5
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	5.975,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	5.196,0			
		Baumaßnahmen	45.943,6	77.443,6	A	50.966,5
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	88.800,0		B	44.125,1
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	74.200,0		C	48.632,8
		Sonstige Sachinvestitionen	19.183,7	19.224,7	A	25.773,1
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	7.900,0		B	19.205,6
					C	21.621,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	2.712,0	2.781,2	A	3.006,6
					B	16.201,1
					C	4.035,3
		Gesamtausgaben	1.824.452,2	1.880.462,5	A	1.823.047,7
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	105.078,0		B	1.772.937,0
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	108.912,0		C	1.728.098,5
		Zuschuss	831.885,9	1.084.151,2	A	989.526,0
					B	836.499,7
					C	532.885,8

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
04 01					
686 02	Forschungsaufgaben im Bereich der Rechtspflege (ohne Strafvollzug)	67,0	40,0	67,0	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
526 99	Ausgaben für Sachverständige	106,7	100,0	106,7	-
04 04					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7.378,4	3.000,0	7.378,4	3.000,0
686 03	Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter	1.256,2	5.610,0	1.447,7	4.871,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.883,6	2.000,0	2.883,6	2.000,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	3.236,3	615,0	3.236,3	648,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	2.012,0	1.900,0	2.012,0	1.900,0
526 99	Ausgaben für Sachverständige	14.927,4	900,0	14.927,4	11.900,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	3.141,4	523,0	3.141,4	903,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	8.495,6	-	8.495,6	7.900,0
04 05					
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	6.466,5	3.000,0	6.466,5	3.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	5.120,0	5.000,0	5.120,0	5.000,0
	72 Arbeitsbetriebskosten				
701 72	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich der Arbeitsverwaltung	1.280,0	1.000,0	1.280,0	1.000,0
04 07					
526 21	Kosten für die Erteilung von Studien, Gutachten und Forschungsaufträgen	294,3	265,0	294,3	265,0
683 01	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben	165,3	155,0	165,3	155,0
	53 Verbraucherschutzinitiativen				
684 53	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	177,6	170,0	177,6	170,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 04

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
Epl. 04					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	36.500,0	80.800,0	68.000,0	66.200,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		105.078,0		108.912,0

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 04

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2009 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	39	725,1	398,1
<i>davon wegfallend ab 2011</i>	-		
<i>wegfallend ab 2012</i>	1	3,7	3,5
Planungstitel	14		
<i>davon neu aufgenommen</i>	6		

2010 standen 50,0 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.

3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

4. Eine Baumaßnahme wird außerhalb der Anlage S im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft finanziert (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10).

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
						Tsd. €
1	2	3	4	5		6
04 04		Gerichte und Staatsanwaltschaften				
710 35-4	052	Strafjustizzentrum in München, Nymphenburger Straße 16/ Linprunstraße 25 Generalsanierung Bauteil C und vorgezogener Brandschutz Bauteile A und B <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	500,0	A B C	3.000,0 1.024,9 2.776,6
710 41-6	052	Neubau eines Ziviljustizentrums in München, Seidlstraße 13-15 - Planung -	---	---	A	---
710 42-5	052	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 7 (Justizpalast) Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.300,0	1.800,0	A B C	3.000,0 2.821,1 416,2
710 50-4	052	Justizgebäude in München, Prielmayerstraße 5 Brandschutz- und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	1.500,0 598,4 174,6
<u>711 01-3</u>	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München (Strafjustizzentrum) - Planung - Die Erteilung des Planungsauftrags bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags. <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.700,0	5.864,0	A	
711 02-2	052	Staatseigenes Anwesen in München, Erzgießereistraße 14 Umbau für Zwecke der Justiz - Planung -	---	---	A	---
711 05-9	052	Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Verfahren mit höchster Sicherheitsstufe und einer Einfachturnhalle auf dem umwehrten Gelände der JVA München-Stadelheim - Planung -	---	---	A	---

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
27.05.2003 08.10.2008	20.700,0	14.719,2	2.805,4	Die Baumaßnahmen im Bauteil C wurden fertiggestellt. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Sanierung abgerechnet und dringend notwendige Brandschutzmaßnahmen zur Personenrettung (Sprinkleranlage) im Bauteil A/B durchgeführt.
-	-	-	-	Die Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München ist ungenügend. Für Mietobjekte müssen jährlich fast 4,2 Mio. € aufgewendet werden. Auf dem vom Freistaat Bayern erworbenen Grundstück Seidlstraße 13-15 soll ein Neubau zur Aufnahme der Zivilgerichtsbarkeit des Landgerichts München I und des Landgerichts München II sowie für die Referendarausbildung errichtet werden. Nachdem ein europaweit ausgeschriebener Architektenwettbewerb durchgeführt wurde, soll der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf realisiert werden. Es liegt eine HU-Bau mit im Februar 2004 festgesetzten Kosten von 75.200,0 Tsd. € vor.
16.10.2007 08.11.2010	28.500,0	3.770,7	15.629,3	Das 1891-97 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Lüftungs- und elektrotechnischen Anlagen und Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts fortgeführt und mit der Planung des 2. Bauabschnitts begonnen werden.
19.10.2007	7.250,0	1.021,6	2.228,4	Das 1906-08 errichtete und in die Denkmalliste eingetragene Justizgebäude bedarf dringend der Sanierung. Die Maßnahme umfasst u.a. folgende Teilbereiche: Sanierung der Fenster und Sanitärbereiche, Erneuerung der Aufzüge, Einbau eines behindertengerechten Zugangs, Durchführung von Brandschutzmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in mehrere Bauabschnitte unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnitts abgeschlossen und mit der Planung des 2. Bauabschnitts begonnen werden.
-	-	-	-	Im Verlauf der im Jahr 2004 begonnenen Sanierungsarbeiten im Bauteil C des Strafjustizzentrums München, Nymphenburger Straße 16/Linprunstraße 25 hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung auch der Bauteile A und B nicht mehr mit vertretbaren Kosten erfolgen kann. Es muss deshalb ein Ersatzneubau errichtet werden, der groß genug ist um dort die Strafgerichtsbarkeit (Oberlandesgericht München, Landgerichte München I und II, Amtsgericht München) und die Staatsanwaltschaften München I und II aufzunehmen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	Das in unmittelbarer Nähe zum Strafjustizzentrum München liegende staats-eigene Anwesen Erzgießereistraße 14 soll saniert werden und für Zwecke der Staatsanwaltschaft München II umgebaut werden. Die Planungen wurden im Hinblick auf einen möglichen Neubau des Strafjustizzentrums zunächst zurückgestellt.
-	-	-	-	In München besteht dringender Bedarf an Sitzungssaalkapazitäten mit höchster Sicherheitsstufe für die Durchführung von Verfahren im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus, in Staatsschutzsachen und gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität. Aus Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitsgründen soll das Gebäude im umwehrten Bereich der JVA München-Stadelheim errichtet werden. Der dafür vorgesehene Standort war nach der Gesamtausbauplanung an sich für die Errichtung einer Mehrfachturnhalle vorgesehen. Nunmehr ist nur noch der Bau einer Einfachturnhalle möglich. Die Planung des Sitzungssaalgebäudes und der unmittelbar benachbarten Einfachturnhalle muss gleichzeitig erfolgen, um jedes Sicherheitsrisiko auszuschließen. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
04 04						
712 51-1	052	Zentraljustizgebäude in Traunstein, Herzog-Otto-Straße 1 Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	---	A	---
714 01-0	052	Neubau eines Justizgebäudes in Rosenheim, - z.T. Planung -	---	---	A B C	1.000,0 1.934,0 77,8
725 02-6	052	Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Am Alten Einlaß 1 in Augsburg - z. T. Planung -	---	---	A	---
726 31-0	052	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht in Günzburg - Planung -	---	---	A	---
727 01-5	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung des Amtsgerichts Neu-Ulm <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.300,0	1.700,0	A B C	2.000,0 2.516,9 2.350,0
730 22-5	052	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Asbestsanierung u.a.	---	***	A B C	--- 33,4 26,4
730 35-0	052	Justizgebäude in Nürnberg, Fürther Straße 110 - 112 Bau- und Installationsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.000,0	A B C	3.000,0 4.539,2 4.023,2
735 02-4	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Hof, Berliner Platz 1 <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	4.000,0	A B C	1.500,0 500,0 433,7
735 21-1	052	Bayer. Justizschule in Pegnitz Erweiterung, Umbau, Instandsetzung	---	---	A B C	--- 421,2 2.416,2

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
25.10.1994 04.01.1996	18.940,8	15.226,4	3.714,4	Der 1. und 2. Bauabschnitt sind abgeschlossen. Der 3. Bauabschnitt, die Aufstockung des Sitzungssaalgebäudes, bleibt vorläufig zurückgestellt.
14.06.2007 04.02.2010	4.300,0	2.055,9	-	Die Unterbringungsverhältnisse des Amtsgerichts Rosenheim sind sehr beengt. Eine Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes Bismarckstraße 1 auf dem vorhandenen Grundstück ist nicht mehr möglich. Aus diesem Grund wird an der Kufsteiner Straße ein Neubau für das Amtsgericht errichtet. Die Baumaßnahme soll in Bauabschnitten geplant und durchgeführt werden. In einer 1. Teilbaumaßnahme wurden Räume für das Grundbuchamt und das Vormundschaftsgericht geschaffen. Dadurch kann die Unterbringungssituation der Justiz in Rosenheim verbessert werden. Der Teilneubau ist so gestaltet, dass in Zukunft die Erweiterung zu einem zentralen Justizgebäude erfolgen kann. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Die Planung für den 2. Bauabschnitt ist vorläufig zurückgestellt.
17.04.2001 04.04.2003	4.030,0	4.029,9	-	Der 1. Teilbauabschnitt ist abgeschlossen. Die Planung des 2. Teilbauabschnitts bleibt zurückgestellt.
-	-	-	-	Das Amtsgericht Günzburg ist derzeit in dem überwiegend vom Finanzamt Günzburg genutzten staatseigenen Teil und in Mieträumen im städtischen Teil des Schlosses sowie in einem weiteren Mietobjekt untergebracht. Da sowohl das Finanzamt Günzburg als auch die Stadt Günzburg für die jetzt vom Amtsgericht belegten Räume im Schloss Eigenbedarf angekündigt haben, soll für das Amtsgericht Günzburg ein Neubau errichtet werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Planung ermittelt.
16.01.2007 30.01.2009	9.650,0	5.342,5	-	Das Amtsgericht Neu-Ulm ist derzeit sehr beengt und in räumlich weit voneinander entfernten Gebäuden untergebracht. Durch den Umbau von zwei staatseigenen Gebäuden, die im Zuge der Verwaltungsreform und aufgrund von Neubaumaßnahmen frei wurden, sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das Amtsgericht wieder an einem Ort zusammenzuführen und die Mieträume aufzugeben. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.
08.11.1991 20.01.1998	3.732,4	3.524,1	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
15.11.2000 28.02.2008	31.120,0	19.920,9	3.599,2	Im Justizgebäude an der Fürther Straße 110-112 in Nürnberg sind umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen erforderlich: u.a. Erweiterung des EDV-, Telekommunikations- und Starkstromnetzes, Erneuerung von Aufzügen, Brandschutzmaßnahmen, Umbau der Hauptpforte einschließlich Erneuerung der Gebäudemeldeeinrichtungen, eine Anpassung der Kantinenküche an die hygienischen Anforderungen, Sanierung bzw. Teilerneuerung des Kanalsystems, Sanierung der sanitären Anlagen, der Flure und der Heizungsanlage sowie weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die Baumaßnahmen werden in Bauabschnitten unterteilt. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgesetzt und die Planung der 4. Teilbaumaßnahme begonnen werden.
11.02.2009 07.04.2010	28.925,0	1.271,1	19.698,9	Das in den Jahren 1959 bis 1961 errichtete zehnstöckige Bürogebäude der Justiz in Hof befindet sich - im Gegensatz zum Sitzungssaalbau - in einem solch schlechten Zustand, dass eine Sanierung mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Es muss daher abgerissen und durch Ersatzbauten auf dem vorhandenen Grundstück ersetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme fortgesetzt werden.
11.06.2002 22.04.2009	16.750,0	16.438,2	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
04 04						
740 01-8	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Würzburg	2.000,0	1.136,0	A C	700,0 3.300,0
742 01-6	052	Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in Schweinfurt - z. T. Planung -	---	---	A C	--- 61,0
<u>743 01-5</u>	052	Neubau eines Gebäudes für das Amtsgericht Haßfurt - Planung -	---	---	A	
747 01-1	052	Justizgebäude in Amberg, Regierungsstraße 8-10 Generalsanierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	2.500,0	A B C	--- 50,0 2.271,6
<u>747 02-0</u>	052	Amtsgericht Amberg Erweiterung und Sanierung - Planung -	---	---	A	
		Summe Kapitel 04 04	17.300,0	20.500,0	A B C	15.700,0 14.439,2 18.445,8
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 20.500,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 18.800,0				
04 05		Justizvollzugsanstalten				
710 14-6	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau der Torwache und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	640,0	250,0	A B C	200,0 332,1 1.068,7

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
28.09.1999 04.06.2009	58.300,0	46.964,1	-	- Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Bauabschnitt: Abbruch des ehemaligen Gefängnisgebäudes. 2. Bauabschnitt: Neubau eines Strafjustizgebäudes. 3. Bauabschnitt: Umbau und Sanierung des Justizgebäudes Ottostraße 5 in Würzburg. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.
02.06.2006	2.320,0	2.320,0	-	- Die Sanierung des staatseigenen Dienstgebäudes Friedenstraße 2 in Schweinfurt nach dem Auszug des Finanzamts für Zwecke der Justiz ist nicht wirtschaftlich. Das Gebäude soll abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden. Es liegt eine HU-Bau mit festgesetzten Kosten von 20.800,0 Tsd. € vor. Die Baumaßnahme wird in Bauabschnitten durchgeführt werden. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die den Abbruch des fünfstöckigen Nordflügels des ehemaligen Finanzamts, die Sanierung des restlichen Teils für Zwecke des Grundbuchamts und das denkmalgeschützte ehemalige Rentamt umfasst. Der 1. Bauabschnitt ist abgeschlossen. Der 2. Bauabschnitt bleibt vorläufig zurückgestellt.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Haßfurt ist derzeit in zwei staatseigenen Gebäuden sowie in (von der Stadt Haßfurt) angemieteten Räumen untergebracht. Die Planung von Maßnahmen zur Sanierung und Erweiterung der Bestandsgebäude hat ergeben, dass eine solche mit vertretbaren Kosten nicht erfolgen kann. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Planungsunterlagen ermittelt.
31.08.2004 02.02.2010	24.010,0	10.609,2	8.200,8	- Die Gesamtmaßnahme besteht aus drei Bauabschnitten: 1. Umbau und Sanierung des Renaissancebaus (mittlerer Gebäudeteil). 2. Umbau und Sanierung des Barockbaus (nördlicher Gebäudeteil) und Erstellung von Kfz-Stellplätzen. 3. Umbau, Sanierung und Ausbau des Dachgeschosses im Dientzenhofer Bau und des Schwurgerichtstrakts. Mit den veranschlagten Mitteln soll der 2. Bauabschnitt abgeschlossen und mit dem 3. Bauabschnitt begonnen werden.
-	-	-	-	- Das Amtsgericht Amberg ist in mehreren Gebäuden (Paulanerplatz 4 mit Anbau, Baustadelgasse 1) aus unterschiedlicher Bauzeiten untergebracht. In allen Gebäuden besteht erheblicher Sanierungsbedarf (Brandschutz, Barrierefreiheit, Sicherheit, Energieeinsparung). Vorgesehen ist, den funktional absolut unzulänglichen Anbau (ehemaliges Werkstattgebäude) am Paulanerplatz abzureißen und das verbleibende Hauptgebäude durch ein Verbindungsbauwerk an die Baustadelgasse 1 anzubinden. Anschließend sollen die Bestandsbauten am Paulanerplatz und in der Baustadelgasse saniert werden. Die Gesamtkosten werden im Rahmen der Erstellung der Planung ermittelt.
06.10.1989 25.05.2004	16.150,0	11.117,7	3.927,3	- Die 1. Teilbaumaßnahme, die bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Beobachtungstürme, Videoüberwachungsanlagen, Elektroversorgung) umfasst, ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll im Rahmen einer 2. Teilbaumaßnahme die Sanierung des Unterkunftsgebäudes N (einschl. Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung und eines Besucher- raums, Kommunikationsanlage in der Zugangsabteilung, Fernwärmeanschluss) fortgeführt und abgeschlossen werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
710 15-5	056	Justizvollzugsanstalt München Umbau und Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	800,0	A B C	1.000,0 1.335,4 828,0
710 16-4	056	Justizvollzugsanstalt München Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt	150,0	---	A B C	--- 396,3 199,6
710 17-3	056	Justizvollzugsanstalt München Sanierung der Entwässerungsanlagen, des Arbeitsbetriebsgebäudes und des Versorgungszentrums - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 600,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	590,0	700,0	A B	1.000,0 122,5
<u>711 20-7</u>	056	Justizvollzugsanstalt München; Brandschutzmaßnahmen und Instandsetzung der betriebstechnischen Anlagen - Planung -	---	---	A	
711 34-1	056	Justizvollzugsanstalt Bernau a. Chiemsee Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung -	---	---	A C	--- 3,9

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
13.09.1991 31.10.2008	23.217,0	18.369,7	2.037,3	Die Unterkunftsgebäude der Justizvollzugsanstalt München müssen entsprechend den vollzuglichen Anforderungen im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut und instand gesetzt werden: 1. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Südbau. 2. Teilbaumaßnahme: Einbau einer Alarm- und Kommunikationsanlage, Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzungen in den Unterkunftsgebäuden West- und Ostbau. 3. Teilbaumaßnahme Neubau einer Krankenabteilung und Umbau/Instandsetzung des Unterkunftsgebäudes Nordbau. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und 2. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln fortgeführt werden sollen. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
25.11.2008	1.365,0	1.338,8	-	Die Gesamtkosten sind die auf der Seite des Auftraggebers entstandenen Aufwendungen für Gutachten, Altlastenbeseitigung, Bieterentschädigungen und Leistungen des Bauamts. Der Neubau einer Frauenhaftanstalt mit Mutter-Kind-Abteilung sowie einer Jugendarrestanstalt in München wurde als Pilotprojekt im Wege einer Public-Private-Partnership realisiert. Vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 10 und Tit. 520 01.
30.04.2009	3.750,0	122,5	1.667,5	Die Entwässerungsanlagen, das Arbeitsbetriebsgebäude und das Versorgungszentrum der Justizvollzugsanstalt München müssen dringend erneuert bzw. saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Sanierung der Abwasserkanäle und Errichtung eines Regenwasserkanals (Trennung von Schmutz- und Regenwasser). 2. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Arbeitsbetriebsgebäudes. 3. Teilbaumaßnahme: Sanierung des Versorgungszentrums. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln fortgeführt werden soll. Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Im Gebäudebestand der Justizvollzugsanstalt München müssen die dringenden Sofortmaßnahmen für den baulichen Brandschutz durchgeführt sowie die betriebstechnischen Anlagen modernisiert und instandgesetzt werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
12.04.1999 11.06.2001	9.663,4	9.667,0	-	Die Justizvollzugsanstalt Bernau wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut, instandgesetzt und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Generalsanierung der Wärme- und Energieversorgung. 2. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Äußerer Sicherheitszaun, Innerer Sicherheitszaun, Einfriedungszaun, Ordnungszaun, Videosensoranlage, Umbau der Torwache 2). 3. Teilbaumaßnahme: Erweiterung, Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums. 4. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstrafäter mit 24 Haftplätzen sowie einer Zu- und Abgangsabteilung. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen sind. Die Gesamtkosten der 3. und der 4. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
712 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Mühldorf a. Inn Erweiterung - z. T. Planung -	---	---	A	---
714 01-7	056	Justizvollzugsanstalt Landsberg a. Lech Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	1.500,0	A B C	1.000,0 186,2 219,8
715 21-2	056	Justizvollzugsanstalt Laufen-Lebenau Neubau eines Unterkunftsgebäudes und einer Abteilung für den offenen Vollzug <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.300,0	A	---
718 11-1	056	Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes (Arbeitstherapie), Instandsetzung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 900,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	900,0	A B C	1.500,0 989,8 169,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
04.12.1991 07.04.2003	3.276,1	3.255,6	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Mühldorf am Inn wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Umwehrungsmauer sowie weitere bauliche und technische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Errichtung eines Arbeitsbetriebsgebäudes, Erneuerung der Aufzugsanlage.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Erweiterung der Umwehrungsmauer, Neubau der Torwache.</p> <p>3. Teilbaumaßnahme: Errichtung eines Unterkunftsgebäudes.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die abgeschlossen ist.</p> <p>Die Gesamtkosten der 2. und der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.</p>
16.11.1999 09.05.2007	3.145,0	3.145,0	-	<p>Die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen umgebaut, erweitert und modernisiert:</p> <p>1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung bzw. Einbau von elektrotechnischen Sicherheitsanlagen (Kommunikations-, Hausalarm-, Elektroakustik-, Brandmelde-, Rauchmelde-, Wächterkontroll-, Wächtersicherungsanlage) und dringende bauliche Brandschutzmaßnahmen.</p> <p>2. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Stromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen (Sicherung der Rettungswege, bauliche Trennung und Unterteilung der Gebäude in Brandabschnitte), Sicherheitsmaßnahmen (Innerer Sicherheitszaun mit Videoüberwachungsanlage, Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden, Erneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Verlegung der Fahrzeugschleuse), Erneuerung der Entwässerungsanlagen und Umstellung auf das Trennsystem, Umbau und Instandsetzung der Krankenabteilung.</p> <p>Die Kostenfestsetzung beinhaltet die abgeschlossene 1. Teilbaumaßnahme. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung der 2. Teilbaumaßnahme durchgeführt und mit der Baumaßnahme begonnen werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau für die 2. Teilbaumaßnahme ermittelt.</p>
08.10.2009	9.940,0	231,6	6.408,4	<p>Im Rahmen der Baumaßnahme werden eine sozialtherapeutische Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen sowie 20 Haftplätze für den Wohngruppenvollzug geschaffen. Darüberhinaus wird eine Abteilung für den offenen Vollzug mit 5 Plätzen für den "Notanker" errichtet.</p>
25.02.2008	4.900,0	1.196,3	-	<p>In der Justizvollzugsanstalt Neuburg-Herrenwörth wurden ein Jugend-Therapiezentrum gegen soziale Defizite mit psychiatrischer Begleitung und eine sozialtherapeutische Abteilung für Sexualstraftäter eingerichtet. Es ist deshalb dringend erforderlich, die Sicherheit durch die Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektionssystem und den Umbau des Eingangsbereichs zu verbessern. Ferner soll die Arbeitstherapie erweitert und das undichte Dach des vorhandenen Arbeitsbetriebsgebäudes instand gesetzt werden.</p> <p>Mit den veranschlagten Mitteln soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.</p>

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
720 13-5	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Erweiterung, Instandsetzung, Brandschutzmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 8.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	620,0	8.000,0	A	500,0
					B	157,6
					C	467,3
720 20-6	056	Justizvollzugsanstalt Straubing Neubau eines Versorgungszentrums und Erneuerung der Wärmeversorgung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	300,0	A	---
					B	5.720,0
					C	3.531,6
721 10-7	056	Justizvollzugsanstalt Landshut Neubau einer Justizvollzugsanstalt	2.000,0	200,0	A	---
					C	8.771,6
725 11-2	056	Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - Planung -	---	---	A	1.900,0
725 23-8	056	Justizvollzugsanstalt Kaisheim Umbau und Erweiterung des Torwachbereichs, Neubau der Küche und einer Sporthalle sowie Sanierung der Versorgungsbetriebe (Metzgerei, Bäckerei) - Planung -	---	---	A	---
725 33-6	056	Justizvollzugsanstalt Kempten (Allgäu) Neubau einer Justizvollzugsanstalt	---	---	A	---
					B	27,4
					C	229,4

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.05.2003 01.06.2010	11.050,0	6.679,4	4.174,6	Die Gesamtmaßnahme besteht aus 3 Bauabschnitten: 1. Teilbaumaßnahme: Erneuerung der Ersatzstromversorgung, bauliche Brandschutzmaßnahmen, Instandsetzung der Entwässerungsanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter mit 24 Haftplätzen. 3. Teilbaumaßnahme: Neubau einer Einrichtung für den Vollzug der Sicherungsverwahrung. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und 2. Teilbaumaßnahme. Die 1. Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung der 2. Teilbaumaßnahme abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
08.11.2006 28.05.2008	24.200,0	10.906,0	-	- In der Justizvollzugsanstalt Straubing wird ein neues Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Kantine für Bedienstete, Wäscherei) errichtet. Die Wärmeversorgung wird erneuert. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
10.04.2000 07.09.2006	72.400,0	68.098,4	1.801,6	Geschlossener Vollzug: 451 Haftplätze Offener Vollzug: 64 Haftplätze Belegungsfähigkeit der Jugendarrestanstalt: 36 Arrestplätze Mit den veranschlagten Mitteln wird die Baumaßnahme abgeschlossen.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Niederschönenfeld soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung wie folgt erweitert, modernisiert, umgebaut und saniert werden: Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit Sozialtherapeutischer Abteilung für Gewaltstraftäter mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 32 Haftplätzen. Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit (Teilerneuerung und Erweiterung der Umwehrungsmauer, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns mit Detektion und Videoüberwachung, Errichtung einer Videosensoranlage zur Überwachung der Fassaden). Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Aus Sicherheitsgründen ist es unabweisbar und dringlich, den Torwachbereich (Torwache 2 mit Fahrzeugschleuse und die Torwache 1) umzubauen und zu erweitern, sowie zwei Beobachtungstürme zu erneuern. Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Kaisheim sind sowohl in der Bausubstanz, als auch technisch verbraucht sowie nach Erhöhung der Haftplatzkapazitäten auch nicht mehr ausreichend dimensioniert. Da eine Erweiterung und Sanierung am bisherigen Standort nicht möglich ist, muss ein neues Versorgungszentrum (Küche, Bäckerei, Metzgerei, Entsorgung) errichtet werden. Aus vollzuglichen Gründen soll eine Sporthalle gebaut werden; das bereits genehmigte Projekt - 04 05/725 26 - wurde aus haushaltsmäßigen und baulichen Gründen auf diesen Titel umgesetzt. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
07.11.1997 01.09.2004	49.500,0	49.434,2	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
726 21-9	056	Justizvollzugsanstalt Aichach Neubau eines Versorgungszentrums <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 5.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	800,0	5.000,0	A	800,0
					B	0,4
727 01-2	056	Justizvollzugsanstalt Memmingen Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 650,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0	650,0	A	750,0
					B	830,3
					C	848,7
728 10-0	056	Justizvollzugsanstalt Augsburg Neubau einer Justizvollzugsanstalt <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 30.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 30.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 30.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 9.000,0</i> <i>2013 Tsd. € 14.000,0</i> <i>2014 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 30.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2013 Tsd. € 11.000,0</i> <i>2014 Tsd. € 12.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 7.000,0</i>	3.000,0	17.000,0	A	400,0
					B	195,0
					C	811,0

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
19.05.2010	18.240,0	0,5	11.639,5	Die Versorgungsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Aichach (Küche, Wäscherei, Bäckerei, Kantine für Bedienstete) sind baulich sowie ausstattungsmäßig völlig verbraucht und sollen durch den Neubau eines Versorgungszentrums ersetzt werden. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Planung fertig gestellt und mit der Baumaßnahme begonnen.
26.05.1993 11.03.2008	8.284,0	5.490,0	784,0	Die Justizvollzugsanstalt Memmingen wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung sukzessive im Rahmen von Teilbaumaßnahmen erweitert, umgebaut und instand gesetzt: 1. Errichtung einer Energiezentrale. 2. Errichtung eines Unterkunftsgebäudes für den offenen Vollzug (26 Haftplätze). 3. Umbau des alten Freigängerhauses zu einer Frauenabteilung (16 Haftplätze). 4. Instandsetzungen (Dächer, Fassaden, Umwehrgung, Installationskanal, Torwache, Hafträume). 5. Energetische Teilbaumaßnahme (Erneuerung der Fenster). 6. Neu- und Umbaumaßnahmen (Küchenbereich, Arbeitsbetriebsgebäude). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. bis 5 Teilbaumaßnahme. Die Teilbaumaßnahmen 1 - 3 sind abgeschlossen. Die energetische Teilbaumaßnahme (Ziffer 5.) mit festgesetzten Gesamtkosten von 1.034,0 Tsd. € wird zur Hälfte aus dem Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" bei Kap. 13 31 Tit. 710 51 finanziert. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 4. und die 5. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden. Die Baumaßnahme dient der Energie- und der CO2-Einsparung. Die Gesamtkosten der 6. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.10.1998 31.05.2010	100.840,0	5.591,0	64.849,0	Für die Justizvollzugsanstalt Augsburg wird ein Neubau am Standort Gablingen mit einer Belegungsfähigkeit von 609 Haftplätzen errichtet. Die Gesamtanlage umfasst 10 Einzelgebäude mit den unterschiedlichen Funktionsbereichen. Der zunächst geplante Neubau einer Abteilung für den offenen Vollzug und einer Jugendarrestanstalt außerhalb des umwehrten Bereichs wurde aus Kostengründen zurückgestellt. Mit den veranschlagten Mitteln wird mit der Baumaßnahme begonnen.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
730 08-0	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau eines Zu- und Abgangsbereichs, eines Unterkunftsgebäudes, eines Verwaltungsgebäudes mit Besuchsbereich und einer Torwache mit Fahrzeugschleuse - Planung -	---	---	A	---
730 10-6	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Neubau einer Frauenabteilung und einer Jugendarrestanstalt - Planung -	---	---	A	650,0
730 11-5	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung und Neuordnung der Versorgungsbetriebe - z. T. Planung -	---	---	A	---
730 12-4	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung der Untersuchungshaftanstalt - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.500,0	A B C	1.000,0 900,0 1.149,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Nürnberg soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung im Rahmen von zwei weiteren Teilbaumaßnahmen ausgebaut werden: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau einer Zu- und Abgangsabteilung mit Kleiderkammer und Abbruch des alten Zellenflügels. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Sozialtherapeutische Abteilung mit 24 Haftplätzen), eines Verwaltungsgebäudes und einer Torwache mit Fahrzeugschleuse. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Für den Vollzug an weiblichen Gefangenen und für den Jugendarrest werden die in den Jahren 1886 bis 1888 errichteten Gebäude genutzt. Da deren Bau- substanz weitgehend verbraucht ist, wären umfangreiche und kostenintensive Umbau- und Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich. Trotzdem könnten die baulichen Voraussetzungen für einen modernen Justizvollzug nur bedingt geschaffen und der gestiegene Haftplatzbedarf nicht abgedeckt werden. Die unter zeitgemäßen vollzuglichen und wirtschaftlichen Aspekten entwickelte Gesamtausbauplanung sieht in einem ersten Schritt den Neubau einer Frauen- abteilung mit ca. 150 Haftplätzen vor. Anschließend soll eine neue Jugend- arrestanstalt mit ca. 55 Arrestplätzen errichtet werden. Die Erweiterung ent- spricht dem Haftplatzbedarf. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.12.1994 13.02.2002	4.695,5	4.695,5		- Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung einer provisorischen Küche im Arbeitsbetrieb für die Dauer der Instandsetzungs- arbeiten am Versorgungszentrum) und die 2. Teilbaumaßnahme (Umbau und Instandsetzung des Versorgungszentrums - Küche - sowie von Teilbereichen des Entwässerungskanals), die abgeschlossen sind. Als 3. Teilbaumaßnahme ist der Neubau einer Wäscherei und der Einbau eines Bäckereibetriebs im bisherigen Wäschereigebäude beabsichtigt. Die Gesamtkosten der 3. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
26.05.1998 03.02.2010	12.900,0	7.282,0	1.718,0	Die Untersuchungshaftanstalt muss dringend abschnittsweise instand gesetzt werden: 1. Teilbaumaßnahme: Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Brandschutzes, Instandsetzung des Erweiterungsbaus (1. Bauabschnitt). 2. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (2. Bauabschnitt), Erneuerung der Haftraumtüren, Vergitterung der Kellerfenster, Errichtung eines Inneren Sicherheitszauns. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (3. Bauabschnitt) und des Altbaus (1. Bauabschnitt) , von Entwässerungsleitungen, der Höfe Mitte und Nord und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit. 4. Teilbaumaßnahme: Abbruch des Gebäudes "Schnellgericht" und Errichtung einer Außenum- wehrung in diesem Bereich. 5. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Erweiterungsbaus (4. Bauabschnitt) und des Altbaus (2. Bauabschnitt) sowie von Entwässerungsleitungen und der Höfe. 6. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung des Altbaus (3. Bauabschnitt). Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme sind abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln soll die 3. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
04 05						
730 13-3	056	Justizvollzugsanstalt Nürnberg Sanierung von Dienstwohngebäuden - z. T. Planung -	---	---	A	---
					B	15,3
					C	234,1
735 10-1	056	Justizvollzugsanstalt Ebrach Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	800,0	A	2.000,0
					B	600,0
					C	30,0
735 53-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Neubau eines weiteren Zellengebäudes	---	---	A	---
					B	18,4
					C	60,4
736 01-1	056	Justizvollzugsanstalt Hof Neubau von Arbeitsbetriebsräumen und einer Schleuse sowie Erweiterung der Umwehrungsmauer	---	---	A	---
					B	90,0
					C	11,9
738 01-9	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth Umbau, Instandsetzung, Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	2.000,0	A	1.100,0
					B	602,7
					C	240,0
<u>738 21-5</u>	056	Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth; Sanierung des Versorgungszentrums und Neubau einer Sporthalle - Planung -	---	---	A	
<u>741 01-4</u>	056	Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg; Erweiterung der Umwehrung, Neubau der Arbeits- und Versorgungsbetriebe, Erneuerung der Unterakunftsgebäude - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
14.01.1998	1.308,9	1.279,6	-	Die Kostenfestsetzung beinhaltet die abgeschlossene 1. Teilbaumaßnahme mit der Außensanierung der Dienstwohngebäude in Nürnberg, Reutersbrunnensstraße 41 - 45 (Flachbau) und 47 (Turmbau). Die 2. Teilbaumaßnahme umfasst deren Innensanierung. Die Baumaßnahme dient teilweise der Energieeinsparung. Die Gesamtkosten für die 2. Teilbaumaßnahme werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
30.04.2009	6.350,0	630,0	509,0	Die Justizvollzugsanstalt Ebrach soll auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung erweitert und saniert werden: 1. Teilbaumaßnahme: Umbau des Gebäudes "Alte Mühle" zur Errichtung einer Abteilung für den offenen Vollzug mit 25 Haftplätzen und 5 Plätzen für die nachsorgende Betreuung (sog. "Notanker"). 2. Teilbaumaßnahme: Kanalsanierung. 3. Teilbaumaßnahme: Instandsetzung der Dächer. 4. Teilbaumaßnahme: Neubau des Arbeitsbetriebsgebäudes (Schreinerei) und Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung mit 16 Haftplätzen und einer Abteilung für den Normalvollzug mit 54 Haftplätzen. 5. Teilbaumaßnahme: Umbau und Instandsetzung der Unterkunftsgebäude I, II und III. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. und 2. Teilbaumaßnahme. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt und abgeschlossen. Die weiteren Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der entsprechenden Teil-Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
05.02.1985 25.04.2008	17.835,0	17.820,3	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
06.06.1986 08.08.1996	10.006,0	9.982,5	-	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Der Vortrag dient der Abwicklung.
01.02.2007 01.02.2010	9.500,0	1.031,5	4.328,6	Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme mit dem Umbau und der Sanierung der Häuser G und H sowie der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen (Anstalt II) und die 2. Teilbaumaßnahme mit der Instandsetzung der Entwässerungsanlagen in der Anstalt I und der Außenstelle St. Johannis. Mit den veranschlagten Mitteln sollen die 1. und die 2. Teilbaumaßnahme fortgeführt werden.
-	-	-	-	- Das Versorgungszentrum in der Justizvollzugsanstalt St. Georgen-Bayreuth ist dringend sanierungsbedürftig. Aus vollzuglichen Gründen ist die Errichtung einer Sporthalle notwendig. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Justizvollzugsanstalt Aschaffenburg muss nach den Leitlinien der Gesamtausbauplanung in den Funktionsbereichen Unterkünfte, Küchenbereich, Arbeitsbetriebe, Umwehrgung und Energieversorgung bedarfsgerecht erweitert und erneuert werden. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Epl. 04 Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
04 05						
745 06-5	056	Justizvollzugsanstalt Amberg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 1.800,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	800,0	1.800,0	A	2.500,0
					B	3.448,4
					C	1.013,7
746 01-9	056	Justizvollzugsanstalt Regensburg Erweiterung, Umbau, Instandsetzung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 4.800,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 3.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	4.800,0	A	2.000,0
					B	100,0
					C	820,0
		Summe Kapitel 04 05	19.200,0	47.500,0	A	18.300,0
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 60.300,0			B	16.067,7
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 47.400,0			C	20.718,2
		Summe Epl. 04	36.500,0	68.000,0	A	34.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 80.800,0			B	30.506,8
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 66.200,0			C	39.164,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
26.10.2007 13.10.2009	18.200,0	4.606,3	483,7	Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. - 3. Teilbaumaßnahme. Die 1. Teilbaumaßnahme (Errichtung des Arbeitsbetriebsgebäudes II) ist abgeschlossen. Mit den veranschlagten Mitteln werden die 2. Teilbaumaßnahme (Instandsetzung der Entwässerungskanäle und Erneuerung der Fernheizleitungen) und die 3. Teilbaumaßnahme (Neubau eines Unterkunftsgebäudes mit einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Gewaltstraftäter und einer Sozialtherapeutischen Abteilung für Sexualstraftäter mit je 16 Haftplätzen) fortgeführt und abgeschlossen.
08.09.2009	25.600,0	975,9	15.103,5	Die Justizvollzugsanstalt Regensburg wird auf der Grundlage der Gesamtausbauplanung saniert, umgebaut, erweitert und modernisiert: 1. Teilbaumaßnahme: Neubau des Versorgungszentrums und eines Arbeitsbetriebsgebäudes, Errichtung eines Unterkunftsgebäudes (West) und eines Besuchergebäudes, Sanierung des Südbaus, Erstellung der Außenanlagen. 2. Teilbaumaßnahme: Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Ost), Sanierung des Mittelbaus, Sanierung des Nordbaus und Neubau der Torwache, Außenanlagen. Die Kostenfestsetzung beinhaltet die 1. Teilbaumaßnahme, die mit den veranschlagten Mitteln fortgeführt werden soll. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz

- Einzelplan 04 -

04 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	6	6	6
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	8	8	8
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		11	11	11
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	14	14	14
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	10,42	10,42	10,42
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	8,71	8,71	8,71
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	4,50	4,50	4,50
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	14,50	15	15
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	7,50	7	7
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2,50	2,50	2,50
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen (Verwendungsaufstieg)		5	5	5
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin (Verwendungsaufstieg)	A10	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	13	13
	Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	6	6	6
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		3	3	3
	Verwaltungsbetriebshauptsekretär, Verwaltungsbetriebshauptsekretärin		1	1	1
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	A 7	2	2	3
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	-
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3,50	3,50	4,36
	Betriebshauptwart, Betriebshauptwartin		1	1	1
	Zusammen		126,63	126,63	127,49
	Zugang/Abgang			-	+0,86
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		63,63	63,63	63,63
	- gehobener Dienst		30,50	30,50	30,50
	- mittlerer Dienst		28	28	28
	- einfacher Dienst		4,50	4,50	5,36
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	1	1
	Amtsrat, Amtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	5	5	5
	Zusammen		19	19	19

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-	+0,86	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+0,86	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+0,50	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A12
A12 Amträte, Amträtinnen	-0,50	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13
A 7 Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A 6
A 6 Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	+0,86	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umwandlung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte (Richter))			
R1-R9, A13-A16	+5	-	Umwandlung von 422 31 höh. Dienst
höh. Dienst	-5	-	Umwandlung nach 422 31 BesGr R1-R9, A13-A16
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	

04 01
Ministerium

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R1-R9, A13- A16	-	5	5
		höh. Dienst	5	-	-
		A13+AZ - A9	4	4	4
	Zusammen		9	9	9
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31 :</i>				
	<i>1 Stelle der BesGr A13+AZ - A9 kw ab 01.01.2013</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	1	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	11	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	12	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	10	10	10
	Zusammen		44	44	44
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Zusammen		4,60	4,60	4,60
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		126,63	126,63	127,49
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		44	44	44
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		170,63	170,63	171,49
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4,60	4,60	4,60
	Personalsoll B		4,60	4,60	4,60
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		175,23	175,23	176,09

04 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 3	4	1	1
	Präsident des Landgerichts, Präsidentin des Landgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen		1	-	-
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	5	1	1
	Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 2	12	8	8
	Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		14	10	10
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		5,50	-	-
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder als weitere aufsichtführende Richterinnen		-	3,50	3,50
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	-	-
	Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		-	2,50	2,50
	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R 1	47,50	24,50	24,50
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		4	3,50	3,50
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	-	-
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerin im Justizvollzugsdienst	A13	1	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	6,75	2,75	2,75
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen		25,50	29,67	29,67
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen		9	4,50	4,50
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A 8	7	5	5
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A 6	16,64	13	13
	Regierungssekretäre, Sekretäre im Justizvollzugsdienst		7	3	3
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwärtinnen	A 4	2	2	2
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A 3	25	19,50	19,50
	Zusammen		199,89	133,42	133,42
	Zugang/Abgang			-66,47	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten) (Ersatzstellen für Altersteilzeit):				
	1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.				
	2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
neu			
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)			
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	+4,17	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+4,17	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)			
R 3 Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 Direktoren der Amtsgerichte, +AZ Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 2 Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-1,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-23	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-0,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-3	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-4,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 8 Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-3,64	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG

04 02
Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Richter am Amts- oder Landgericht, Richterin am Amts- oder Landgericht	R 1	0,25	0,25	0,25
	Justizhauptsekretär, Justizhauptsekretärin	A 8	0,37	0,37	0,37
	Zusammen		0,62	0,62	0,62
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	<i>1) Die Stellen können für alle Kapitel des Einzelplans 04 in Anspruch genommen werden. Die Bezüge sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen, für das die Ersatzstellen in Anspruch genommen werden.</i>				
	<i>2) Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 HG</i>				
	Gesamtübersicht				
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,62	0,62	0,62
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		199,89	133,42	133,42

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Regierungssekretäre, Sekretäre im Justizvollzugsdienst	-4	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A 3 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-5,50	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-70,64	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Ministerium, Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten)			
R 2 Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	-3,50	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder als weitere aufsichtführende Richterinnen	+3,50	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-2,50	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+2,50	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-66,47	-	

04 04

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	<i>Alle Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuLV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)				
	Präsident des Oberlandesgerichts, Präsidentin des Oberlandesgerichts an einem Gericht mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R 9	-	1	1
	Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	R 8	-	2	2
	Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte		3	-	-
	Generalstaatsanwalt, Generalstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Generalstaatsanwaltschaft mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	R 7	-	1	1
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 151 und mehr Richterplanstellen	R 6	2	2	2
	Präsident des Amtsgerichts, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 151 und mehr Richterplanstellen		1	1	1
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk		-	2	2
	Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte		3	-	-
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	1	1
	Vizepräsident des Oberlandesgerichts, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts als der ständige Vertreter oder die ständige Vertreterin eines Präsidenten oder einer Präsidentin der Besoldungsgruppe R 9	R 5	-	1	1
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Richterplanstellen		3	5	5
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter oder Leiterin einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	1	1
	Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 8	R 4	3	2	2
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen		8	8	8
	Präsidenten der Amtsgerichte, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen		2	2	2
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte		4	-	-
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	8	8

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A11 Justizamtmänner, Justizamtfrauen	+11	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A10 Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	+8	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen +AZ	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+5	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+12	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	+17,50	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 6 Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+11	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+68,50	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 2 Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	-	+5	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten	-	+1	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-	+10	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 7 Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-	+1,50	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-	+3	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 4 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	-	+3	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 3 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-	+4	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+29,50	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Vorsitzende Richter an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 3	69	69	69
	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen		9	7	7
	Präsident des Amtsgerichts, Präsidentin des Amtsgerichts an einem Gericht mit 31 bis 40 Richterplanstellen		1	-	-
	Vizepräsidenten der Landgerichte, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 5 oder R 6		5	7	7
	Vizepräsident des Amtsgerichts, Vizepräsidentin des Amtsgerichts als ständiger Vertreter eines Präsidenten in BesGr R 5 oder R 6		1	1	1
	Direktor des Amtsgerichts, Direktorin des Amtsgerichts als Leiter oder Leiterin eines Gerichts mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern		-	1	1
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen		-	7	7
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		-	9	9
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten		9	-	-
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte		17	-	-
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen <i>Die von der Stellenhebung von BesGr R 2+AZ (Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte) nach BesGr R 3 (Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen) betroffene Beamtin ist mit Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2011/2012 in das neue Amt übergeleitet.</i>		-	12	12
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6		-	2	2
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	4	4
	Vizepräsidenten der Landgerichte, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	R 2+AZ	17	15	15
	Vizepräsidenten der Amtsgerichte, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4		3	2	2
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		48	-	-
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		-	51	51

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012		
1	2	3	4	
A 9	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
		-8	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (bajTECH 2000)
		-5	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (bajTECH 2000)
		-	-1,25	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
A 7	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (SolumSTAR)
		-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (SolumSTAR)
	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Schließung der Laufbahn der Vollziehungsbeamten)
A 6	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
		-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (SolumSTAR)
		-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
		-0,95	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	Justizvollstreckungssekretäre, Justizvollstreckungssekretärinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Schließung der Laufbahn der Vollziehungsbeamten)
A 3	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)				
E 5	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (SolumSTAR)
E 3	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen)
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,70	-0,30	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung		-37,65	-1,55	
Umsetzung				
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))				
A13	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 06 14 / 422 01 BesGr A13
A12	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A12 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A11	Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A11 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
		-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A11 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-6	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3		-	8	8
	Leitender Oberstaatsanwalt, Leitende Oberstaatsanwältin als Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte		1	-	-
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4		-	20	20
	Oberstaatsanwalt, Oberstaatsanwältin als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterin bei einer Staatsanwaltschaft mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen		-	1	1
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten und gleichzeitige ständige Vertreter von Leitenden Oberstaatsanwälten in BesGr R 3 oder R 4		21	-	-
	Richter an Oberlandesgerichten, Richterinnen an Oberlandesgerichten	R 2	194	194	199
	Vorsitzende Richter an Landgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Landgerichten		247	247	248
	<i>4 Stellen ku in 4 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten als weitere aufsichtführende Richter der BesGr R 2+AZ jeweils gleichzeitig mit 4 Stellen für Staatsanwälte als Gruppenleiter der BesGr R 1+AZ ku in 4 Stellen für Staatsanwälte der BesGr R 1. Art. 47 Abs. 3 BayHO ist nicht anzuwenden.</i>				
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		72	-	-
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder als weitere aufsichtführende Richterinnen		-	72	72
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		48	-	-
	Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen		-	51	51
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen		21	-	-
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen		-	11	11
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften		-	50	50
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten		57	-	-
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten oder Dezernentinnen bei Generalstaatsanwaltschaften		-	27	27
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezernenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten		26	-	-
	Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen eines Direktors oder einer Direktorin an einem Amtsgericht mit bis zu 5 Planstellen für Richter und Richterinnen	R 1+AZ	-	11	11
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter		161	161	161

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14 / 422 01 BesGr A10
	-4	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A10 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A 9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A 9 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A 8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A 8 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 15 33 / 422 01 BesGr A 5 (Schließung der Zweigstelle Illertissen des Amtsgerichts Neu-Ulm)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Umsetzung nach 06 04 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Summe Umsetzung	-20	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 8 Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit bis zu 799 Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 8
Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 8
R 6 Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit bis zu 299 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 6
Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 6
R 4 Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 4
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 4
R 3 Präsidenten der Amtsgerichte, Präsidentinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 31 bis 40 Richterplanstellen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 3

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	R 1	1.236	1.215	1.225
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen		389	405	407
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	20	20	22
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	17	21	20
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	17	16	15
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13+AZ	11	10	10
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger) <i>2 Stellen ku in 2 Stellen für Oberregierungsräte der BesGr A 14 ab 1.1.2012.</i>	A13	115	114	115
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Bewährungs- und Gerichtshelfer)		18	18	18
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Wirtschaftsfachkräfte)		4	4	4
	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	A12	405,50	404,50	404,50
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		43	43	43
	Steueramtsräte, Steueramtsrätinnen		5	5	5
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen <i>Bis zu drei Stellen können im Tausch gegen drei Stellen für Technische Oberinspektoren der BesGr A 10 nach 06 04 umgesetzt werden.</i>	A11	4	4	4
	Justizamtmänner, Justizamtfrauen		718	728	730
	Justizverwaltungsamt männer, Justizverwaltungsamt frauen (Verwendungsaufstieg)		31	35	35
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		100	100	100
	Steueramt männer, Steueramt frauen		3	3	3
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	11	5	7
	Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen		543	545	544
	Justizverwaltungs oberinspektoren, Justizverwaltungs oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		22	18	18
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		93	93	93
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	A 9	397	381	375,75
	Justizverwaltungsinspektor, Justizverwaltungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Bewährungshelfer der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		51	51	51
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	167	171	173
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		109	109	109
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	399	405	405
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		5	5	5
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		301	301	301
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen	A 8	3	3	3
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen		244	244	244
	Justizbetriebshauptsekretäre, Justizbetriebshauptsekretärinnen		8	9	10
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		754,50	768,50	771,50
	Justizvollstreckungshauptsekretäre, Justizvollstreckungshauptsekretärinnen		9	9	9
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	A 7	11	11	11
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen		738,50	750	750,50
	Justizbetriebs obersekretäre, Justizbetriebs obersekretärinnen		49	48	47

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 3
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	+9	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 3
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten	-9	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 3
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte	-11	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 3
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+11	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 3
R 2 +AZ Vizepräsidenten der Amtsgerichte, Vizepräsidentinnen der Amtsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2+AZ
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-41	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2+AZ
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+41	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2+AZ
Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2+AZ
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 3 oder R 4	+20	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2+AZ
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten und gleichzeitige ständige Vertreter von Leitenden Oberstaatsanwälten in BesGr R 3 oder R 4	-20	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2+AZ
R 2 Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	-72	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizvollstreckungsobersekretäre, Justizvollstreckungsobersekretärinnen		12	9	9
	Justizbetriebssekretäre, Justizbetriebssekretärinnen	A 6	7	7	7
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen		463,50	461,55	457,55
	Justizvollstreckungssekretär, Justizvollstreckungssekretärin		1	-	-
	Werkmeister, Werkmeisterinnen		5	7	7
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 6	14	13	13
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen		147	147	148
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 5	20	20	20
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen		436	434	436
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A 4	3	3	3
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen		157	157	160
	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen	A 3	52	51	55
	<i>Die Stellen können bei Bedarf auch mit Justizaushelfern der EGr 4 besetzt werden.</i>				
	Zusammen		9.427	9.460,55	9.488,80
	Zugang/Abgang			+33,55	+28,25
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		2.736	2.755	2.773
	- gehobener Dienst		2.575,50	2.562,50	2.561,25
	- mittlerer Dienst		3.286,50	3.318,05	3.319,55
	- einfacher Dienst		829	825	835
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu BesGr R 2 und R 1:				
	5 Stellen für Richter an Oberlandesgerichten				
	2 Stellen für Vorsitzende Richter an Landgerichten				
	6 Stellen für Richter an Amts- und Landgerichten kw nach Abschluss der Entschädigungsverfahren, spätestens am 1.7.2013.				
	6 Stellen für Staatsanwälte kw nach Abschluss der Großverfahren wegen Kriegsverbrechen, spätestens am 1.7.2013.				
	2) a) Die Stellen der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.				
	b) Bis zu insgesamt 21 Stellen der BesGr A 8 bis A 16 und der BesGr R 1 bis R 3 dürfen für das Kap. 04 01 in Anspruch genommen werden. Dabei dürfen die Stellen der BesGr R 1 mit Beamten der BesGr A 13 bis A 15, die Stellen der BesGr R 2 mit Beamten der BesGr A 16 und die Stellen der BesGr R 3 mit Beamten der BesGr B 3 besetzt werden.				
	c) Die Stellen der BesGr R 1 für Richter an Amts- und Landgerichten und für Staatsanwälte dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	3) Zu Titel 422 01 und 428 01				
	Zu BesGr A 7 (Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen), BesGr A 6 (Justizsekretäre, Justizsekretärinnen), EGr 5 und EGr 6 (Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen):				
	10 Stellen künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (SolumSTAR).				

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als weitere aufsichtführende Richter oder als weitere aufsichtführende Richterinnen	+72	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-41	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+41	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen	-11	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit bis zu fünf Planstellen für Richter und Richterinnen	+11	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter oder Abteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften	+50	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten	-50	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten oder Dezententinnen bei Generalstaatsanwaltschaften	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Dezenten bei Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten	+27	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
	-27	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr R 2
R 1 Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr R 2
	+8	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr 6
	+8	-	Umwandlung mit Vermerkänderung von 428 01 EGr 5
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr A13+AZ
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen +AZ	+2	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr A13
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-1	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr A14
A 6 Werkmeister, Werkmeisterinnen	-2	-	Umwandlung und Hebung nach 422 01 BesGr A14
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 6 (Betriebshauptwart)
Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 6 (Werkmeister)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>4) Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts <i>Die im Rahmen der Auflösung des Bayerischen Obersten Landesgerichts abgesenkten und umgewandelten Stellen dürfen mit ehemaligen Richtern oder Staatsanwälten des Obersten Landesgericht besetzt werden, die weiterhin der Höhe nach ihre bisherigen Bezüge gemäß Art. 97 Abs. 2 Satz 3 GG bzw. § 33 DRiG oder eine Zulage gemäß Art. 108 Abs. 2 Satz 2 BayBesG erhalten.</i></p> <p>5) Drei Stellen können für die Kap. 06 04 und 06 14 zum Zwecke des Stellentauschs in Anspruch genommen werden.</p> <p>6) Eine Stelle ist mit einer Zulage gemäß Art. 56 Abs. 1 BayBesG ausgestattet.</p> <p>7) Zu Titel 422 01 und 428 01 <i>Bis zu 120 freie und besetzbare Stellen für Arbeitnehmer und Beamte können unbefristet mit Arbeitnehmern besetzt werden, die zum jeweiligen Besetzungszeitpunkt seit mindestens acht Jahren befristet beschäftigt waren. Steht in diesen Fällen bei Rückkehr des ursprünglichen Stelleninhabers keine freie und besetzbare Stelle zur Verfügung, kann dieser bis eine solche vorhanden ist, auf der ausgebrachten Leerstelle verrechnet werden. Die hierdurch entstehenden Mehrausgaben sind an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben einzusparen.</i></p> <p>Leerstellen</p>				
	Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Leitender Oberstaatsanwalt	R 3	1	1	1
	Vizepräsident des Landgerichts, Vizepräsidentin des Landgerichts als ständiger Vertreter eines Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	R 2+AZ	1	1	1
	Richter und Richterinnen an Oberlandesgerichten, Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landgerichten, Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen	R 2	11	11	11
	Staatsanwälte, Staatsanwältinnen als Gruppenleiter	R 1+AZ	6	6	6
	Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	R 1	186	194	194
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	A12	6	6	6
	Justizamtmänner, Justizamtfrauen, Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	A11	109	109	109
	Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	233	233	233
	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	A 9	62	62	62
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	38	38	38
	Obergerichtsvollzieher, Obergerichtsvollzieherinnen		19	19	19
	Gerichtsvollzieher, Gerichtsvollzieherinnen	A 8	15	15	15
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen		142	142	142
	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	A 7	539	539	539
	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	A 6	477	477	477
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	A 5	11	11	11
	Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen	A 4	13	13	13

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-15	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr R 1
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-21	-	Umwandlung mit Vermerkänderung nach 422 01 BesGr R 1
Summe Umwandlung	-20	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A 14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 15
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+1	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A 13
A11 Justizverwaltungsamtmänner, Justizverwaltungsamtfrauen (Verwendungsaufstieg)	-1	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 14
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+4	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A10
A10 Justizverwaltungsobersinspektoren, Justizverwaltungsobersinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	-	+2	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 9
A9 Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-4	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
A8 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A10
A8 Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
A6 Werkmeister, Werkmeisterinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
A5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung von BesGr A 5
A5 Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung und Umwandlung nach BesGr A 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+2	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+2	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung nach EGr 11
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 8
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 9
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 3
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 5
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 5 Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 81 bis 150 Richterplanstellen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 4

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen Zusammen Zugang/Abgang	A 3	2	2	2
			1.880	1.888 +8	1.888 -
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen Justizsekretäranwärter, Justizsekretäranwärterinnen Zusammen	A 9 A 6	178 138	178 138	178 138
			316	316	316
422 26	Rechtsreferendare Rechtsreferendare, Rechtsreferendarinnen, Rechtspraktikanten, Rechtspraktikantinnen Zusammen	A13	3.700	3.700	3.700
			3.700	3.700	3.700
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 26: Bei der im Stellenplan veranschlagten Stellenzahl handelt es sich um eine Durchschnittszahl (wegen der unterschiedlichen Einstellungszeiten / Prüfungszeiten). Die tatsächliche Zahl schwankt zwischen rd. 3.100 und 3.800.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter) Zusammen	A13+AZ - A9	7	7	7
			7	7	7
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige Studenten in den praktischen Studiensemestern Zusammen		35	35	35
			35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 20 Stellen zweckgebunden für die Übernahme von langjährigen Aushilfskräften. Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2 Zusammen Zugang/Abgang	E 14 E 11 E 10 E 9 E 8 E 6 E 5 E 3 E 2	2 3 18 161,08 256,92 2.041,12 364,71 19,75 18	2 3 16 167,58 250,42 2.036,17 334,91 13,80 18	2 5 16 165,58 250,42 2.035,17 335,91 13,50 18
			2.884,58	2.841,88 -42,70	2.841,58 -0,30
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01: Siehe kw-Vermerke zu SOLUM-STAR bei den allgemeinen Vermerken zum Titel 422 01.</i>				
Leerstellen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	16	16	16

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012		
1	2	3	4	
R 4	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit 41 bis 80 Richterplanstellen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 5
R 3	Präsidenten der Landgerichte, Präsidentinnen der Landgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 3
	Vizepräsidenten der Landgerichte, Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 5 oder R 6	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 4
R 2	Vizepräsidenten der Landgerichte, +AZ Vizepräsidentinnen der Landgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten in BesGr R 3 oder R 4	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ
A13	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen (Rechtspfleger)	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
A12	Justizamtsräte, Justizamtsrätinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 12
A11	Justizamtmänner, Justizamtfrauen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 13
A10	Justizoberinspektoren, Justizoberinspektorinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 11
A 9	Justizinspektoren, Justizinspektorinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 12
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+3	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 10
+AZ	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-3	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 11
A 9	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
		-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 10
		+1	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 8	Justizbetriebshauptsekretäre, Justizbetriebshauptsekretärinnen	-1	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9+AZ
	Justizhauptsekretäre, Justizhauptsekretärinnen	+1	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
		+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7	Justizobersekretäre, Justizobersekretärinnen	-1	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
		+6	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
		-6	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6	Justizsekretäre, Justizsekretärinnen	+6	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
		-6	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
A 5	Erste Justizhauptwachtmeister, Erste Justizhauptwachtmeisterinnen	-	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 5
		-	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 6
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)				
E 9	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4,50	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 8	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4,50	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	267	267	267
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	153	153	153
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	11	11	11
	Zusammen		476	476	476
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Leerstellen):				
	<i>Bis zu zwei Leerstellen dürfen mit Arbeitnehmern besetzt werden, die im Zeitpunkt der Besetzung seit mehr als drei Jahren erkrankt waren und für die keine Entgelte mehr gezahlt werden. Art. 50 Abs. 4 und 5 BayHO gelten entsprechend.</i>				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		58	58	58
	Zusammen		58	58	58
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		162,25	153,20	153,20
	Zusammen		162,25	153,20	153,20
	Zugang/Abgang			-9,05	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte)		9.427	9.460,55	9.488,80
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		316	316	316
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2.884,58	2.841,88	2.841,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		12.627,58	12.618,43	12.646,38
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.700	3.700
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		35	35	35
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		58	58	58
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		162,25	153,20	153,20
	Personalsoll B		3.955,25	3.946,20	3.946,20
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		16.582,83	16.564,63	16.592,58

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+12,05	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-12,05	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,25	-	kostenwirksame Hebung von EGr 3 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,25	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 5 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 9 Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte an Gerichten mit 800 und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen im Bezirk	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 8
R 8 Präsidenten der Oberlandesgerichte, Präsidentinnen der Oberlandesgerichte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 9
R 7 Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Generalstaatsanwaltschaften mit 300 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen im Bezirk	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 6
R 6 Generalstaatsanwälte, Generalstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Oberlandesgerichten mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 7
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 4
R 5 Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Präsidenten oder Präsidentinnen der Besoldungsgruppe R 9	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 4
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 4

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften

		Erläuterungen		
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr		2011	2012	
1		2	3	4
R 4	Vizepräsidenten der Oberlandesgerichte, Vizepräsidentinnen der Oberlandesgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 8	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 5
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 41 und mehr Planstellen für Staatsanwälte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 5
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit 20 bis 59 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	-1 +6	- -	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 6 kostenwirksame Hebung von BesGr R 3
R 3	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte als Leiter oder Leiterinnen von Gerichten mit Zentralstellenfunktion als Zentrales Mahngericht für Bayern	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 20 bis 40 Planstellen für Richter und Richterinnen	+6	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 4
	Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter oder Leiterinnen von Staatsanwaltschaften mit bis zu 19 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Leitenden Oberstaatsanwälten oder Leitenden Oberstaatsanwältinnen der Besoldungsgruppe R 5 oder R 6	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2+AZ
	Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 120 und mehr Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2
R 2 +AZ	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	-6	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
	Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	-1 +10	- -	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3 kostenwirksame Hebung von BesGr R 2

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen der Besoldungsgruppe R 3	+7	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2
Leitende Oberstaatsanwälte, Leitende Oberstaatsanwältinnen als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Hauptabteilungsleiter oder Hauptabteilungsleiterinnen bei Staatsanwaltschaften mit 60 bis 119 Planstellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten und gleichzeitige ständige Vertreter von Leitenden Oberstaatsanwälten in BesGr R 3 oder R 4	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
R 2 Richter an Amtsgerichten, Richterinnen an Amtsgerichten als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen	+1 -7	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr R 2 kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ
Richter am Amtsgericht, Richterinnen am Amtsgericht als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen von Direktoren oder Direktorinnen an Gerichten mit sechs und mehr Planstellen für Richter und Richterinnen	+10	-	kostenwirksame Hebung von BesGr R 1
Direktoren der Amtsgerichte, Direktorinnen der Amtsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen	-10	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ
Oberstaatsanwälte, Oberstaatsanwältinnen als Abteilungsleiter bei Staatsanwaltschaften bei Landgerichten	-4	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 3
R 1 Richter an Amtsgerichten, Richterinnen +AZ an Amtsgerichten als ständige Vertreter oder ständige Vertreterinnen eines Direktors oder einer Direktorin an einem Amtsgericht mit bis zu 5 Planstellen für Richter und Richterinnen	-1 -1 +11	- - -	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2+AZ kostenwirksame Hebung von BesGr R 1
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten	-11	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 1 + AZ
Summe kostenwirksame Hebung (Neues Dienstrecht in Bayern)	-10 -	- -	kostenwirksame Hebung nach BesGr R 2

04 04
Gerichte und Staatsanwaltschaften
Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Absenkung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-1	Absenkung nach EGr 5 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen Absenkung von EGr 6 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	+1	
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-9,15	+27,95	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen) Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010 (Übergang der Gebäudereinigung auf Fremdfirmen)
	-6	-	
Summe Einsparung	-8	-	
Umsetzung			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,05	-	Umsetzung nach 15 33 / 428 21 (Schließung der Zweigstelle Illertissen des Amtsgerichts Neu-Ulm)
Summe Umsetzung	-1,05	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-9,05	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter und Staatsanwälte))			
R 1 Richter an Amts- und Landgerichten, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen	+8	-	neu
Summe neu	+8	-	

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	<p><i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Justizvollzugsanstalten können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an die Justizvollzugsanstalten abgeordnet werden.</i></p> <p><i>Alle Beschäftigten der Justizvollzugsanstalten, die die Voraussetzungen des Art. 51 Abs. 1 Nr. 1 BayBesG i.V.m. §§ 1 bis 4 BayZuLV erfüllen, erhalten eine Lehrzulage.</i></p>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	10	10	10
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		17	17	17
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	39	39	39
	Dekane im Justizvollzugsdienst, Dekaninnen im Justizvollzugsdienst		5	5	5
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		14	14	14
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	43	43	43
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		18	18	18
	Pfarrer im Justizvollzugsdienst, Pfarrerinnen im Justizvollzugsdienst		19	19	19
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	41	41	41
	Pfarrer im Justizvollzugsdienst, Pfarrerinnen im Justizvollzugsdienst		4	4	4
	Rektoren im Justizvollzugsdienst, Rektorinnen im Justizvollzugsdienst	A14	4	4	4
	Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	A13+AZ	29	29	29
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	32	32	32
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		16	16	16
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	42	42	42
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Fachlehrer, Fachlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		2	2	2
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen		19	19	19
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	A11	39	39	39
	Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen (Verwendungsaufstieg)		17	17	17
	Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen (Verwendungsaufstieg)		15	15	15
	Amt Männer, Amt Frauen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		33	33	33
	Amt Männer, Amt Frauen im Krankenpflegedienst (Verwendungsaufstieg)		7	7	7
	Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen		33	33	33
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	40	40	40
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		6	6	6

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)	+8	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+8	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst	-1,30	-	Umsetzung und Umwandlung nach 13 03 / 422 05
Summe Umsetzung	-1,30	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen	+5	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (Obersekretär im JVD)
Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst	-15	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 7 (Krankenpfleger)
	-5	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 7 (Oberwerkmeister)
Krankenpfleger, Krankenschwestern	+15	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (Obersekretär im JVD)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 9 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 10 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+36	-	kostenwirksame Hebung von EGr 6 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		5	5	5
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		8	8	8
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		40	40	40
	Oberinspektoren, Oberinspektorinnen im Krankenpflagedienst (Verwendungsaufstieg)		5	5	5
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen		42	42	42
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	19	19	19
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Technische Inspektoren, Technische Inspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		3	3	3
	Inspektoren, Inspektorinnen - im Justizvollzugsdienst (Verwendungsaufstieg)		9	9	9
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen können bei Bedarf für Sozialarbeiter im Justizvollzugsdienst der EGr 10 in Anspruch genommen werden.</i>		39	39	39
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	15	15	15
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		40	40	40
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)		323	323	323
	Pflegevorsteher, Oberinnen		12	12	12
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	61	61	61
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen (im Justizvollzugsdienst)		784	792	792
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		105	105	105
	Oberpfleger, Oberschwester		42	42	42
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	65	65	65
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen		184	184	184
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwester		82	82	82
	Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptsekretärinnen im Justizvollzugsdienst		1.287	1.287	1.287
	Stationspfleger, Stationsschwester	A 7+AZ	21	21	21
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	64	64	64
	Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen		95	100	100
	Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst		966	944,70	944,70
	Krankenpfleger, Krankenschwester		30	45	45
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	31,67	31,67	31,67
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 6	8	8	8
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	A 5	17	17	17
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen	A 4	2	2	2
	Zusammen		4.956,67	4.963,37	4.963,37
	Zugang/Abgang			+6,70	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		215	215	215
	- gehobener Dienst		507	507	507
	- mittlerer Dienst		4.207,67	4.214,37	4.214,37
	- einfacher Dienst		27	27	27

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012		
1	2	3	4	
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-36	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 8 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+7	-		kostenwirksame Hebung von EGr 5 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-7	-		kostenwirksame Hebung nach EGr 6 im Vollzug des § 1 Nr. 5 Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TVÜ-Länder vom 1.3.2009 (Zeit- und Bewährungsaufstieg)
Summe kostenwirksame Hebung	-	-		
Zu- und Abgang Personalsoll A	+6,70	-		
LEERSTELLEN				
neu				
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)				
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	+8	-	neu	
A 7 Regierungsobersekretäre, Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeister, Krankenpfleger	+15	-	neu	
Summe neu	+23	-		
Zu- und Abgänge insgesamt	+23	-		

**04 05
Justizvollzugsanstalten**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: <i>Die Stellen der BesGr R 1 bei Kap. 04 04 Tit. 422 01 dürfen für das Kap. 04 05 in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen, Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	6	6	6
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen, Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Hauptlehrer im Justizvollzugsdienst, Hauptlehrerinnen im Justizvollzugsdienst	A13+AZ	5	5	5
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberlehrer im Justizvollzugsdienst, Oberlehrerinnen im Justizvollzugsdienst		3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen, Sozialamtmänner, Sozialamtfrauen	A11	15	15	15
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	13	21	21
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen, Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	A 9	8	8	8
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen, Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen	A 9	10	10	10
	Regierungshauptsekretäre, Hauptsekretäre im Justizvollzugsdienst, Hauptwerkmeister, Abteilungspfleger	A 8	41	41	41
	Regierungsobersekretäre, Obersekretäre im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeister, Krankenpfleger	A 7	75	90	90
	Zusammen Zugang/Abgang		182	205 +23	205 -
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	8	8	8
	Regierungssekretäranwärter, Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter	A 6 - A 7	150	150	150
	Zusammen		158	158	158
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		höh. Dienst	2	2	2
		A13+AZ - A9	1	1	1
		A9+AZ - A6	7	7	7
	Zusammen		10	10	10
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige				
	Studenten in den praktischen Studiensemestern		45	45	45
	Zusammen		45	45	45
427 41	Praktikanten				
	Praktikanten, Praktikantinnen		2	2	2
	Zusammen		2	2	2

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl			
			2010	2011	2012	
1	2	3	4	5	6	
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	2	2	2	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E 13	1	1	1	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	6	6	6	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	3	4	4	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	11	11	11	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	125	160	160	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	102	73	73	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	7	-	-	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	4	4	4	
	Zusammen			261	261	261
	Leerstellen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	6	6	6	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	2	2	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	9	9	9	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	28	28	28	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	10	10	10	
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	5	5	5		
Zusammen			60	60	60	
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		32	32	32	
	Zusammen		32	32	32	
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 29 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>					
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		36	36	36	
	Zusammen		36	36	36	

04 05
Justizvollzugsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		4.956,67	4.963,37	4.963,37
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		158	158	158
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		261	261	261
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		5.375,67	5.382,37	5.382,37
	Ferner:				
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		45	45	45
427 41	Praktikanten		2	2	2
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		32	32	32
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		36	36	36
	Personalsoll B		115	115	115
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		5.490,67	5.497,37	5.497,37

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 04				
422 01	Planmäßige Beamte		14.510,30	14.550,55	14.579,66
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		474	474	474
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.189,58	3.146,88	3.146,58
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		18.173,88	18.171,43	18.200,24
	Ferner:				
422 26	Rechtsreferendare		3.700	3.700	3.700
427 01	Nebenamtlich und -beruflich Tätige		80	80	80
427 41	Praktikanten		2	2	2
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		90	90	90
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		202,85	193,80	193,80
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		4.074,85	4.065,80	4.065,80
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		22.248,73	22.237,23	22.266,04
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,62	0,62	0,62
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		199,89	133,42	133,42

